

Preußische Allgemeine

Nr. 44 · 1. November 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



VON RENÉ NEHRING

Es gibt gleich eine ganze Reihe von Gründen, warum die US-Präsidentenwahl in der kommenden Woche eine historische ist. Da ist vordergründig die Möglichkeit, dass mit der Demokratin Kamala Harris erstmals eine Frau – eine farbige obendrein – das höchste Amt im noch immer mächtigsten Land der Welt bekleiden könnte. Da sind zudem die kontroversen Ansichten über die Zukunft des politischen Systems der USA, die von beiden Kandidaten – neben Harris der Republikaner Donald Trump – vertreten werden (siehe hierzu auch den Beitrag auf Seite 3 dieser PAZ-Ausgabe). Und da sind nicht zuletzt die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Auffassungen von Trump und Harris, die insbesondere für den Fortgang des Ukrainekriegs relevant werden könnten. Es ist also keineswegs gleich, wie die Wahl um den 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ausgeht.

Ein Wandel in der politischen Kultur
Wo das Rennen um das Weiße Haus schon jetzt, unabhängig von seinem Ausgang, historische Maßstäbe gesetzt hat, ist der Stil Trumps und Harris' – sowie der daraus resultierende Einfluss auf die politische Kultur nicht nur der USA, sondern der westlichen Demokratien insgesamt. Vor allem zwei Ereignisse aus den letzten Tagen verdeutlichen einen fundamentalen Unterschied. Harris, nominiert von jener Partei, die einst als Stimme der Arbeiter galt, ließ sich für das Cover der Modzeitschrift „Vogue“ – und damit von einem Symbol eines globalen elitären Lebensstils – ablichten und von der Redaktion als „The Candidate for our Times“ (Die Kandidatin für unsere Zeit) preisen. Trump hingegen ließ sich in einer McDonald's-Filiale in Pennsylvania im Frittieren von Pommes Frites unterrichten und lieferte diese freudig grinsend am Drive-in-Schalter an die Kunden aus.

Trump fordert die Hegemonie der globalen Linken heraus

Warum der US-Politiker von Gegnern gehasst und seinen Anhängern geliebt wird. Und warum sich andere bürgerliche Kräfte an ihm orientieren könnten

Natürlich war dieser Auftritt Trumps inszeniert, worauf denn auch linke Medien von der Westküste der USA bis in die deutsche Hauptstadt hinein umgehend hinwiesen. Und doch landete der Republikaner einen echten PR-Coup, den klügere Stimmen auf der Linken auch zähneknirschend einräumten.

Was die beiden Wahlkampfszenierungen so sinnbildhaft macht, ist die darin deutlich werdende Ausrichtung. Während die demokratische Kandidatin Harris geradezu mustergültig belegt, wie weit sich die Linke von ihren einstigen Wählern, den hart arbeitenden Frauen und Männern der unteren Einkommensgruppen, entfernt hat und längst zu einer Stimme der oberen Schichten der Gesellschaft geworden ist, begibt sich Trump zu einem Inbegriff des Lebensstils der sprichwörtlichen kleinen Leute. Es fällt nicht schwer, sich auszumalen, von welchem Auftritt sich diese nicht nur in Amerika zahlenmäßig stärkste Wählergruppe eher begeistern lässt.

Wo Trump das linke Establishment vor allem angreift, ist dessen Dominanz auf dem Gebiet der politischen Kultur. Während die Bürgerlich-Konservativen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989/91 überall im Westen ihren Triumph im Kalten Krieg genossen und intellektuell so dramatisch abrüsteten, dass sie sich gleich von fast allen bisherigen Grundsätzen verabschiedeten, suchte die geschlagene globale Linke neue Schlachtfelder für

den Wettstreit um die Köpfe und Herzen der Wähler in Nordamerika und Europa.

Fündig wurde sie vor allem im „Kampf gegen den Klimawandel“, in der Gender-Ideologie und zuletzt in der „Wokeness“ genannten Bewegung gegen die angeblich rassistische, sexistische und soziale Diskriminierung aller möglichen Minderheiten durch den längst sprichwörtlich gewordenen „bösen, alten, weißen Mann“. So gelang es ihr nicht nur, den Europäern und Nordamerikanern – die immerhin das leistungsfähigste Wirtschaftssystem der Geschichte mitsamt einem beispiellosen technischen Fortschritt hervorbrachten, die den modernen Sozialstaat schufen und der Erde auch kulturell ihren Stempel aufdrückten – einzureden, dass ihr bisheriges Lebensmodell trotz aller Erfolge eine einzige Anreihung von Sündenfällen sei, der (etwa durch die Abschaffung altbewährter Industrien) dringend zu korrigieren sei.

Warum Trump einen Unterschied macht – nicht nur zur Linken
Viel entscheidender und nachhaltig wirkbarer war gleichwohl das parallel erfolgte Einsickern in staatliche, universitäre, kulturelle und sonstige gesellschaftliche Institutionen – das einerseits die Herrschaft der linken Klassenkämpfer zementierte und ihnen andererseits auf lange Sicht ein überdurchschnittlich gutes Einkommen bescherte.

Vor allem hier macht Trump einen gravierenden Unterschied nicht nur zur Linken, sondern auch zu den meisten bürgerlichen Politikern der westlichen Welt (mit Ausnahme weniger Köpfe wie dem Ungarn Viktor Orbán). Anders als etwa die deutschen Christdemokraten, die sich vor allem in der Ära Merkel angewöhnt haben, ihre Positionen an dem von politischen Gegnern wie den Grünen geprägten Zeitgeist auszurichten, setzt Trump gezielt auf Attacken gegen die linke Dominanz – und erobert damit die Herzen seiner Wähler.

Natürlich ist Trumps Auftreten dabei oft abschreckend und sind viele seiner Ausführungen (etwa seine Aussagen über die Frauen) gerade für Konservative untragbar. Und doch vertritt er mit vielen seiner Forderungen – wie derjenigen nach einem Stopp der Zuwanderung oder nach dem Vorrang wirtschaftlichen Erfolgs vor dem Verteilen von Sozialleistungen – lediglich Positionen, die bei deutschen Christdemokraten wie US-Republikanern Gemeingut waren, bevor diese ihre traditionelle Programmatik über Bord warfen und sich stattdessen dem stets schwankenden Geist der Zeit anpassten.

Insofern ist zu vermuten, dass auch die bürgerlichen Parteien West- und Mitteleuropas wieder erfolgreicher wären, wenn sie zumindest in ihren inhaltlichen Aussagen – nicht unbedingt im Stil – „mehr Trump wagen“ und diese an den Bedürfnissen der Wähler ausrichten würden.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Der dramatische Ansehensverlust der Ampel bei der einheimischen Wirtschaft
Seite 7

Kultur
Die Fälle eines legendären „Tatort“-Ermittlers als Jubiläumspaket auf DVD
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Die Nachfrage nach Deutschunterricht an litauischen Schulen wächst
Seite 13

Lebensstil
Wie ein deutsches Wurstfest die Besucher im texanischen New Braunfels begeistert
Seite 21



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer
Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

In der Arktis geht es neben strategisch-militärischen Interessen vor allem um wertvolle Bodenschätze – Alle drei Großmächte stellen Ansprüche – Auch die NATO sieht sich als „arktische Allianz“ und zeigt Präsenz

Hitziger Kampf um die eisige Arktis

China und Russland streiten mit den USA um die Vormachtstellung im ewigen Eis

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der Arktis droht eine zunehmende Konfrontation zwischen Russland und der Volksrepublik China auf der einen und den NATO-Staaten auf der anderen Seite. Während der Westen die Zahl seiner Militärmanöver im eisigen Norden in den letzten Jahren verdoppelte und die USA neue Militärstützpunkte in Skandinavien errichteten, zeigen Russland und China jetzt immer öfter gemeinsame militärische Präsenz in der Arktis.

So patrouillierten am 24. Juli zwei russische Tupolew-Langstrecken-Bomber und zwei strategische Xian H-6-Bomber der chinesischen Luftstreitkräfte in Begleitung einiger Jagdflugzeuge am Rande der US-amerikanischen Luftverteidigungszone rund um Alaska. Dem folgte Anfang Oktober ein gemeinsames Flottenmanöver von zwei Schiffen der Küstenwache der Russischen Föderation und zwei Einheiten der chinesischen Küstenwache CCG im Bereich der Beringstraße zwischen Alaska und Sibirien.

Ansprüche Chinas

Die Volksrepublik China begründet ihr Engagement in der Region damit, dass sie ein „arktischer Staat“ und somit auch „Anteilseigner“ an der Arktis sei. Diese auf keinerlei völkerrechtlicher Grundlage basierende Formulierung fand sich erstmals im „Weißbuch zur arktischen Politik“, welches der chinesische Vizeaußenminister Kong Xuanyou im Januar 2018 vorstellte. Dabei liegt die nördlichste Stadt des Reiches der Mitte auf dem selben Breitengrad wie Berlin. Peking macht allerdings geltend, dass der Klimawandel zum Abschmelzen des polaren Eises führe, was direkte Folgen für die chinesische Wirtschaft habe, woraus sich logischerweise ein Mitspracherecht in allen Belangen rund um die Arktis ergebe.

Tatsächlich geht es der Volksrepublik um ganz andere Dinge. Zum Ersten will sie unbedingt eine „Polare Seidenstraße“ eröffnen, um damit eine wesentlich bessere Schifffahrtsverbindung nach Europa zu bekommen. Die Strecke zwischen Schanghai und Rotterdam würde sich so um immerhin 40 Prozent verkürzen und zudem nicht mehr durch solche unsicher gewordenen Gebiete wie die Straße von Malakka und das Rote Meer führen.

Zum Zweiten reflektiert Peking auf die Ressourcen der Arktis. Dazu zählen neben den noch weitgehend unberührten Fischgründen Bodenschätze aller Art. 13 Prozent der bislang unerschlossenen Erdölvorkommen und ein Drittel der vermuteten Erdgasreserven der Welt im geschätzten Gesamtwert von 30 Billionen Euro liegen nördlich des Polarkreises. Außerdem gibt es hier reichlich Uran, Eisen, Zink und Blei sowie die Seltenen Erden Cer, Lanthan, Neodym, Terbium und Yttrium, aber auch Rubine und Diamanten.

Beharrliche US-Bemühungen

Zu guter Letzt hat die Arktis auch enorme geostrategische Bedeutung, was ein weiterer Grund dafür ist, dass der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping ankündigte, sein Land bis 2030 zur „Polaren Großmacht“ zu erheben. Einerseits herrscht in der Arktis noch ein gewisses Machtvakuum, welches nach Auffüllung ruft, andererseits ist es nicht nur für Russland, sondern auch für die USA wichtig,

dass hier Stabilität und Ruhe herrschen. Insofern könnte Peking in den Weiten rund um den Nordpol eine Art „Zweiter Front“ gegen seinen Hauptrivalen Amerika eröffnen.

Angesichts dessen erließ der Kongress in Washington am 24. Juni 2021 den Arctic Security Initiative Act, der „beharrliche Bemühungen“ vorschreibt, „ein robustes Engagement der Vereinigten Staaten in der Arktis aufrechtzuerhalten“, während ein Strategiepapier der United States Army parallel dazu forderte: „Die Dominanz in der Arktis zurückgewinnen.“ Und auch die NATO kündigte damals eine verstärkte Präsenz in der Polarregion an, was ihr Generalsekretär Jens Stoltenberg aus Norwegen einst so begründete: „Die NATO ist eine arktische Allianz, weil wir selbst uns in der Arktis befinden.“

Nationale Sicherheit der USA

Reichlich ein Jahr später verwies dann der frühere US-Außenminister und CIA-Chef Michael Pompeo auf die „tiefen, strategi-

schen militärischen Absichten“ der Kommunistischen Partei Chinas in der Arktis und warnte: „Die nationale Sicherheit Amerikas hängt von dieser Region ab.“

Engere Kooperation

Tatsächlich modifizierten die Vereinigten Staaten ihre Arktisstrategie von 2021 im September diesen Jahres. Weil die fortgesetzte militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und China „besorgniserregend“ sei, müsse auch die Kooperation der westlichen Anrainer der Polarregion deutlich enger werden. Gleichzeitig gelte es, die Präsenz der Gegenseite mit eigener Präsenz zu beantworten.

Daraus resultierte nun bereits die Stationierung von HIMARS-Mehrfachraketenwerfern auf der zu den USA gehörenden Aleuten-Insel Shemya. Dieses sonst eher unbedeutende Eiland liegt 1900 Kilometer südwestlich von Anchorage in Alaska, aber nur 480 Kilometer östlich der russischen Halbinsel Kamtschatka.



FOTO: PICTURE ALLIANCE/PANTHERMEDIA/OLEG ZABELIN

Auch russische Scharfschützen patrouillieren das Arktisgebiet, während in der Schneewüste zeitgleich chinesische und ebenso amerikanische als auch andere NATO-Soldaten durch das ewige Eis streifen, um primär militärische Präsenz zu demonstrieren

GEZIELTE EINFLUSSNAHME

Chinas tückische Avancen mit eiskaltem Kalkül

Dem Reich der Mitte sind beinahe alle Mittel recht, um den Einfluss im arktischen Raum wirkungsvoll zu vergrößern

Das Engagement der Volksrepublik China in der Arktis reicht bis ins Jahr 1999 zurück. Damals entsandte das Polarforschungszentrum des Reiches der Mitte den von der Ukraine erworbenen Eisbrecher „Xue Long“ nach Norden. Im Juli 2004 eröffnete China dann seine erste eigene Polarstation namens Huanghe (Gelber Fluß) in Ny-Ålesund, einer kleinen Stadt auf dem norwegischen Archipel Spitzbergen im Arktischen Ozean. Dem folgte 2018 das gemeinsame Chinesisch-Isländische Arktisobservatorium in Thingeyjarsveit im Norden Islands. Ein Jahr später unterzeichneten China und Russland einen Vertrag, der den Bau einer dritten Forschungseinrichtung Pekings in der

Arktis vorsieht, welche derzeit aber noch ihrer Fertigstellung harret.

Parallel dazu machte China etlichen Arktis-Anrainerstaaten wie Island, Norwegen, Finnland, Russland und Kanada diplomatische Avancen, um seinen Einfluss in der Region auszubauen. In diesem Zusammenhang investierte es umgerechnet über 100 Milliarden US-Dollar in Infrastrukturprojekte. So übernahm das Staatsunternehmen China National Petroleum Corporation 20 Prozent der Anteile an der russischen Flüssigerdgas-Anlage Yamal im nordwestsibirischen Sabetta. 2016 geriet zudem Grönland in den Fokus der Peking Strategen. Allerdings verhinderte Dänemark, das nach wie vor

über die Außen- und Sicherheitspolitik seiner einstigen Kolonie wacht, den geplanten Verkauf der stillgelegten Marinebasis Kangerlussuaq an die General Nice Group in Hongkong.

Bereits 2013 befuhr der Containerfrachter „Yong Sheng“ der China Ocean Shipping Company (COSCO) als erstes chinesisches Handelsschiff die „Polare Seidenstraße“ (siehe oben) zwischen Taicang und Rotterdam, die 5200 Seemeilen kürzer ist als der übliche Weg durch den Indopazifik und das Mittelmeer. Zwei Jahre später tauchten erstmals fünf Schiffe der Marine der Volksbefreiungsarmee in den Gewässern vor Alaska auf, um auch militärische Präsenz zu signalisieren.

Erst scheinbar friedlich durch die „Polare Seidenstraße“, dann taucht Chinas Marine plötzlich für militärische Präsenz in arktischen Gewässern auf

Seit dem 11. Juli 2019 verfügt die Volksrepublik China noch über einen zweiten großen Eisbrecher namens „Xue Long 2“, der auf der Jiangnan-Werft in Schanghai gebaut worden ist. Dieses Schiff kann Eis von bis zu anderthalb Metern Dicke mühelos zerteilen und somit alle aktiven Forschungsstationen des Reiches der Mitte im Nord- oder Südpolargebiet ansteuern. Damit herrscht nun Gleichstand mit den USA, welche ebenfalls nur zwei große Diesel-Eisbrecher ihr Eigen nennen, während Russland 37 Eisbrecher besitzt, davon sieben mit Atomtrieb. Deshalb sprechen viele US-Militärstrategen jetzt auch von einer akuten wie prekären „Eisbrecherlücke“. W.K.

UNGLAUBWÜRDIG

China täuscht Frieden vor, aber rüstet auf

Im 14. Fünfjahresplan der Kommunistischen Partei Chinas, der im März 2021 durch den Nationalen Volkskongress verabschiedet wurde, fungiert die Antarktis gemeinsam mit der Arktis, der Tiefsee, dem Weltraum und dem Cyberspace als „neue strategische Grenze“, an der China in Konkurrenz zu den anderen Großmächten der Welt stehe, was entsprechende Anstrengungen nötig mache. Vor diesem Hintergrund erfolgte am 7. Februar 2024 die Einweihung der Qinling-Station des Chinesischen Polarforschungszentrums (PRIC) an der Südspitze von Inexpressible Island in der Terra Nova Bay an der Scott-Küste des Victoria-Landes in der Ostantarktis.

Dabei handelt es sich bereits um die dritte ganzjährig besetzte PRIC-Basis in der Antarktis nach der 1985 errichteten Changcheng-Station auf King George Island und der 1989 in Betrieb gegangenen Zhongshan-Station auf der Halbinsel Xiehe Bandao im Prinzessin-Elisabeth-Land. Dazu kommen noch die beiden exponiert gelegenen Sommerstationen Kunlun auf 4087 Metern Höhe im bis zu 89 Grad kalten Inneren der Antarktis und Taishan auf halbem Wege zwischen der Kunlun- und Zhongshan-Station, welche seit 2009 beziehungsweise 2014 betrieben werden.

Als einer der Unterzeichner des Antarktisvertrages von 1959 verpflichtete sich China formell zur friedlichen Nutzung des Sechsten Kontinents, wobei aber Zweifel bestehen, ob in den Stationen tatsächlich nur ozeanographische, glaziologische, geologische und astrophysikalische Forschungen betrieben werden, wie vom PRIC behauptet. So vermutet das US-amerikanische Center for Strategic and International Studies, dass die Besatzungen der Antarktis-Stützpunkte Pekings auch den Funkverkehr in Australien und Neuseeland abhören sowie Telemetriedaten von Raketen anderer Mächte sammeln, deren Flugbahn über den Südpol führt. Außerdem könnten die Stationen an der Küste militärische Aktivitäten im Umkreis der Antarktis überwachen. W.K.

Welchen Weg geht Amerika?

Wenn die US-Amerikaner in wenigen Tagen ihren 47. Präsidenten bestimmen, stehen sie vor einer historischen Wahl. Jenseits der umstrittenen Persönlichkeit der Kandidaten geht es um nichts Geringeres als die Grundlagen des politischen Systems

VON ROD DREHER

Während der US-Präsidentenwahlkampf Anfang November zu Ende geht, sagen sowohl Team Trump als auch Team Harris den Wählern, dass dies die wichtigste Wahl in der amerikanischen Geschichte sei. Kampagnen behaupten das immer, aber ich glaube, man kann mit Fug und Recht sagen, dass die Abstimmung im Jahr 2024 die wichtigste Wahl seit Ronald Reagans überwältigendem Sieg im Jahr 1980 ist.

Warum? Nicht aus dem Grund, den Sie vielleicht vermuten: dass das Ergebnis darüber entscheiden wird, ob die USA von einer im amerikanischen Verständnis liberalen – im europäischen Sinne also linken – Partei (den Demokraten) oder einer konservativen Partei (den Republikanern) regiert werden. Nein, die diesjährige Wahl ist grundlegender. Es geht um die Legitimität des Systems selbst.

Worum es grundsätzlich geht

Damit meine ich nicht, dass es sich um ein Referendum über die freiheitliche Verfassungsdemokratie handelt. Ungeachtet dessen, was uns die amerikanische Linke weismachen möchte, agiert Trump innerhalb der amerikanischen Ordnung. Bei dieser Wahl geht es vielmehr darum, ob das amerikanische Volk die breite politische Einigung der Nachkriegszeit zwischen Demokraten und Republikanern fortsetzen oder einen anderen Weg einschlagen will.

1980 signalisierte Ronald Reagans Sieg einen großen Richtungswechsel in der US-amerikanischen Politik, mit dem der Wohlfahrtsstaat, der aus Franklin D. Roosevelts „New Deal“ und Lyndon B. Johnsons „Great Society“-Programm hervorgegangen war, sein Ende fand. Es war nicht Reagan, der diese abschaffte. Es war das amerikanische Volk, das für eine substantielle Änderung innerhalb der Nachkriegsordnung stimmte, die die politischen Prioritäten der Regierung in Washington weg vom Etatismus und hin zu freien Märkten sowie sozialem Konservatismus – oder genauer gesagt: Libertarianismus, dem Glauben an individuelle Freiheit statt sozialer Solidarität – verlagerte. Margaret Thatcher bewirkte einen ähnlichen Wandel in Großbritannien.

Der Fall des sowjetischen Kommunismus und die darauffolgenden Wahlsiege von Tony Blair und Bill Clinton festigten das globalistische liberal-demokratische Modell politischer Ökonomie. Obwohl die Gesellschaften in den USA, Großbritannien und Westeuropa in Fragen der persönlichen Moral – am radikalsten in der Frage der Homo-Ehe – immer liberaler wurden, stellte niemand in den westlichen Ländern dieses Modell ernsthaft in Frage.

Doch die Geschichte war nicht zu Ende. Die Anschläge vom 11. September 2001 schockierten Amerika und führten zu einer katastrophalen Überreaktion der US-Regierung. Die Regierung George W. Bushs versuchte, der islamischen Welt mit überwältigender militärischer Gewalt und der Macht des Finanzkapitals eine liberale Demokratie aufzuzwingen. Dies scheiterte.

Darüber hinaus hat der Wirtschafts-Crash von 2008 das Vertrauen in die Utopie des freien Marktes grundlegend beschädigt. Und der erstaunliche Aufstieg Chinas – sicherlich eines der wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte – ging auf Kosten der Industrieunternehmen im Westen, die ihre gut bezahlten Fertigungsjobs nach China und anderswo verlagerten, wo die Arbeitskräfte billig waren.

Der Triumph der „Wokeness“

Und dann, ab etwa 2012, begann die destruktive Obsession linker amerikanischer Akademiker für die Identitätspolitik in den Main-



Gegenspieler in einer schicksalhaften Wahl: Der Republikaner Donald Trump und die Demokratin Kamala Harris

stream einzusickern. Studien haben gezeigt, dass in jenem Jahr seltsame Wörter und Ausdrücke im Zusammenhang mit linker Identitätspolitik – mit Rasse, Geschlecht und Sexualität – in den amerikanischen Medien in großer Zahl auftauchten. Es wurde schnell unmöglich, linke Ansprüche auf „soziale Gerechtigkeit“ zu bestreiten, ohne beschuldigt zu werden, ein Fanatiker zu sein.

Diese Ideologie, die wir heute „Wokeness“ nennen, war bei den Wählern nie beliebt, aber sie eroberte die herrschende Klasse der USA. Im Herbst 2015 geschah auf dem Campus von Yale, einer der Eliteuniversitäten Amerikas, etwas Erstaunliches. Eine Kontroverse brach über etwas so Triviales wie Halloween-Kostüme aus.

Eine Spitzenprofessorin, Erika Christakis, schrieb, dass es nicht die Aufgabe der Universität sei, erwachsenen Studenten vorzuschreiben, welche Art von Kostüm sie tragen dürfen, um niemandes Gefühle zu verletzen. Es brachen wütende Proteste unter den Studenten aus, die forderten, dass die Universität ihre Autorität nutzt, um ihre zarten Gefühle zu schützen. Auf YouTube kann man sehen, wie Christakis' Ehemann Nicholas versucht, die protestierenden Studenten in eine vernünftige Debatte über das Thema zu verwickeln. Doch sie wollten nicht diskutieren; sie weinten und schrien nur und beschimpften ihn als Fanatiker, der sich nicht um sie kümmerte.

Die Yale University kapitulierte damals vor dem Studentenmob. Doch war dies keineswegs die letzte Kapitulation. In den folgenden Jahren ergab sich eine Institution nach der anderen der Wokeness: Jura, Medizin, Medien, Wirtschaft, sogar das US-Militär. Donald Trumps Wahl im Jahr 2016 war zum Teil eine Reaktion auf die Wokeness und das Gefühl, dass die amerikanische Linke den Verstand verloren hatte – und dass die üblichen Politiker der Republikaner machtlos waren, sie aufzuhalten.

Das Aufkommen Trumps

Die Linke verlor erst recht den Verstand, nachdem Trump ins Amt gekommen war, was paradoxerweise die Wokeness beschleunigte. Dann, im Jahr 2020, löste die Tötung des drogenabhängigen schwarzen Kriminellen George Floyd durch die Polizei, die versuchte, ihn zu überwältigen, in vielen amerikanischen Städten Rassenunruhen aus und

erhöhte die Gewaltkriminalitätsrate. Der Fall provozierte auch die institutionellen Eliten, illiberale Programme zu unterstützen, die bevorzugten ethnischen Minderheiten Vorteile gegenüber Weißen verschafften.

Zur gleichen Zeit öffnete ein Sieg vor dem Obersten Gerichtshof der USA in einem Fall aus dem Jahr 2014 für das Recht auf gleichgeschlechtliche Ehe die Tür für den Aufstieg des Transgenderismus. Dies hat zu einer radikalen Transformation der amerikanischen Gesellschaft rund um die Leugnung grundlegender biologischer Kenntnisse geführt. In vielen amerikanischen Schulsystemen gibt es inzwischen Programme, um Kindern Genderideologie einzutrichtern und Eltern davon abzuhalten zu erfahren, was in den Schulen vor sich geht.

Darüber hinaus glauben die meisten US-Amerikaner, obwohl sie die Zuwanderung grundsätzlich unterstützen, dass die Einwanderungsgesetze des Landes zu großzügig sind. Dies gilt seit Jahrzehnten, sowohl unter republikanischen als auch unter demokratischen Regierungen – und nichts hat sich geändert. Unter der Biden-Harris-Regierung ist die Einwanderungsrate höher als je zuvor. Viele Amerikaner – sogar Hispanics – haben das Gefühl, die Kontrolle über ihre Demokratie verloren zu haben.

Die Bedeutung der diesjährigen Wahl

Und damit kommen wir zum Jahr 2024. Donald Trump ist das „große Monster“ der amerikanischen Politik, zumindest nach dem gesamten US-Establishment und der Hälfte der Wähler. Für Trump-Wähler stellt er jedoch die einzige realistische Chance dar, die destruktiven Kräfte im amerikanischen Leben umzukehren: die Massenmigration vor allem, aber auch die allmähliche Verarmung der Mittelschicht durch die Globalisierung, den Aufstieg des *De-facto*-Rassismus unter dem illiberalen Orwellschen Deckmantel von „Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion“ sowie die sogenannten „ewigen Kriege“ des Washingtoner Establishments. (Es ist höchst symbolisch, dass der Republikaner Dick Cheney, der ehemalige Vizepräsident und einer der Hauptarchitekten der Kriege im Irak und in Afghanistan, nun Kamala Harris unterstützt, die linkeste Demokratin, die jemals für das Präsidentenamt kandidierte.)

Kurz gesagt, die Wahl 2024 ist ein Referendum über den Glauben an das amerikani-

sche System und die politische Klasse – sowohl Demokraten als auch Republikaner –, die seine Institutionen leitet. Das Vertrauen der Amerikaner in ihre Institutionen ist auf einem historischen Tiefstand. Trumps unausstehliche Persönlichkeit macht die Sache komplizierter, denn es gibt nicht wenige Amerikaner, die das Establishment nicht mögen und ihm misstrauen, die sich aber nicht dazu durchringen können, einen so rücksichtslosen Präsidentschaftskandidaten wie Trump zu wählen.

Aus diesem Grund ist Donald Trump der einzige Republikaner, den eine so oberflächliche und schwache Demokratin wie die ultraprogressive Kamala Harris schlagen könnte. Sollte die Demokratin bei der Wahl tatsächlich triumphieren, wird das nicht so sehr daran liegen, dass Harris gewonnen hat, sondern daran, dass Trump verloren hat. Doch wer auch immer gewinnt – die Krise der Polarisierung und des Hasses im amerikanischen Leben wird nicht enden, sondern sich nur noch verschärfen.

Die Stunde des J.D. Vance

Für Deutsche mag es nicht offensichtlich sein, aber die wichtigste Figur in diesem Rennen ist J.D. Vance, Trumps Vizekandidat. Vance ist 40 Jahre alt, hochintelligent und nicht von den Ideen der Reagan-Ära geprägt. Er wuchs in einer wirtschaftlich schwachen Region auf, in einer durch Scheidung und Drogensucht zerrütteten Familie, und machte dennoch seinen Abschluss an der Yale Law School, der renommiertesten juristischen Fakultät Amerikas. Er kennt die Höhen und Tiefen des amerikanischen Lebens und vertritt Ansichten über Wirtschaft, Gesellschaft, Krieg und Außenpolitik, die – obwohl sie im Großen und Ganzen mit denen Trumps übereinstimmen – in der US-Politik etwas Neues darstellen.

Wenn Trump gewinnt, kann er nach amerikanischem Recht 2028 nicht mehr antreten. Das bedeutet, dass Vance dann der Kandidat der Republikaner sein wird. Wenn Trump verliert, wird Vance, der im Wahlkampf in diesem Herbst sehr gut abgeschnitten hat, der führende Kandidat für die Nominierung der Republikaner im Jahr 2028 sein. Wenn er gewählt wird, könnte er zwei Amtszeiten als Präsident absolvieren.

Was auch immer passiert, ich schätze, dass die Wahl 2024 von zukünftigen Historikern als das Tor zur Vance-Ära der amerikanischen Politik in Erinnerung bleiben wird. Trump und Harris sind, obwohl Jahrzehnte zwischen ihnen liegen, die Kandidaten von gestern. Der junge Vance hat das Potential, ein ebenso transformierender amerikanischer Führer zu werden wie einst Reagan. Das Problem ist, dass Vance, wenn er es ins Oval Office schaffen sollte, möglicherweise einem Land vorstehen könnte, das so tief in sich selbst gespalten ist, dass der amerikanische Niedergang unumkehrbar ist.

Kultur geht der Politik voraus, und der Niedergang des Christentums und der damit verbundene Verlust einer gemeinsamen Basis für das amerikanische politische Leben haben einen anhaltenden Kulturkampf ausgelöst, der die Existenz der liberalen demokratischen politischen Ordnung selbst bedroht. Dies ist leider eine Desintegrationsdynamik, die kein Politiker – egal ob links oder rechts – aufhalten kann.

● **Rod Dreher** ist ein US-amerikanischer Journalist, Gastdozent am Danube Institute in Budapest und Autor von drei „New York Times“-Bestsellern über Politik, Religion und Kultur. Er war Kolumnist des „American Conservative“ und schreibt nun unter anderem für den „European Conservative“. Soeben erschien sein neues Buch „Living in Wonder. Finding Mystery and Meaning in a Secular Age“ (bislang nur auf Englisch).

● MELDUNGEN

Die Hälfte wird wieder normal

Hamburg – Ein Team von Kinder- und Jugendpsychiatern um Christian Bachmann vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf hat eine Studie im „Deutschen Ärzteblatt“ mit dem Titel „Störungen der Geschlechtsidentität bei jungen Menschen in Deutschland: Häufigkeit und Trends 2013–2022“ veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass derartige Störungen innerhalb der Gruppe der fünf- bis 24-Jährigen in jedem zweiten Fall binnen fünf Jahren wieder verschwinden. Ihre Auswertung von Abrechnungsdaten der Kassenärztlichen Vereinigungen ergab außerdem eine Zunahme der Diagnose „Geschlechtsdysphorie“ im Beobachtungszeitraum um das Achtfache. Besonders ausgeprägt war der Anstieg dabei unter den weiblichen Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren. Bei drei von vier Betroffenen wurden außerdem auch noch weitere psychische Störungen wie Depressionen, ADHS oder das Borderline-Syndrom festgestellt. **W.K.**

Carolabrücke wird bewacht

Dresden – Auf den Trümmern des am 11. September eingestürzten Teils der Dresdner Carolabrücke wurde am 15. Oktober ein sieben Meter langer Schriftzug mit den Worten „Millionäre besteuern“ angebracht. Daraufhin starteten die Polizei und der Staatsschutz Überprüfungen auf das Vorliegen strafbarer Sachverhalte. Der Bereich rund um die Brücke ist eingezäunt, um Neugierige abzuhalten. Dazu soll nun angesichts des Graffitis eine Bewachung des Areals durch den gemeindlichen Vollzugsdienst kommen. Offensichtlich will die Stadtverwaltung das Auftauchen weiterer „Parolen“ politischen Inhalts verhindern. Immerhin kommen derzeit ständig neue Belege dafür ans Licht, dass die Behörde des zuständigen grünen Baubürgermeisters Stephan Kühn schon seit Jahren brisante Gutachten zum desolaten Zustand der Brücke ignoriert und die nötigen Instandsetzungsmaßnahmen verschleppt hat. **W.K.**

Mehr Schutz für Politiker

Wiesbaden – Das Bundeskriminalamt (BKA) will die Zahl der Leibwächter zum Schutz des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, der Bundesminister und führender Mitglieder des Bundestages bis 2026 um 200 erhöhen. Damit würden dann 700 Personenschützer, die der BKA-Abteilung Sicherungsgruppe angehören, für deutsche Spitzenpolitiker bereitstehen. Manche von ihnen benötigen nur zeitweise Personenschutz, während andere rund um die Uhr abgesichert werden müssen. Letzteres trifft auch auf den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zu. Der BKA-Präsident Holger Münch begründete die Aufstockung mit einem verschärften Bedrohungsszenario: „Das hat nicht allein mit wachsenden Gefahren im Inland, sondern auch im Ausland zu tun – etwa mit dem Ukraine- oder dem Gazakrieg.“ Als Hauptgegner der Politiker sieht das BKA dabei Rechtsextremisten und Islamisten, gefolgt von gewaltbereiten Linken. **W.K.**



Vor Schlimmerem bewahrt: Die Bundespolizei bringt den terrorverdächtigen Libyer zur Haftvorführung

Foto: pa/René Priebe

ANSCHLAG AUF ISRAEL-BOTSCHAFT

Man wird sie nicht los

Statt ihn abzuschieben, plante ein Libyer eine Bluttat – Behörden sind machtlos

VON HAGEN RITTER

Nördlich von Berlin, in der Stadt Bernau, haben Spezialkräfte in der Nacht zum 19. Oktober den Libyer Omar A. in einer Asylbewerberunterkunft festgenommen. Die Bundesanwaltschaft geht davon aus, dass der 28-Jährige als Unterstützer der Terrororganisation „Islamischer Staat“ einen Anschlag mit Schusswaffen auf die Botschaft Israels in Berlin-Wilmersdorf geplant hat. Wie in anderen Fällen waren die deutschen Sicherheitsbehörden durch den Hinweis eines ausländischen Geheimdienstes auf den Terrorverdächtigen aufmerksam geworden.

Der inzwischen in Untersuchungshaft sitzende Libyer steht aus Sicht des CDU-Innenpolitikers Christoph de Vries „sinnbildlich für das Versagen der Bundesregierung bei der Durchsetzung von Ausreise-

pflichten.“ De Vries spricht sogar von „Staatsversagen“.

Tatsächlich macht der Fall einmal mehr deutlich, dass die von Bundeskanzler Olaf Scholz groß angekündigte „Abschiebeoffensive“ bislang als gescheitert angesehen werden muss.

Der Terrorverdächtige Omar A. war laut Recherchen der „Berliner Morgenpost“ im Jahr 2022 über ein Visum nach Malta eingereist. Im November 2022 soll er dann in Nordrhein-Westfalen von der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Bochum registriert worden sein.

Über das Verteilsystem der deutschen Länder landete Omar A. schließlich im Bundesland Brandenburg. Dort wurde dem Libyer Ende September 2023 dann auch die Ablehnung seines Asylantrags mitgeteilt. Damit war Omar A. eigentlich ausreisepflichtig. Was nun folgte, ist zum Teil typisch für viele Fälle in ganz Deutsch-

land, zum Teil spielen aber auch einige Besonderheiten des Bundeslandes eine Rolle. Brandenburg hatte lange Zeit die Verantwortung für die Umsetzung der Ausreisepflicht an die Landkreise und die kreisfreien Städte delegiert. Dass diese mit der Organisation von Abschiebungen oftmals überfordert waren, zeigt der Fall Omar A.

Nur 16.430 Abschiebungen

Nach Angaben des Landkreises war der Libyer nicht im Besitz eines gültigen Passdokumentes. Er hatte den deutschen Behörden lediglich eine Ausweiskopie vorgelegt. Damit war weder eine Abschiebung noch eine freiwillige Rückreise des abgelehnten Asylbewerbers möglich.

Vor diesem Hintergrund erteilte der Landkreis im November 2023 eine Duldung. Dies ist deutschlandweit eine gängige Praxis. Nach Angaben des Statisti-

schen Bundesamtes hielten sich Ende vergangenen Jahres in Deutschland insgesamt 189.000 Personen auf, die einen solchen Duldungsstatus hatten. Abgeschoben wurden aus Deutschland vergangenes Jahr lediglich 16.430 Ausländer.

Im Fall des Terrorverdächtigen wirft das Potsdamer Innenministerium dem Landkreis Barnim allerdings auch ein Versäumnis vor. Mittlerweile hat das Land die Verantwortung für Abschiebungen den Landkreisen abgenommen. Seit Mai dieses Jahres liegt die Zuständigkeit bei der „Zentralen Ausländerbehörde Brandenburg“. Diese soll im Fall des Omar A. allerdings erst zwei Monate später vom Landkreis die Information erhalten haben, dass der Libyer wie rund 4500 andere Ausländer in Brandenburg „vollziehbar ausreisepflichtig“ ist.

57 Prozent ohne Ausweise

Seit der Ablehnung des Asylantrags waren damit Monate vergangen. Zur Begründung für die späte Meldung sagte ein Vertreter des Landkreises: „Eine Einzelmeldung an die Zentrale Ausländerbehörde des Landes Brandenburg war nicht vorgehen und ist zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgt.“ Weiter heißt es vom Landkreis, eine Rücküberführung nach Libyen sei bereits damals als „aussichtslos“ bewertet worden, zudem habe der Libyer auch keinen gültigen Pass gehabt.

Der Leiter der Zentralen Ausländerbehörde Brandenburg, Olaf Jansen, machte auf weitere Probleme aufmerksam, die generell bei Abschiebungen auftreten. Laut Jansen dauert es rund zwei Jahre, bis Gerichte die Ablehnung eines Asylantrags bestätigen. In dieser Zeit kommt es nach den Erfahrungen der Ausländerbehörde immer wieder vor, dass die Gültigkeit von Passdokumenten abläuft.

Einige afrikanische Staaten, der Libanon oder Russland würden wiederum die Verlängerung abgelaufener Pässe völlig verweigern. Von der fehlenden Kooperationsbereitschaft profitieren nach Angaben von Jansen beispielsweise Tschetschenen, welche die russische Staatsbürgerschaft haben.

Hinzu kommt ein Problem, dass seit Jahren diskutiert wird und für das die Politik auf Bundesebene bislang noch keine Lösung gefunden hat: Die Mehrheit der Asylbewerber reist ohne jegliche Identitätspapiere nach Deutschland ein. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge haben im laufenden Jahr 57 Prozent der Asylbewerber keine Ausweise vorgelegt. Daran wird sich so schnell auch nichts ändern.

PHARMAWESEN

Krumme Geschäfte mit Krebsmitteln

„Arzneimittel sind das neue Kokain für Kriminelle“ – Windige Händler schüren falsche Hoffnung auf Heilung

Im Jahr 2018 verhaftete die Athener Polizei 21 mutmaßliche Mitglieder eines Netzwerkes, dem vorgeworfen wurde, Krebsmedikamente aus griechischen Kliniken illegal in die Bundesrepublik verbracht und durch das Ausnutzen der Preisdifferenzen zwischen den beiden Ländern erhebliche Gewinne erzielt zu haben.

Drahtzieher soll der Deutsch-Ägypter Mohamed Deyab Hussein gewesen sein. Im Oktober 2023 begann am Landgericht Potsdam der Prozess gegen ihn und dessen angebliche Hauptkundin Susanne Krautz-Zeitel, die als Geschäftsführerin des Unternehmens Lunapharm fungierte. Hussein war allerdings vor Gericht nicht anwesend. Er fehlte entschuldigt, weil er das Attest eines hessischen Gesundheitsamtes vorlegte, das ihm sowohl Reise- als auch Verhandlungsunfähigkeit bescheinigte. Er sei derart gebrechlich, dass er sich nur mit einem Rollator fortbewegen könne und zudem außerstande sei, normal zu kommunizieren.

Aktuelle Recherchen des MDR-Magazins „Fakt“ zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild. Bei einem Treffen mit Undercover-Reportern wirkte Hussein völlig gesund. Außerdem handelt er nach eigener Aussage weiter mit illegal importierten und daher auch nicht zur Anwendung zugelassenen Medikamenten gegen Darm- und Brustkrebs, deren Packungspreis bei mehreren tausend Euro liegt. Hierzu sagte der Deutsch-Ägypter: „Ich liebe, was ich tue. Warum aufhören?“

Der Professor für Deutsches und Europäisches Straf- und Strafprozessrecht an der Universität Osnabrück, Arndt Sinn, bezeichnete Husseins Handeln als „hochkriminell“ und kritisierte die Justiz in Brandenburg, welche das Attest ein Jahr lang nicht auf seine Richtigkeit überprüft habe.

Darüber hinaus meinte der Experte für das grenzüberschreitende Organisierte Verbrechen: „Arzneimittel sind das neue Kokain für Kriminelle. Man kann

sehr viel Geld verdienen und der Kontrolldruck und das Strafverfolgungsrisiko sind extrem gering auf diesem Markt.“

Affäre um „schmerzfreie“ Therapie

Zeitgleich zu den Enthüllungen über Hussein und dessen fortlaufende Geschäfte berichtete das ZDF-Magazin „Frontal“ über einen weiteren mutmaßlichen Skandal rund um die Behandlung von Krebs-erkrankungen. Die Firma Immucura des deutschen Unternehmers Johannes Schumacher bietet Krebspatienten eine „schmerzfreie“ Therapie mit „geringen bis keinen Nebenwirkungen“ an, deren Kosten im Bereich von mehreren zehntausend Euro liegen. Eine Heilung sollen dabei sogenannte dendritische Zellen bringen, die mit Tumor-Antigenen beladen werden.

Immucura zufolge hätten „über 10.000 klinische Studien“ bewiesen, dass die Dendritische Zelltherapie „sicher und wirksam“ sei. Dem widersprechen aller-

dings Experten wie die Professorin für Integrative Onkologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jutta Hübner. Ihres Wissens gebe es „keine Studie, die wirklich zeigt, dass – angewandt beim Patienten – dendritische Zellen gegen Krebs wirksam sind“.

Darüber hinaus ist diese Form der Therapie in Deutschland nicht zugelassen. Ärzte dürfen Betroffene jedoch im Rahmen eines „individuellen Heilversuches“ mit dendritischen Zellen behandeln. Offen bleibt hier freilich, woher diese stammen. Dem ZDF-Magazin zufolge gibt es Hinweise auf eine Herstellung in Deutschland, wobei aber alle dafür zertifizierten Labore auf Anfrage versichert hätten, nicht mit Immucura zu kooperieren. Ebenso besitzt das zuständige Paul-Ehrlich-Institut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel keinerlei Informationen über „arzneimittelrechtlich relevante Aktivitäten“ der Firma hierzulande. **Wolfgang Kaufmann**

„MOBILITÄTSWENDE“

Ideologischer Irrsinn in Charlottenburg

Posse um „Pop-up“-Radweg in der Kantstraße wirft ein grelles Licht auf die grüne Verkehrspolitik

VON HERMANN MÜLLER

Jahrelang haben Berlins Senat und der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf über einen Radweg in der Charlottenburger Kantstraße diskutiert. Bereits im Jahr 2020 führte die damals von den Grünen geführte Verkehrsverwaltung in der Kantstraße wie an anderen Orten der Millionenstadt zwei sogenannte „Pop-up“-Radwege ein. Seitdem grenzt unmittelbar am Bürgersteig ein Radweg, erst dann kommt eine Parkspur. Ganz außen ist eine einzige Spur für den fließenden Verkehr verblieben.

Diese ist eingeklemmt zwischen Parkspur und Mittelstreifen. In entgegengesetzter Fahrtrichtung bietet sich spiegelbildlich das Gleiche. Insgesamt hat sich die Zahl der Fahrspuren damit von vier auf zwei verringert, entstanden sind auf beiden Straßenseiten dafür Radwege. Seitdem stehen nicht nur Autos, sondern auch BVG-Busse auf der notorisch verstopften Ost-West-Achse häufig im Stau. Die vor vier Jahren als Pandemie-Provisorium angekündigte Neuaufteilung der Straße stößt allerdings nicht nur bei Autofahrern auf Kritik.

Menschenleben in Gefahr

Der Abstand zwischen der Fahrspur und den Wohnhäusern in der Kantstraße lässt die Berliner Feuerwehr befürchten, im Notfall Menschen nicht mehr aus den oberen Stockwerken retten zu können. Durch die Anordnung von Parkspur und Radweg beträgt im Notfall der Abstand zwischen Feuerwehrfahrzeugen und den Häusern zwölf Meter. Dies ist aus Sicht der Feuerwehr offenbar zu viel, um bei einem Brand Menschen noch aus der vierten Etage evakuieren zu können. Die Radspur ist für Feuerwehreinsätze wiederum zu schmal.

Die auch zu vorbeugendem Gefahrenschutz gesetzlich verpflichtete Berliner Feuerwehr muss angesichts der Verkehrslage in der Kantstraße zudem befürchten, im Notfall gar keinen Platz für den Einsatz von Drehleiterfahrzeugen samt ihren Stützauslegern zu finden. Auch der zwischen Parkspur und Gehweg liegende Radweg ist dafür zu schmal. Angesichts von Dauerstau auf der einzig verbliebenen Fahrspur muss die Feuerwehr von vornherein mit einem zeitraubenden Anfahrtsweg rechnen. Müssen



Hätte fast ein Desaster ausgelöst: „Pop-up“-Radweg an der Berliner Kantstraße

Foto: imago/Rüdiger Wölk

am Einsatzort dann erst noch parkende Autos aus dem Weg geräumt werden, kann dies zu weiterem Zeitverlust führen, der Menschen das Leben kostet.

Der jahrelang schwelende Streit um den Radweg hätte bei rechtzeitiger Einbeziehung des betroffenen Bezirks leicht vermieden werden können. Tatsächlich hat die im Jahr 2020 noch grün-geführte Senatsverkehrsverwaltung den Radweg aber an den üblichen Planungsverfahren und auch an den Entscheidungsträger des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf vorbei installiert. Handhabe bot die Sondersituation der Corona-Zeit und die Tatsache, dass die Kantstraße als wichtige Verkehrsachse der Stadt Senatsangelegenheit ist.

Offenbar sind die Sicherheitsbedenken aber auch nach dem Regierungswechsel von Rot-Grün-Rot zu Schwarz-Rot bei der zuständigen Senatsverwaltung auf taube Ohren gestoßen. Der Verkehrsratsrat des Bezirks, Oliver Schruoffeneger (Grüne), beklagte nämlich noch am 25. Oktober ein „jahrelanges Abtauchen der Verkehrsver-

waltung“. „Seit drei Jahren weiß die Senatsverwaltung, dass die aktuelle Regelung von Feuerwehr und Bauaufsicht nur unter der Prämisse einer kurzzeitigen Übergangslösung akzeptiert wird.“ Laut dem Stadtrat soll die Verkehrsverwaltung sogar noch am 21. Oktober mitgeteilt haben, dass sich „die tatsächliche Situation in der Kantstraße aus hiesiger Sicht nicht besonders kritisch“ darstelle.

Einlenken in letzter Minute

Zum Handeln veranlasst hat den Senat dann offenbar eine drastische Ankündigung. Bezirksbaustadtrat Christoph Brzezinski (CDU) stellte in einem Schreiben an die Senatsverwaltung für Verkehr „sukzessive Nutzungsuntersagungen“ für betroffenen Wohneinheiten in Aussicht. Im Klartext: Wird keine Lösung für den Brandschutz gefunden, dürfen bestimmte Wohnungen in oberen Etagen nicht mehr bewohnt werden. Die Ankündigung, dass eine größere Anzahl von Mietern und Eigentümern beginnend ab November aus

ihren Wohnungen muss, hat schnelle Wirkung gezeigt.

Wie der Senat noch Ende Oktober mitteilte, wird die Kantstraße bis zum Ende des Jahres „optimiert“. Demnach sollen Radweg und Parkstreifen getauscht werden, sodass die Feuerwehr im Notfall auch Drehleitern einsetzen kann.

Mittlerweile gibt es in Berlin Befürchtungen, dass es auch an anderen Stellen der Stadt, etwa am Kottbusser Damm in Kreuzberg, Ärger um Radwege gibt. Wie in der Kantstraße wurde auch am Kottbusser Damm 2020 ein provisorischer „Corona-Radweg“ angelegt. In diesem Fall war das grün-geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg die treibende Kraft dabei, Parkplätze zu beseitigen und stattdessen Radspuren zu etablieren. Recht schnell kamen seinerzeit aus den Reihen der Grünen Forderungen auf, die als Pandemie-Provisorium angekündigten „Pop-up“-Radwege als Instrument der „Verkehrswende“ zu einer Dauereinrichtung zu machen.

TIERTRANSPORT

Gezerre um qualvollen Tod dutzender Rinder

Tiere aus Brandenburg sind an türkisch-bulgarischer Grenze verendet – Auch Özdemir in der Kritik

Der Versuch, 69 trächtige Rinder von Brandenburg in die Türkei auszuführen, ist für die Tiere zu einer wochenlangen Qual geworden. Nach zwei Tagen Fahrt hing der Transport kurz vor seinem Ziel fest. Der türkische Zoll hielt die beiden Lastwagen auf, weil Brandenburg nach dem Ausbruch der Blauzungenkrankheit seit August als Seuchengebiet gilt.

Für den bulgarischen Zoll galten die Tiere wiederum als bereits ausgeführt. Ein Rücktransport sei aufgrund von EU-Regelungen nicht erlaubt, so die Argumentation der Bulgaren. Laut Medienberichten wurden die Rinder erst nach einer Woche in einem Stall in Grenznähe untergebracht. Anfang Oktober seien die Tiere dann erneut auf Lastwagen verladen worden. Insgesamt waren die Rinder seit ihrer Abfahrt in Deutschland mehr als zwei

Wochen unterwegs gewesen. Auf dem Weitertransport verendeten geschwächte Tiere, hochträchtige Rinder brachten inmitten toter Tiere, knöcheltiefem Kot und Urin Kälber zu Welt. Die Tiere, die den wochenlangen Transport überlebt hatten, wurden schließlich in einem Schlachthof im türkischen Ort Edirne geschlachtet.

Hierzulande ist inzwischen das Schwarze-Peter-Spiel angelaufen, wer die Verantwortung an dem Geschehen trägt. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) fordert von den Behörden in Brandenburg eine Aufarbeitung, wie „es dazu kommen konnte“. Pikant dabei: In Brandenburg ist für die Aufsicht der Veterinärämter das Grünen-geführte Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz zuständig.

An der Spitze des Ministeriums in Potsdam steht Özdemirs Parteifreundin Ursula Nonnemacher. Deren Ministerium weist laut einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ nach dem qualvollen Tiertransport auf die Landkreise. Bereits im April sollen diese die Aufforderung erhalten haben, vorerst keine Transporte mit lebenden Rindern in die Türkei mehr zu genehmigen.

Der Landrat von Elbe-Elster, Christian Jaschinski (CDU), hat die Vorwürfe inzwischen zurückgewiesen. Er erklärte, das Veterinäramt des Kreises sei an die Vorgaben des Gesetzgebers gebunden. Laut dem Landrat hat das Veterinäramt nach sorgfältiger Prüfung der Unterlagen die Transportabfertigung aufgrund der geltenden Rechtslage überhaupt nicht ablehnen können. Jaschinski machte dem

von Özdemir geführten Bundesministerium seinerseits den Vorwurf, es sei auf eine zwischenstaatliche Kommunikation und Zusammenarbeit wie in dem vorliegenden Fall mit der Türkei und Bulgarien nicht vorbereitet gewesen. Der CDU-Politiker forderte zudem in Richtung Bund: „Solche Tiertransporte in Länder außerhalb der EU sollten nicht mehr genehmigt werden.“

Die Tierschutzstiftung „Vier Pfoten“ hat am 18. Oktober gegen die Organisatoren, Transporteure und das Veterinäramt Elbe-Elster Strafanzeige wegen Beihilfe zur Tierquälerei erstattet. Die Organisation warf allerdings auch Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir vor, bei Tiertransporten in Drittstaaten wie die Türkei jahrelang untätig geblieben zu sein. *H.M.*

● KOLUMNE

Der Wagenknecht

VON VERA LENGSEFELD

Was in Sachsen und Thüringen nur holperig verläuft, geht in Brandenburg glatt: Ministerpräsident Dietmar Woidke von der SPD will Koalitionsverhandlungen mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht führen. Dafür, so verkündete er am vergangenen Montag, wolle er alles tun, auch unter Zurückstellung von Meinungsdivergenzen.

Woidke spricht aber nicht von Differenzen mit Wagenknecht, sondern mit seinem Kanzler und der SPD-Bundestagsfraktion. Die hatten sich klar für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine und für die Stationierung von amerikanischen Mittelstrecken- und Hyperschallraketen auf deutschem Boden ausgesprochen.

Im Sondierungspapier von SPD und BSW steht, die Brandenburger sorgten sich, „dass sich der Krieg ausweitete und damit das Risiko besteht, dass auch Deutschland in eine sich immer schneller drehende Kriegsspirale hineingezogen wird“. Mehr Waffen führten nicht zum Ende des Ukraine-Krieges. Woidke geht davon aus, dass es keine Probleme geben wird.

Sicherlich nicht mit der Bevölkerung von Brandenburg, die mehrheitlich gegen Waffenlieferungen und Raketenstationierungen sein dürfte. Ob allerdings Kanzler Scholz und seine Unterstützer über den Gegenwind aus Brandenburg so erfreut sind, ist fraglich. Politiker sind es heutzutage nicht mehr gewohnt, Widerspruch zu bekommen.

Auch die meinungsmachenden Medien müssen überrascht feststellen, dass sie nun die Geister, die sie riefen, nicht mehr loswerden. Monatelang war Sahra Wagenknecht durch alle Talkshows getingelt und mit wohlwollenden Kommentaren verwöhnt worden. Sie galt als Garant dafür, dass die AfD keine Möglichkeit erhält, an einer Regierung beteiligt zu werden. Diese Erwartung erfüllt das BSW. Nun kommt zum großen Erstaunen die Rechnung vom BSW. Wagenknecht ist immer noch eine Kommunistin, die weiß, wie man sich durchsetzt.

● MELDUNG

Austrittswelle bei Linkspartei

Berlin – Die früheren Berliner Linkspartei-Senatoren Klaus Lederer, Sebastian Scheel sowie Elke Breitenbach haben ihre Partei verlassen. Zuvor hatten schon Pankows Ex-Bezirksbürgermeister Sören Benn und der langjährige Vorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Udo Wolf, ihre Parteibücher zurückgegeben. Auf dem jüngsten Landesparteitag war es zu einem Antisemitismus-Eklat gekommen. Auch der ehemalige Fraktionschef Carsten Schatz und der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Sebastian Schlüsselburg, gingen diesen Weg. Das aktuelle Führungsduo der Fraktion im Abgeordnetenhaus, Anne Helm und Tobias Schulze, sagte dazu: „Die Ankündigung des Austritts aus unserer gemeinsamen Partei bedauern wir sehr.“ Sören Benn beklagt, seine ehemalige Partei mutiere „zu den Zeugen Jehovas der Politik“. *F.B.*

● MELDUNGEN

100 Billionen Welt-Schulden

Washington, D.C. – Wie der Internationale Währungsfonds (IWF) im aktuellen „Fiscal Monitor“ berichtet, wird die weltweite Verschuldung bis Ende dieses Jahres auf den Rekordwert von 100 Billionen US-Dollar beziehungsweise 93 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigen. Hierzu sagte die IWF-Chefin Kristalina Georgieva: „Unsere Prognosen deuten auf eine unerbittliche Kombination aus niedrigem Wachstum und hoher Verschuldung hin – eine schwierige Zukunft.“ Die größten Schuldenmacher sind die USA und China gefolgt von Brasilien, Frankreich, Italien, Großbritannien und Südafrika. Diese sieben Staaten könnten den weltweiten Schuldenstand in den nächsten drei Jahren sogar auf 115 Prozent des globalen BIP hinauftreiben. Die Verschuldungswelle ist eine Gefahr für alle Volkswirtschaften und engt den Spielraum der Regierungen bei der Armutsbekämpfung und fiskalpolitischen Maßnahmen ein, wie sie im Krisenfall nötig werden. **W.K.**

G20 will neue Steuern

Paris – Die Gruppe der G20, welche die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer repräsentiert, diskutiert die Einführung einer globalen Vermögenssteuer, wobei Frankreich, Spanien und die Mitglieder der Afrikanischen Union zu den Hauptbefürwortern dieses Vorhabens zählen. Die Idee hierzu basiert auf den Berechnungen des französischen Ökonomen Gabriel Zucman, welcher davon ausgeht, dass die Steuer jährlich bis zu 250 Milliarden US-Dollar in die Staatskassen spülen könnte. Besonders betroffen davon wären die 3000 Milliardäre in aller Welt, die momentan im Durchschnitt nur 0,3 Prozent Steuern pro Jahr auf ihr Vermögen zahlen, weil es ihnen gelingt, die bestehenden gesetzlichen Schlupflöcher zu nutzen. Laut Zucman sollte die globale Vermögenssteuer bei zwei Prozent per annum liegen. Der derzeit reichste Mann der Welt, Elon Musk, müsste dann jährlich immerhin um die vier Milliarden Dollar Steuern entrichten. **W.K.**

Polen erweitert Mautstraßen

Warschau – Polens Regierung plant, das seit 2017 nicht mehr erweiterte mautpflichtige nationale Straßennetz auszubauen. Fortgesetzt wird damit die 2011 eingeführte Politik, für die Nutzung neu gebauter Straßen Mautgebühren zu verlangen. Durch die Erweiterung des mautpflichtigen Straßennetzes sollen die Staatseinnahmen allein im ersten Jahr um umgerechnet rund 1,2 Milliarden Euro steigen. Polnische Spediture äußerten sich auf der anderen Seite bereits besorgt, dass die Ausweitung des Mautsystems „für eine um ihre Existenz kämpfende Branche“ höhere Betriebskosten bedeutet. Die polnische Regierung verweist dagegen darauf, dass die Ausweitung des Systems der Mautstraßen in der Logistikbranche zu einer gerechteren regionalen Verteilung der Belastungen und damit zu einer Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führe. **H.M.**

KUBA

Kommunistischer Blackout

Ein Stromausfall legte tagelang die Karibikinsel lahm – Die Regierung in Havanna reagiert hilflos

VON PETER ENTINGER

Als die Lichter auf Kuba ausgingen, da reagierte das kommunistische Regime wie immer. Das Internet wurde lahmgelegt, Demonstrationen aufgelöst, Kundgebungsteilnehmer verhafteten. Auf der Karibikinsel fiel in der vergangenen Woche für mehrere Tage der Strom aus. Über Tage saßen die Menschen im Dunkeln und das öffentliche Leben kam zum Erliegen. Es gibt Bilder von Einwohnern, die ihre gefrorenen Lebensmittel auf offenem Feuer verkochten, um sie nicht wegwerfen zu müssen. Nahrung ist in der sozialistischen Mangelwirtschaft ohnehin knapp. Mittlerweile sind die Lichter wieder angegangen. Doch für wie lange?

Die Stromausfälle sind in den vergangenen Jahren öfter vorgekommen. Und die kommunistischen Machthaber verfahren nach altbekanntem Muster. Wegen des US-Embargos seien nicht genügend

Öllieferungen für die Kraftwerke erbracht worden. Damit lässt sich auch die Verarmung größerer Bevölkerungskreise gut rechtfertigen.

Anfang 2024 lebten laut der Beobachtungsstelle für Menschenrechte 88 Prozent der Kubaner in Armut. Der Mindestlohn liegt bei kaum mehr als sechs Euro im Monat, der Durchschnittslohn bei 13 Euro und die Rente bei vier Euro. Kuba ist ein Land des Mangels. Wem es irgendwie möglich ist, der verlässt das Land Richtung USA. Seit 2021 sind mehr als eine halbe Million Kubaner von der Insel geflohen. Meist sind es junge Menschen.

Stromausfälle sind an der Tagesordnung. Krankenhäuser behandeln nur noch Notfälle, Schulen werden teilweise geschlossen. Außerdem entwickelt sich der Tourismus nicht weiter. „Für das Regime ist das zum ständigen Problem geworden“, sagt Günther Maihold, Professor am Lateinamerika-Institut der FU Berlin gegenüber dem „Berliner Tagesspiegel“:

„Der Mangel wird heute als tiefgreifendes strukturelles Defizit eines Wirtschaftsmodells gesehen, das immer nur Löcher stopft, die Einwohner gängelt und nicht mehr vertrauenswürdig ist.“

Seit der „Revolution“ in den 1950er Jahren hing Kuba am Tropf der Sowjetunion. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs rief der langjährige Machthaber Fidel Castro eine Phase des Umbruchs aus. Man orientierte sich wirtschaftlich an Venezuela.

Vaterland und Leben – oder Tod?

Doch auch das ging schief. Während Castros Nachfolger auf die Amerikaner schimpfen, beginnen immer mehr Menschen auf der Insel zu rebellieren. Mehr als 12.000 zumeist kleinere Demonstrationen hat es in den vergangenen Jahren gegeben. Die Regierung verkündete ihre Parole: „Vaterland oder Tod“. Die Aufständischen halten trotz zig dagegen: „Vaterland und Leben“.

Der Grund für die immer häufiger vorkommenden Stromausfälle liegt auf der Hand. Die Infrastruktur ist alt, marode, kaputt. Immer mehr Kraftwerke können kaum noch repariert werden, müssen vom Netz. Rohstoffe einkaufen kann das wirtschaftlich weitgehend isolierte Regime kaum, weil dafür die finanziellen Mittel fehlen. Um das Staatsdefizit in den Griff zu bekommen, hat die Regierung begonnen, Subventionen zu streichen. Mit der Folge, dass die Inflation in die Höhe schnellte und noch mehr junge Menschen die Insel verlassen. Die, die geblieben sind, sind die Alten und jene, die sich mit dem Regime arrangiert haben.

Andere schlagen, wie in Lateinamerika üblich, in der Dunkelheit auf Kochtöpfe, um ihren Protest laut kundzutun. Mehr ist derzeit nicht möglich. „Staatsbeamte wurden angewiesen, mit aller Entschiedenheit gegen regierungsfeindliche Demonstrationen vorzugehen, Armee und Polizei sind in höchster Alarmbereitschaft“, sagt der in Berlin lebende kubanische Exil-Journalist Amir Valle, „in Stadtvierteln, in denen es traditionell zu sozialen Unruhen kommt, wurden spezielle Anti-Aufruhr-Truppen geschickt.“

Beobachter bescheinigen dem Regime eine nicht ungeschickte Vorgehensweise. Zuerst gehen die Lichter stets in der Hauptstadt Havanna und der zweitgrößten Stadt Santiago de Cuba wieder an. Dort leben die meisten Menschen, dort gibt es noch Studenten, denen man zutraut, einen „Putsch“ anzuzetteln. Die versucht man irgendwie zu besänftigen.

Die Landbevölkerung verarmt unterdessen immer weiter. Für die Demonstranten hat Präsident Miguel Díaz-Canel nur Hohn und Spott übrig: „Es ist nur eine kleine Gruppe von Leuten, meist betrunken, die sich unanständig verhalten haben.“ Noch während er ankündigte, jegliches „antirevolutionäres Verhalten“ streng zu ahnden, zog Hurrikan Oscar eine Schneise der Verwüstung über die Insel. Daran waren die Amerikaner nicht schuld. Doch Díaz-Canel versuchte auch diese Katastrophe für sich zu nutzen. Für höhere Gewalt könne nun wirklich niemand etwas.



Havanna im 21. Jahrhundert: Ein 50er-Jahre-Wagen spendet Licht für die im Oktober vom Stromausfall geplagte Hauptstadt Kubas

SCHWEDEN

Heiratsverbot für Cousine und Cousin

Schluss mit Verwandtschaftsehen unter Zuwanderern – Maßnahme gegen Clanstrukturen und Zwangsehen

Eine von der schwedischen Regierung in Auftrag gegebene Untersuchungskommission hat vorgeschlagen, dass Cousins/Cousinen ab Juli 2026 nicht mehr heiraten dürfen. Außerdem sollen ihre im Ausland geschlossenen Ehen nicht mehr anerkannt werden. Die Regierung hatte im September 2023 eine Untersuchungskommission eingesetzt, um die Regeln für die Eheschließung zwischen Mitgliedern derselben Familie zu überprüfen.

Derzeit erlaubt das geltende schwedische Recht keine Ehen zwischen Geschwistern, und das Gleiche gilt für alle Familienmitglieder, die in auf- oder absteigender Linie miteinander verwandt sind. Lediglich Halbgeschwister können eine Ausnahmegenehmigung erhalten.

Für alle anderen Beziehungen, wie beispielsweise zwischen Cousins und Cousinen, gibt es keine Regelung. Daher ist es ihnen in Schweden derzeit erlaubt, untereinander zu heiraten. Ehen zwischen ausländischen Verwandten werden in Schweden ebenfalls anerkannt.

Anne Kutenkeuler, Beraterin am Stockholmer Berufungsgericht und Leiterin des Untersuchungsausschusses, betonte, dass laut dem schwedischen Migrationsamt viele Ehen zwischen Cousins und Cousinen in Regionen und Ländern wie dem Nahen Osten, Nordafrika, Ägypten, Afghanistan und Syrien geschlossen wurden, wie die schwedische Zeitung „Göteborgs-Posten“ berichtet. Der Gesetzesvorschlag habe auch zum Ziel, arrangierte Ehen zu bekämpfen.

Der Untersuchungsausschuss wurde auf Anregung eines Koalitionsvertrags der schwedischen Regierung, dem Tidö-Abkommen, das im Oktober 2022 unterzeichnet wurde, ins Leben gerufen. Darin werden die Bedingungen für eine Zusammenarbeit zwischen Konservativen, Christdemokraten, Liberalen und Schwedendemokraten beschrieben, wobei unter anderem ein wichtiger Abschnitt der illegalen Einwanderung gewidmet ist.

Einer Untersuchung des australischen Centre for Comparative Genomics zufol-

ge werden in manchen islamischen Ländern mehr als die Hälfte aller Ehen vor allem auf dem Lande zwischen nahen Verwandten geschlossen. Besonders hoch sei in solchen Ehen die Gebärfreudigkeit, eines der Ziele des militanten Islam.

Ein weiterer Vorteil ist, dass in diesen Familien die Scheidungsquote sinkt, weil das Vermögen ja in der Familie bleibt. Allerdings steigt bei Ehen unter engen Verwandten auch das Risiko der Übertragung von Erbkrankheiten und angeborenen Erbschäden. Auch in Deutschland war 2010 etwa jede vierte türkischstämmige Frau mit einem Verwandten verheiratet.

Islamisches Erstzugriffsrecht

Nach einer Studie der britischen Fachzeitschrift „Reproductive Health Journal“ von 2009 über Verwandtenehen in der arabischen Welt werden 25 bis 30 Prozent aller Ehen zwischen Cousins und Cousinen ersten Grades geschlossen, insgesamt 20 bis 50 Prozent zwischen Blutsverwandten. Die Bereitschaft dazu steigt in

Ländern wie Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten, sinkt aber in Jemen, Jordanien und Tunesien mit wachsendem Bildungsstand der Frauen (nicht so bei Männern). Auch die arabische Sprache ist ein Abbild dieser Verwandtenehen. So gibt es für Cousin/Cousine im arabischen gleich vier Begriffe, je nachdem ob es sich um weibliche oder männliche Nachkommen von Brüdern oder Schwestern handelt.

Bei traditionellen Eheschließungen haben Söhne oder Töchter von Brüdern das Erstzugriffsrecht bei Eheschließungen, bevor auch die Söhne oder Töchter von Schwestern zum Zuge kommen können. Das Verbot der Verwandtenehen könnte aufzeigen, wie man die Migranten-subgesellschaften in Europa zum Austrocknen bringen könnte, weil damit auch die engen Clanstrukturen durchbrochen werden könnten, die in Schweden, besonders in Malmö, zum Fundament einer bereits tief verwurzelten Verbrechenssubkultur geworden sind. **Bodo Bost**

VON PETER ENTINGER

Wenn sich die Arbeitgeber versammeln, dann machen auch die Spitzenpolitiker artig ihre Aufwartung und holen sich dann meist verbale Prügel ab. Das war in der vergangenen Woche nicht anders. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger kritisierte den Kurs der Ampelregierung und forderte bessere Bedingungen für die deutsche Ökonomie. „Die Wirtschaft schrumpft. Die Arbeitslosigkeit steigt. Im Vergleich von 45 Industrie- und aufstrebenden Schwellenländern liegt Deutschland bei den Kosten inzwischen auf dem vorletzten Platz“, kritisierte er.

Im Publikum verfolgte Bundeskanzler Olaf Scholz den Vortrag des Industriekapitäns mit versteinierter Miene. Dulger erklärte weiter, man brauche echten Fortschritt im Kampf gegen die Bürokratie. Die Sozialabgaben müssten begrenzt werden. Die SPD warnte der Arbeitgeber-Boss davor, den Mindestlohn politisch festzusetzen. Gleichzeitig schrieb er den Regierenden ins Stammbuch, ihre Politik zu ändern, um die Ränder nicht noch weiter zu stärken. Das Aufkommen populistischer Parteien sei für ihn schwer erträglich. „Wir müssen aber klar sagen, wo wir stehen. Zudem müssen die demokratischen Parteien ein besseres Angebot machen, als sie das heute tun. Wenn die Menschen den Eindruck haben, die Politik kümmert sich nicht um ihre Probleme, droht die Systemfrage“, ergänzte Dulger.

Deutschland wettbewerbsunfähig

Kanzler Scholz räumte ein, dass es Dissonanzen gebe. Deutschland sei ein starkes Land. Man müsse herauskommen aus der „unguten Lage“. Darum habe die Bundesregierung die Wachstumsinitiative beschlossen. Scholz setzte weiterhin große Hoffnungen auf das für Ende Oktober geplante Industrie-Spitzenreffen mit Unternehmensvertretern, Gewerkschaften und Verbänden. „Dabei geht es darum, einen Konsens zu finden, den man auch gemeinsam vertritt“, betonte der Kanzler.

„Der Worte sind genug gewechselt“, mag sich Dulger unterdessen gedacht haben, und forderte den Kanzler auf, die Wachstumsinitiative nicht koalitionsintern zerreden zu lassen: „Die deutschen Unternehmen sind immer noch wettbewerbsfähig. Der Standort ist es allerdings nicht. Die Wachstumsinitiative der Bundesregierung ist sicher keine Mondlandung, aber besser als nichts.“

Dulger legte zudem die Finger auch in andere Wunden. So sprach er sich zwar für geregelte Migration in den Arbeitsmarkt aus, warnte aber „vor einer Abwärtsspirale“, wenn die Menschen den



Da wurde Kanzler Scholz ganz klein und guckte ungläubig, als Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger ihm die Leviten las

SPITZENTREFFEN

Wirtschaft spricht mit Regierung Tacheles

Die Ankündigungen des Kanzlers werden nicht mehr geglaubt und mit der Inkompetenz des Wirtschaftsministers wird abgerechnet

Eindruck hätten, dass die Politik Probleme nicht lösen könne oder wolle. „Und eins dieser Probleme ist die Migration. Es ist nötig, geregelte und ungeregelte Migration zu trennen. Und es ist gut, dass der Staat jetzt an den Grenzen Präsenz zeigt“, sagte er unter dem Beifall der Teilnehmer.

Ökonomen glauben Scholz nicht

Der Präsident des Mittelstandverbundes, Eckhard Schwarzer, forderte von der Bundesregierung ebenfalls Reformen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. „Beim Thema Bürokratieabbau sind wir ziemlich enttäuscht“, so Schwarzer, der von einer „Überregulierung“ sprach. Zumindest hierbei wollte Scholz den Wirtschaftsbossen positive Signale senden. Doch selbst das gelang ihm nur bedingt. Während seines Grußwortes auf dem Arbeitgebertag erklärte der Kanzler, dass das umstrittene

Lieferkettengesetz abgeschafft werde. „Das haben wir ja gesagt, das kommt weg“, sagte der SPD-Politiker. Das primäre Ziel des Lieferkettengesetzes ist, Menschenrechte weltweit zu stärken. Große Unternehmen sollen sanktioniert werden, wenn sie von Menschenrechtsverletzungen wie Kinder- oder Zwangsarbeit profitieren. Die Kontrollen gestalten sich schwierig, manche Unternehmen haben bereits angekündigt, die Produktion zu verlagern, was eine Verteuerung der Waren nach sich ziehen würde. Ursprünglich sollten die EU-Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit haben, um die neue Regelung umzusetzen. Nun soll es bis zum Jahresende reformiert werden. „Daran arbeitet die Bundesregierung gemeinsam“, schob das vom Grünen Robert Habeck geführte Wirtschaftsministerium eilig nach. „Das glaube ich, wenn die Tinte trocken ist, es

bei mir auf dem Lieferschein steht und bei mir im Betrieb ankommt. Aber bei mir im Betrieb ist bislang davon nichts angekommen, nichts davon“, erwiderte Dulger.

Habeck hat nicht geliefert

Für Habeck hat der Unternehmer nur wenig lobende Worte übrig. „Wir haben mehrfach darum gebeten, dieses Gesetz entweder zu lockern oder außer Kraft zu setzen.“ Habeck habe eine Überprüfung auch zugesagt: „Aber geliefert hat er nichts“, sagte Dulger. Einmal in Fahrt gekommen, nannte er die geplante Rentenreform der Regierung ein Stück „für das Museum für verkorkste Reformen“.

Kanzler Scholz wünscht sich nach dem Spitzenreffen gemeinsame Sprachregelungen. Das dürfte nach den Worten auf dem Arbeitgebertag eher ein frommer Wunsch sein.

BRICS-GIPFEL

Im Trippelschritt zu einer neuen Weltordnung

Vertreter aus 36 Staaten kamen – Viele Gemeinsamkeiten, aber auch sehr unterschiedliche Positionen

Westliche Experten werten den 16. BRICS-Gipfel, der vom 22. bis 24. Oktober in Kasan stattfand, als reines Symboltreffen, mit dem Putin dem Westen beweisen wolle, dass Russland nicht so isoliert dastehe, wie dieser es wünsche. Wenn insgesamt Vertreter aus 36 Staaten teilnehmen, darunter 25 Staats- und Regierungschefs sowie Vertreter internationaler Organisationen, wie der UN-Generalsekretär Guterres, dürfte dies mehr als nur Symbolwert haben.

Mittlerweile hat das BRICS-Bündnis zehn Mitglieder, mit China und Indien gar die bevölkerungsreichsten der Erde. Es steht für 45 Prozent der Weltbevölkerung und 30 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Zu den Gründungsmitgliedern Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gesellten sich in diesem Jahr der Iran, Ägypten, Äthiopien, die Vereinigten

Arabischen Emirate sowie Saudi-Arabien. Länder wie Aserbaidshan, Malaysia und die Türkei haben formell einen Antrag auf Aufnahme gestellt, und es gibt weitere Interessenten.

Als Ziele nennt BRICS neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Armutsbekämpfung und die friedliche Regulierung von Konflikten. Zwar gibt es Bestrebungen seitens Wladimir Putin, BRICS als Gegner gegen westliche Wirtschaftsorganisationen zu positionieren, jedoch sind nicht alle bereit, sich von der Zusammenarbeit mit den USA zu lösen. Für Saudi-Arabien etwa sind die USA ein Partner im Technologie- und Finanzsektor, für Ägypten sind die USA ein wichtiger Handelspartner. Viele Länder des globalen Südens sehen in BRICS indes eine vielversprechende Alternative zu den westlichen

Bündnissen, allerdings nicht als einzige, sondern vielmehr als ergänzende.

Mit der Türkei nahm erstmals ein NATO-Mitglied am BRICS-Gipfel teil. Der türkische Präsident Erdoğan teilt das Ziel Putins, eine multipolare Weltordnung zu schaffen. Jahrzehntlang ist die Türkei schon Beitrittskandidat der EU. Nun will Erdoğan die geographische Lage seines Landes nutzen, um mehr geopolitisches Gewicht in der Region zu erlangen. Er setzt auf gute Beziehungen mit dem Osten und dem Westen. Die Türkei beteiligt sich nicht an den Sanktionen des Westens. Eine BRICS-Mitgliedschaft könnte dem Land mehr Investitionen aus China bringen sowie die Öl- und Gasimporte absichern.

USA und EU wurden auf dem Gipfel kaum erwähnt, jedoch gab es in der Schluss-Erklärung scharfe Kritik an den

Sanktionen des Westens, die gegen internationales Recht verstießen. Gefordert wurde auch eine Reform internationaler Organisationen wie der UN.

Schwachpunkt von BRICS bleibt die Abhängigkeit vom US-Dollar. Bislang gibt es keinen gemeinsamen Kapitalmarkt. Die Gründung einer eigenen Bank wurde nicht erreicht. Dafür gibt es ein gemeinsames Zahlungssystems.

Russische Experten räumen ein, dass das BRICS-Bündnis keine Vereinigung von Gleichgesinnten sei, es aber Bestrebungen hierzu gebe. BRICS müsse noch seine geopolitische Identität finden, heißt es, und, BRICS habe sich zu einem wichtigen Forum entwickelt, in dem Länder teilnehmen, die bei der Formierung einer neuen Weltordnung eine Rolle spielen wollen.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Investoren zurückhaltend

Frankfurt (Main) – Laut einer Analyse der Deutschen Bundesbank sind ausländische Direktinvestitionen in Deutschland seit dem Jahr 2022 deutlich zurückgegangen. Die Studienautoren vermuten, dass bei dieser Entwicklung die hohen Energiepreise in Deutschland eine tragende Rolle gespielt haben. Wie es weiter in der Untersuchung heißt, sind Zuflüsse aus Drittländern zwar noch immer positiv, im Vergleich zu den Jahren zwischen Ende 2019 und Ende 2021 sind die Zuflüsse aber signifikant abgeflacht. „Zusätzliches Beteiligungskapital aus anderen Ländern des Euroraums wurde seit Ende 2021 per saldo kaum noch bereitgestellt“, so die Autoren. Dem Bericht zufolge haben ausländische Anleger im Zeitraum von 2020 bis Juni 2024 kumuliert ein Beteiligungskapital in Höhe von 163 Milliarden Euro in Deutschland investiert. Mit umgerechnet rund 56 Milliarden Euro investierten Unternehmen aus den USA am meisten. H.M.

Erfolg für Musks SpaceX

Brownsville – Dem privaten US-amerikanischen Raumfahrtunternehmen SpaceX des Multimilliardärs Elon Musk ist es ein weiteres Mal gelungen, die Raumfahrt zu revolutionieren: Beim fünften Testflug des größten und stärksten jemals gebauten Raketen-systems Starship, das unter anderem bemannte Missionen zu Mond und Mars ermöglichen soll, stürzte die Startstufe zum ersten Male nicht ab, sondern vollführte stattdessen sieben Minuten nach dem Abheben eine senkrechte Bilderbuchlandung in der Fangvorrichtung „Mechazilla“ des Startturmes OLP-A auf der SpaceX-Starbase von Boca Chica unweit der texanischen Ortschaft Brownsville. Deshalb kann der gigantische, 71 Meter hohe Super-Heavy-Booster mit seinen 33 hochleistungsfähigen Raptor-Triebwerken erneut verwendet werden. Die nächsten fünf Testflüge des Starship sollen bis Ende 2025 erfolgen. Danach ist dann für 2026 der Start der Mondlandefähre für das Artemis-Programm der NASA geplant. W.K.

Norwegen will Bargeld stärken

Oslo – Die Regierung Norwegens hat dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem Verbraucher das Recht erhalten, Rechnungen überall auch mit Bargeld bezahlen zu können. Händler dürfen sich künftig nicht mehr weigern, Bargeld anzunehmen. Zwar zahlen in Norwegen inzwischen die meisten Kunden bargeldlos, aber all die Menschen, die das ablehnen, sollen nicht länger diskriminiert werden. Justiz- und Notfallvorsorgeministerin Emilie Enger Mehl erklärt: „Für die Regierung ist es wichtig, Sicherheit für diejenigen zu schaffen, die digitale Zahlungslösungen nur ungern nutzen.“ Der ausschließliche Einsatz digitaler Zahlungslösungen erhöhe zudem die Verletzlichkeit einer Gesellschaft und könne in bestimmten Situationen sogar dazu beitragen, dass wichtige gesellschaftliche Funktionen künftig zunehmend außer Acht gelassen werden. F.B.

KOMMENTAR

Die Platte als Chance

HERMANN MÜLLER

Großsiedlungen wie Berlin-Marzahn sind es vor allem, die den Plattenbauten einen schlechten Ruf eingebracht haben. Dass die Großtafelbauweise, so der Fachbegriff, auch andere Ergebnisse hervorbringen kann als gleichförmige Massenquartiere, ist im östlichen Stadtzentrum Berlins zu sehen.

Im Innenstadtviertel Spandauer Vorstadt verzichteten die Ost-Berliner Stadtplaner in den 1980er Jahren auf die jahrzehntelang übliche Tabula-Rasa-Methode durch großflächigen Abriss von bestehender Bausubstanz und Hochziehen der DDR-typischen Wohnblocks. Stattdessen wurden die damals noch immer vorhandenen Baulücken aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs mit Wohn- und Geschäftshäusern gefüllt. Diese orientierten sich mit Erkern, Giebeln, Tordurchfahrten, Fassadenschmuck und Traufhöhen am historisch gewachsenen Gefüge der Gründerzeitbauten des Viertels.

Das Besondere dabei: Auch diese Lückenfüller sind eigentlich Plattenbauten. Sie entsprechen durch die geschickten Abänderungen der Grundrisse, der Dächer und die Fassadengestaltung aber nicht dem gängigen Klischee über die „Platte“. Berlins Landeskonservator hat nun 28 dieser in den 80er Jahren entstandenen, völlig untypischen Plattenbauten unter Denkmalschutz gestellt.

Dieses Signal kommt zur richtigen Zeit. Bundesweit fehlen nach Schätzungen der Immobilienbranche etwa 800.000 Wohnungen. Mangel herrscht vor allem in den deutschen Großstädten. Gleichzeitig dümpeln die Zahlen von fertiggestellten Wohnungen und von Bauanträgen auf einem niedrigen Niveau vor sich hin. Teil der Problemlage sind neben Finanzierungskosten und immer mehr Bauvorschriften auch die gestiegenen Kosten für Material und Personal auf den Baustellen.

Seriell statt individuell

Bei ihren Bemühungen um schnelleres und preiswerteres Bauen setzt Bundesbauministerin Klara Geywitz unter anderem auch auf serielles und modulares Bauen. Zu Recht wies die Ministerin darauf hin, dass beim Bau von Einfamilienhäusern eine hohe Quote von serieller Vorfertigung normal ist und niemand darin ein Problem sieht.

Tatsächlich stellt sich die Frage, warum bei der Nachverdichtung der deutschen Innenstädte nicht stärker auf vorgefertigte Teile und ganze Fertigmodule zurückgegriffen wird. Warum wird weiterhin in so hohem Maße auf das hochgradig arbeitsteilige und damit kostentreibende Bauen in herkömmlicher Weise gesetzt? Muss jedes Wohnhaus, das irgendwo in Deutschland neu gebaut wird, immer eine individuelle und damit teure Einzelfertigung sein?

Auch hier liefert die deutschen Hauptstadt Beispiele, wie schnell serielles Bauen gehen kann. Im Rahmen einer Schulbauoffensive will die Stadt bis 2025 insgesamt 32 Schulergänzungsbauten in Holzmodulbauweise errichten. Ausnahmsweise ist dieses Projekt bislang eine Berliner Erfolgsgeschichte. Die ersten Schulbauten wurden fristgerecht und ohne die übliche Kostenexplosion umgesetzt. Die Bauzeit konnte



Denkmalgeschützte Platte: Weinmeisterstraße/Neue Schönhauser Straße 1

dank vorgefertigter Module eines österreichischen Herstellers im Vergleich zu herkömmlichen Bauverfahren halbiert werden. Auch beim Bau von Asylunterkünften setzt Berlin mittlerweile auf vorfabrizierte Beton-Module.

Hohen Nachholbedarf hat Deutschlands Baubranche noch immer beim Thema Automatisierung. In Japan gehören Bauroboter, die Handarbeit ersetzen, schon seit Jahren fest zum Bild von Baustellen. Hierzulande konnten sich Baufirmen bislang immer darauf verlassen, dass Arbeitskräfte aus Süd- oder Osteuropa zur Verfügung stehen. Schon in wenigen Jahren werden aber auch in der Baubranche die Folgen des demographischen Wandels durch Fachkräftemangel deutlich zu spüren sein.



Zynisches Spiel mit dem Hunger: Bilder von hungernden Kindern sind für die Mächtigen Afrikas bares Geld wert, weil dann Millionenhilfen aus den Industrienationen fließen. Bei den Kindern kommen aber höchstens ein paar Reiskörner an

KOLUMNE

Kontraproduktive Hilfe

FLORIAN STUMFALL

Sobald von Entwicklungshilfe die Rede ist, bezieht sich dieser Gegenstand im Wesentlichen auf Afrika südlich der Sahara. Axelle Kabou aus Kamerun, eine Mitarbeiterin des Entwicklungsprogramms der UN, schreibt: „Afrika ist der einzige Teil der Dritten Welt, den man noch als ‚schwach industrialisiert und nur Rohstoffe produzierend‘ definieren muss.“ Hier entsteht der große Migrationsdruck auf Europa, der ein unbestreitbarer Beleg für das Versagen der Entwicklungspolitik ist.

Hätte die Entwicklungshilfepolitik etwas bewirkt, so dürfte es heute den Ansturm aus Afrika nicht geben. Man hat in vielen Jahrzehnten die Ursachen für die Migration nicht beseitigt. Viele Milliarden haben nicht verhindern können, dass die meisten Staaten der Subsahara seit ihrer Entlassung aus der kolonialen Abhängigkeit an Wohlstand und Lebenskraft eingebüßt haben. Um nur ein markantes Beispiel zu nennen, das Botschafter Volker Seitz nennt, 17 Jahre lang auf Posten in verschiedenen afrikanischen Ländern: „Ghana wurde anno 1957 unabhängig. Damals war das Pro-Kopf-Einkommen so hoch wie in Spanien. Heute lebt mehr als die Hälfte der Ghanaer in Armut.“ Und weiter: „Die Entwicklungsgelder haben weder für mehr Wachstum gesorgt, also indirekt den Lebensstandard aller angehoben, noch das Los der Armen gebessert. Sie haben es eher verschlechtert. Der Abstand zwischen Superreichen und Bettelarmen wird immer größer.“

Der kenianische Nationalökonom James Shikwati sagt: „Wenn das Steuergeld eines anderen ein Projekt finanziert, verspüren die Menschen an Ort und Stelle keine Verantwortung dafür. Es fehlt dann der Wille zu säen. Deshalb scheitern so viele Entwicklungshilfeprojekte. Wer Afrika helfen will, darf den Afrikanern nicht sagen, wie man an sein Geld kommt.“

Dieser Zusammenhang wird schon beim kleinsten Beispiel offenbar. Man hört in Europa von Hunger in Afrika und schickt Lebensmittelgüter. Damit hilft man einer gewissen Anzahl von Menschen für eine geraume Zeit, ruiniert aber auf Dauer die Bauern der Region, die mit Gratisimporten nicht konkurrieren können, und sehr bald als Bettler das Proletariat in den Elendsvierteln der Großstädte vermehren.

Die gegenwärtige Politik treibt die sonderbarsten Blüten. Viele Länder machen es wie die Demokratische Republik Kongo, deren Regierung für Titel wie Bildung, Sozialpolitik oder Gesundheitswesen gar keine Haushaltsposten ausweist. Die unausgesprochene Begründung: Anliegen von solch nebensächlichem Charakter finanzieren ohnehin die Europäer, also kann man eigene Anstrengungen unterlassen.

„Die Hilfe untergräbt die Entwicklung eines kompetenten, unbestechlichen und den Interessen der Bevölkerung dienenden

„Wer Afrika helfen will, darf den Afrikanern nicht sagen, wie man an sein Geld kommt“

den Staatsapparates“, so der ugandische Journalist Andrew Mwenda.

Kabou, die Ökonomin aus Kamerun, sagt dazu: „30 Jahre Betreuung und Finanzierung durch das Ausland, 30 Jahre Unterschlagung und Hinterziehung haben anscheinend die afrikanische Bourgeoisie davon überzeugt, dass ihr Geld nicht zur Entwicklung ihres Kontinents beitragen kann: Diese Rolle fällt von jeher den ehemaligen Kolonialmächten zu.“

Tatkräftig zum Erhalt eines elenden Afrika trägt auch die kopfstärke Gilde der Helfer bei. Allein in Deutschland übt sich ein halbes Dutzend staatlicher und halbstaatlicher Einrichtungen darin, rund sechs Milliarden Euro in die Entwicklungsländer zu streuen, wobei die bestens honorierten reisenden Mitarbeiter von der Unübersichtlichkeit und dem Misserfolg ihres Treibens üppig leben.

Noch einmal Botschafter Seitz: „In über 50 Jahren sind rund zwei Billionen US-Dollar Entwicklungshilfe auf den afrikanischen Kontinent geflossen. Trotzdem werden die Minimalziele nicht einmal annähernd erreicht. Die internationale Hilfsindustrie ist personell und finanziell gigantisch. Viele meiner Kollegen und ich haben aus eigener Anschauung den Eindruck: In manchen Staaten gibt es mehr Hilfsorganisationen als Firmen.“

Was Afrika und die Entwicklungshilfe angeht, ist zumindest eines sicher: Diese mag fallweise von ehrlichem Willen gelenkt sein, kluge Analyse und klare Strategie sind es jedenfalls nicht. Vielmehr webt hier eine überaus seltsame Mischung von schlechtem Gewissen, das eine selbstgefällige Moralität mit ins Spiel bringt, und dem unbekümmerten Erwerbssinn vieler, die an der Entwicklungsindustrie beteiligt sind und daran verdienen.

Diese Haltung auf der Seite der Geber findet ihre Entsprechung bei den politischen Spitzen der Empfänger. Hier hat längst die Erkenntnis Platz gegriffen, dass Armut in dem Sinne einträglich ist, dass sie die Europäer zum Spenden bewegt – je elender, umso mehr. Bilder von hungernden Kindern sind bares Geld wert – dies ist der Zynismus der Mächtigen.

Auch das prominente Beispiel Südafrika bietet ein typisches Bild. Hier wurde anno 1994 die weiße Herrschaft abgelöst, allerdings nicht von einer Demokratie im europäischen Sinn, sondern von einer Einparteiherrschaft, respektive „Regierung der nationalen Einheit“, wie sie in Afrika beliebt und üblich ist. Der demokratische Anspruch wurde verfehlt.

Und der wirtschaftliche? Die Universität Leipzig hat sich mit dem Fall beschäftigt: „Südafrikas Wirtschaftskraft schrumpft, Firmen gehen pleite, die Bevölkerung leidet. Grund dafür sind massive und großflächige Stromausfälle, die seit Jahren zunehmen. In der Rangliste der wirtschaftsstärksten Staaten Afrikas belegt Südafrika nur noch Platz 3, hinter Nigeria und Äthiopien.“

Die deutsche Politik steht vor einem klassischen Zielkonflikt. Einerseits bemüht man sich, afrikanischen Ländern zu mehr technischer und wirtschaftlicher Entwicklung und den Afrikanern zu einem besseren Leben zu verhelfen. Andererseits lockt man Fachkräfte nach Deutschland. Man entzieht den afrikanischen Ländern genau die Menschen, die dringend notwendig und als einzige geeignet wären, das Ziel der Entwicklungspolitik zu erreichen.

Doch das einzige, was den Entwicklungspolitikern einfällt, ist deren Forderung, dem schlechten Geld gutes nachzuwerfen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:
Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Ein Kommissar mit gewissen Schwächen

Vor 50 Jahren ging Hansjörg Felmy als „Tatort“-Ermittler auf Sendung – Alle Haferkamp-Fälle jetzt als DVD auf einem Jubiläumspaket

VON ANSGAR LANGE

Welcher legendäre „Tatort“-Kommissar ernährte sich hauptsächlich von Buletten, Altbier und anderen Spirituosen, kleidete sich korrekt mit Pullunder und Krawatte, hatte ein äußerst entspanntes Verhältnis zu seiner geschiedenen Frau und in dem stinkende Stumpen rauchenden Assistenten Willi Kreutzer (Willy Semmelrogge) einen ebenbürtigen Sparringspartner? Genau, der 1931 in Berlin als Sohn eines Berufsoffiziers und späteren Fliegergenerals geborene Hansjörg Felmy gab „seinem“ Kriminaloberkommissar Heinz Haferkamp ein unverwechselbares Profil.

Am 28. April 1974 wurde die erste Folge mit dem Titel „Acht Jahre später“ ausgestrahlt. Haferkamp und sein mit koboldhaftem Charme versehener Kollege Kreutzer sollten sich bis 1980 ein – ziemlich verrauchtes – Büro teilen. Am 16. November 1980 wurde dann die letzte Folge „Schönes Wochenende“ ausgestrahlt.

Zum 50. Jahrestag des ersten Haferkamp-Falls sind nun alle 20 Krimis als DVD in einer Jubiläums-Gesamtedition erschienen. Es ist eine gute Gelegenheit gerade für ältere Zuschauer, noch einmal viele schöne und spannende Stunden mit einem der beliebtesten Schauspieler der 1970er Jahre zu verbringen. Nach einer Umfrage aus dem Jahr 2008 war der Kriminaloberkommissar Haferkamp hinter dem ganz anders gelagerten, vulgären Horst Schimanski und dem tollen Duo Stoeber (Manfred Krug) und Brockmöller (Charles Brauer) der drittbester aller bisherigen „Tatort“-Kommissare.

Eine Affäre mit der Ex-Frau

Dass die Haferkamp-Folgen fast durchgängig über ein hohes künstlerisches Niveau verfügen, liegt auch an exzellenten Drehbuchautoren wie Karl Heinz Willschrei („Graf Yoster gibt sich die Ehre“, „Ein Fall für zwei“, „Der Alte“, „Wolffs Revier“) oder Herbert Lichtenfeld („Schwarzwaldklinik“, „Der Landarzt“, „Unsere Hagenbecks“). Wolfgang Staudte, Hartmut Griesmayr, Hajo Gies und weitere Meister ihres Fachs führten Regie.

Warum kann man die mehrere Jahrzehnte alten Krimifolgen auch heute noch

mit Genuss sehen? Das hängt vor allem mit der Hauptfigur zusammen. Auch wenn Heinz Haferkamp im Ruhrpott ermittelt, hat sein ganzes Auftreten doch etwas Preußisches. Felmy gab den „typischen“ deutschen Beamten, der nüchtern und sachlich, aber mit äußerster Beharrlichkeit ermittelte. Die Arbeit steht für den sentimental Melancholiker, der in seiner Junggesellenbude gern Jazzplatten hört, immer an erster Stelle. Daran ist auch seine Ehe mit seiner Ingrid, dargestellt von Karin Eickelbaum, gescheitert. Die beiden verstehen sich immer noch gut und unternehmen auch privat viel zusammen. Ja, man könnte fast sagen, dass sie noch eine Art Affäre miteinander haben. Doch letztlich ist ein Zusammenleben der

beiden unmöglich, weil der bisweilen brummig auftretenden Haferkamp vor allem für seinen Beruf lebt und er dabei auch gern seine Ex-Frau für Ermittlungen einspannt – was ihr nicht behagt.

Beim Betrachten der Serie fühlt man sich in eine andere Zeit, ja sogar in ein anderes Land versetzt. Im Büro wird Kette geraucht und Alkohol getrunken. Veganismus ist noch ein echtes Fremdwort. Es ist herrlich anzuschauen, wie sich Haferkamp und Kreutzer die Frikadellen teilen. Und so erfahren wir einiges über seine privaten Schwächen, etwa über seine Ess- und Trinkgewohnheiten, seinen Umgang mit seiner Ex-Frau, seine Leidenschaft für den Jazz und dass er aufgehört hat, Romane zu lesen. Haferkamp ist ein gebroche-

ner Ermittler, er lebt in Scheidung und hat keine Kinder. Er ist auch kein Superhirn, sondern eher ein beharrlicher, knochen-trockener Analytiker. Action und Gewalt wird nur in kleinen Dosen präsentiert.

Doch sind alle 20 Folgen durchweg viel spannender als manche heutigen, durchideologisierten „Tatort“-Folgen. Es geht um spannende Kriminalfälle, aber vor allem auch um menschliche Schicksale. Als Zuschauer kann man sich mit dem Kommissar und auch mit vielen Akteuren identifizieren, ob sie nun einen Auftritt als Opfer oder Täter haben.

Ein Maigret in der Stadt Essen

Man kann sich Haferkamp in Ansätzen vielleicht als eine Art bundesrepublikani-

schen Kommissar Maigret vorstellen, der nicht in Paris, sondern in einer bundesrepublikanischen Großstadt ermittelt. Die Stadt Essen spielt eigentlich gar keine große Rolle. Die Folgen wurden zum Großteil in München gedreht. Gezeigt wurden aber sowohl Essens schöne Seiten wie der Baldeneysee, als auch die Tristesse der Arbeitersiedlungen. In den Haferkamp-Folgen spiegeln sich – exemplarisch an einer Ruhrgebietsmetropole – die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüche der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Während das Land in dieser Zeit von einem nüchternen Manager wie Helmut Schmidt regiert wurde, löste ein ziemlich desillusionierter Beamter seine Fälle im Fernsehen. Er verfolgte das Ziel, die Welt nach seinen Möglichkeiten wieder ein bisschen in Ordnung zu bringen.

Sein Nachfolger Horst Schimanski – dargestellt vom ebenfalls in Berlin geborenen Götz George – war von ganz anderem Schlag: aktionistisch, körperlich, laut. Im Vergleich dazu hat Felmy einen wesentlich realistischeren Kommissar gegeben, der trotzdem kein Langweiler ist und nicht vor Autoritäten kuscht. So gerät er ein ums andere Mal mit seinem Chef Karl Scheffner (Bernd Schäfer) aneinander, den er nicht so recht zu respektieren scheint. Haferkamp agiert hier aber nicht laut, sondern mit Kritik und Ironie. Er testet Grenzen und Regeln zwar aus, überschreitet sie aber nicht regelmäßig wie sein Nachfolger in der Feldjacke der US-Streitkräfte.

Auch im Privaten war Felmy, der einer Hugenottenfamilie entstammte und in Braunschweig aufwuchs, ein durchaus rebellischer Geist. Nach einem Streit mit einem Lehrer musste er das Gymnasium ohne Abschluss verlassen und machte zunächst eine Ausbildung zum Schlosser und Buchdrucker, bevor er mit Rollen in „Der Stern von Afrika“, „Wir Wunderkinder“, „Buddenbrooks“ oder „Und ewig singen die Wälder“ in den 1950er Jahren bundesrepublikanische Filmgeschichte schrieb. Er starb im Jahr 2007 nach einem langen Leiden an Osteoporose.

● „Team Essen. 50 Jahre Kommissar Haferkamp“, Jubiläums-Gesamtedition auf DVD. Alle 20 Fälle: 1974–1980. Spieldauer: 1761 Minuten.

HEIMATREFFPUNKT

Ein Stück Erinnerungskultur weniger

Museum Ostdeutsche Kulturgeschichte im niedersächsischen Bad Zwischenahn schließt Ende des Jahres

Nach gut 45 Jahren wird eine weitere Einrichtung schließen, welche unermüdlich die Erinnerung an Flucht und Vertreibung hochgehalten hat. „Zum 31. Dezember werden wir unser Museum schließen müssen“, kündigt Wolfgang Mickelat, Vorstandsmitglied des Vereins Museum Ostdeutsche Kulturgeschichte in Bad Zwischenahn bei Oldenburg, an. Personell und finanziell sei das Haus auf Dauer nicht mehr weiterzuführen.

„Es mangelt an Nachwuchs“, beklagt Mickelat, „viele unserer Vereinsmitglieder sind über 80 und nicht mehr in der Lage, ehrenamtlich das Museum zu betreuen.“ Die Vereinsbeiträge der verbliebenen 60 Mitglieder – früher waren es einmal 200 – und der Spendenfluss reichen nicht mehr aus, um die 10.000 Euro

aufzubringen, die jährlich für den Unterhalt des Hauses benötigt werden.

Sein Ursprung hat das Museum in der 1980 durch Herbert Papstein eingerichteten Ostdeutschen Heimatstube im Bad Zwischenahner Wasserturm, die aus einer Bilder- und Dokumentensammlung des Heimatkreises Wirsitz bestand. Eine stetige Zunahme des Inventars auch aus weiteren Vertreibungsgebieten – Ostpreußen, Pommern, Westpreußen, Schlesien und Ostbrandenburg – machte 1986 einen Umzug in den heutigen Standort Auf dem Winkel 8 notwendig. Zunächst 1998 in Museum Ostdeutsches Heimatgut umbenannt, heißt es seit 2012 in Museum Ostdeutsche Kulturgeschichte.

„Leider war die Gemeinde Bad Zwischenahn, der das Haus gehört, nicht zur

Übernahme einer Trägerschaft und Weiterführung des Museums bereit“, ließ Mickelat wissen. Als früherer Bürgermeister sorgte er mit für die hohe Akzeptanz des Museums in seinem Ort. Das Haus wurde



Museum Ostdeutsche Kulturgeschichte

von der Gemeinde bezuschusst, und vom Kreis Ammerland gab es zuletzt eine jährliche Förderung in Höhe von 900 Euro.

Doch zum Ende des Jahres wird das Haus ausgeräumt und das Inventar von der Gemeinde inventarisiert. Was aber mit den Exponaten, darunter kostbare Trachten, Porzellanstücke, Dokumente und Fahnen, geschehen soll, ist noch unklar. Mickelat hofft auf Übernahme eines Teils der Gegenstände durch das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg oder das Schlesische Museum zu Görlitz. Klar ist hingegen, dass mit der Schließung ein Treffpunkt zum Klönschnack von Heimatfreunden und ein Stück Erinnerungskultur verloren geht. „Die Jugend“, klagt Mickelat, „hat die Ostgebiete leider nicht mehr auf dem Schirm.“ Harald Tews

● MELDUNGEN

Dorpat auf Foto

Lüneburg – Das Ostpreußische Landesmuseum zeigt vom 2. November bis zum 2. Februar die Kabinettausstellung „Das alte Dorpat 1889. Tartu in Fotografien des Ateliers Carl Schulz“. Zu sehen sind 61 Fotografien, die in Sepia-Tönen Aufnahmen der Stadt zeigen (www.ol-ig.de). *tws*

Afrika-Festival

Berlin – Mit „Transkontinentale“ bringt das Humboldt-Forum die Berliner Afrika-Konferenz vor 140 Jahren in Erinnerung. Das Tanz-, Theater- und Performance-Festival läuft vom 7. bis 10. November im wiedererrichteten Berliner Stadtschloss. Internet: www.humboldtforum.org *tws*

3. NOVEMBER 1964

Lyndon B. Johnsons Wahlsieg veränderte die USA

Der texanische Demokrat gewann gegen seinen republikanischen Herausforderer Barry Goldwater in historischer Dimension

VON JENS EICHLER

Als er am Tag der US-Wahlen vom 3. November 1964 an die Urne trat, konnte er sich ein stilles Siegelscheln nicht verkneifen. Ja, er war sich sicher. Er würde es schaffen. Richtig gewählt, richtig gewinnen und mit dem Votum des amerikanischen Volkes Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden. Nicht wie zuletzt ins Amt gekommen durch eine Tragödie. Hatte doch der Attentäter Lee Harvey Oswald nur knapp ein Jahr zuvor, am 22. November 1962, den damaligen US-Präsidenten John F. Kennedy erschossen. Noch auf dem Rollfeld von Dallas, dem Tatort des Mordes, um den sich bis heute Theorien, Mythen und Geheimnisse ranken, wurde sein Stellvertreter und zugleich rechtmäßiger Nachfolger für die noch laufende Wahlperiode vereidigt: Lyndon B. Johnson.

Die Südstaaten waren dagegen

Und tatsächlich sollte es ein fulminanter Sieg werden. Einer, den bis heute kein Kandidat bei US-Wahlen jemals wieder erreichen sollte. Johnson wurde mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt. Der liberale, soziale Demokrat erreichte 61,1 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten. Noch klarer fiel das Ergebnis in der Zahl der für das amerikanische Wahlsystem entscheidenden Wahlmänner aus. Hier gewann der Texaner 486 von 538 möglichen. Etwa 95 Prozent der Afro-Amerikaner, die wählen durften und konnten, gaben Johnson ihre Stimme.

Sein Gegner, der Republikaner Barry Goldwater, holte nur 38,4 Prozent mit entsprechend 52 Wahlmännern. In US-Bundesstaaten aufgeschlüsselt gewann der Hardliner-Republikaner aus Arizona nur vier US-Bundesstaaten: Louisiana, Alabama, Georgia und Mississippi. Alles

waschechte Südstaaten, die in den USA „The heart of Dixie“ genannt werden und die dem liberalen Programm Johnsons, das als „Great Society“ bekannt wurde, kritisch gegenüberstanden. Allein schon, weil Johnson sich vornahm, die Rassentrennung zu beenden und die Gleichstel-

lung der Afro-Amerikaner mit der weißen Bevölkerung voranzutreiben. Ein Vorhaben, das insbesondere in den typischen Südstaaten allein aus geschichtlichen Gründen auf starke Vorbehalte stieß.

Mit seinem Kanter Sieg sollte Johnson Geschichte schreiben, wurde er in den



An der Wahlurne: US-Präsident Lyndon B. Johnson am 3. November 1964 bei seiner Wiederwahl in Johnson City in Texas

nachfolgenden Jahren doch einerseits zu einem der erfolgreichsten US-Präsidenten aller Zeiten. Aber ebenso zu einer tragischen Figur, da er für Umstände und Geschehnisse verantwortlich gemacht wird, die er im Grunde genommen gar nicht richtig zu verantworten hat.

Eine neue Ära beginnt

Sein Sieg ist umso bemerkenswerter einzustufen – unabhängig vom numerischen Ergebnis – als das ihm das schale Image eines ungehobelten, grobschlächtigen Texaners mit viel Herz, aber ohne Hirn, Verstand und Manieren anhaftete. Vor allem der Kennedy-Clan hatte für diesen negativen Ruf gesorgt und ihn unentwegt als primitiven Provinztölpel deklassiert.

Umso größer daher die Überraschung seines grandiosen Sieges – und seiner folgenden Leistungen, die bis heute nachwirken. Denn „LBJ“, wie er fortan oft genannt wurde, schaffte es, die Bürgerrechtsgesetze in Form des Civil Right Acts von 1964 als Gesetz durchzubringen. Etwas, was seinem ermordeten Vorgänger nicht geglückt war, und was ab Inkrafttreten die US-Gesellschaft und eine ganze Nation verändern sollte. Plötzlich gab es gesetzliche Grundlagen, um rassistische Diskriminierung zu bekämpfen.

Für Johnson war dies eine Herzensangelegenheit. Rassentrennung und Verbrechen, die in diesem Zusammenhang begangen wurden, widerten ihn an. Er sah in der Aufhebung der Rassentrennung und in einer gesetzlich verankerten Gleichberechtigung aller US-Amerikaner die einzige und reale prosperierende Zukunft der USA. Dass er als Texaner, und damit als Südstaatler, so eingestellt war, unterstreicht einerseits seine herausragende Leistung und Bedeutung und erklärt andererseits sein Engagement für sein „The Great Society“-Programm. Dieses hatte maßgebliche Reformen zur Bekämpfung

der Armut zum Inhalt und führte zu einer ganzen Reihe von Gesetzen, die das Wahlrecht, Gesundheitswesen, die Sozialsysteme, das Erziehungswesen, die Umwelt, die Ernährung, den Verbraucherschutz und die Bürgerrechte betrafen.

Sein Gegner von den Republikanern, Barry Goldwater, stand hingegen nahezu für das exakte Gegenteil: Nicht nur, dass er Johnson beschimpfte und beleidigte. Goldwater sprach sich gegen das Ende der Rassentrennung und gegen die Gleichstellung der Schwarzen aus und forderte zudem einen Rückzug des Staates aus vielen Bereichen, da er Eingriffe ins Renten-, Gesundheits- und Bildungswesen als Widerspruch zur Idee der individuellen Freiheit ansah.

So sehr die USA innenpolitisch in Johnsons neuen Ära zu erblühen schienen, so desaströser entwickelte sich aber das Szenario rund um den Vietnamkonflikt, in den die Vereinigten Staaten unter Johnsons Führung zunehmend gerutscht waren. Dabei hatte John F. Kennedy den Grundstein für die verhängnisvolle Verstrickung der USA in Indochina gelegt.

Johnsons blindes Befolgen falscher Ratschläge des verantwortlich Oberkommandierenden der US-Armee in Vietnam, General William Westmoreland, überschattete seine Verdienste. Westmoreland hatte nur eine Strategie: Mehr Soldaten, noch mehr Waffen. Erst als er den Einsatz von Atomwaffen forderte, setzte Johnson ihn ab. Doch da steckten er und die USA schon viel zu tief im Sumpf des Vietnamkriegs, sodass ein müder „LBJ“ bei den Wahlen 1968 nicht mehr antrat.

Dennoch vertreten heute viele Experten und Historiker die Meinung, es hätte niemals eine bessere Zeit an Wohlstand und sozialen Erneuerungen in den USA gegeben wie Johnsons erste beide Regierungsjahre 1964 und 1965.

UKRAINE

Der angebliche Verzicht der Ukraine auf Atomwaffen

1991 waren noch rund 5000 Kernwaffen auf ukrainischem Boden stationiert – Die aber gehörten der Russischen Föderation

Wenn der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj jetzt die atomare Bewaffnung seines Landes als Alternative zur NATO-Mitgliedschaft ins Gespräch bringt, so erscheint das nicht nur gefährlich. Vielmehr erfordert es einen Blick in die Geschichte, was dann eine etwas differenziertere Sichtweise offenbart.

Als die Ukraine am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erlangte, war sie zumindest dem Anschein nach die drittgrößte Atommacht der Welt. Denn auf ihrem Territorium stand die 43. Raketenarmee der UdSSR mit insgesamt fünf Raketendivisionen, deren Hauptstützpunkte in Rakowo, Luzk, Romny, Perwomajsk und Bilokorowytschi lagen. Diese Truppenverbände verfügten über 181 mobile ballistische Mittelstreckenraketen vom Typ RSD-10 Pioneer (NATO-Bezeichnung SS-20) sowie 176 strategische Interkontinentalraketen der Typen UR-100N/RS-18A (SS-19) und RT-23 Molodets (SS-24). Die 130 UR-100N hatten Flüssigkeitstriebwerke und konnten jeweils sechs Atomsprengköpfe über 10.600 Kilometer ins Ziel bringen.

Dahingegen besaßen die 46 RT-23 zehn Nuklearsprengköpfe sowie ein Feststofftriebwerk, das den Raketen eine Reichweite von bis zu 11.000 Kilometern verlieh. Somit „erbte“ die Ukraine von der

Sowjetunion 1240 Sprengköpfe samt voll funktionstüchtiger Trägerraketen, die in unterirdischen Silos auf den Startbefehl warteten. Dazu kamen die 543 Sprengköpfe der RSD-10, deren Abschussrampen auf geländegängige Lkws montiert waren und die eine Reichweite von maximal 5500 Kilometern sowie je drei Sprengköpfe besaßen.

Des Weiteren standen auf den Luftwaffenbasen von Chmelnyzkyj und Perwomajsk 42 schwere Langstreckenbomber der Typen Tupolew Tu-95 (NATO-Codename Bear) und Tu-160 (Blackjack) bereit. Die mit vier extrem starken Turboprop-Triebwerken ausgerüsteten Tu-95 hatten eine Reichweite von über 12.000 Kilometern und konnten auch Wasserstoffbomben an Bord nehmen, deren Sprengkraft beim 4000-fachen der Hiroshima-Bombe lag. Die 22 Tu-95 in der Ukraine trugen allerdings je 16 Ch-55-Marschflugkörper mit einem 200-Kilotonnen-Nukleargefechtkopf. Und die 20 Tu-160-Schwenkflügler waren mit jeweils zwölf Ch-55 (NATO-Codename AS-15 Kent) bestückt sowie in der Lage, diese 2200 Stundenkilometer schnell ins Abschussgebiet zu bringen. Insgesamt verfügte die Atombomber-Flotte in der Ukraine also über weitere 592 Nuklearsprengköpfe.

Da zudem tausende kleinerer taktischer Atomsprengköpfe auf ukrainischem Territorium lagerten, summierte sich die Zahl der Kernwaffen in der Ukraine im August 1991 auf rund 5000. Zwei Monate später gab die Regierung in Kiew dann bekannt, dass man das Land in eine atomwaffenfreie Zone verwandeln wolle – eine Absichtserklärung, welche der Staatspräsident Leonid Krawtschuk im Sommer 1993 wiederholte. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte Russland bereits alle taktischen Atomwaffen und die mobilen RSD-10-Mittelstreckenraketen-Komplexe aus der Ukraine abgezogen.

Übertriebene Behauptung

Darüber hinaus besaß Kiew auch keine echte Verfügungsgewalt über die strategischen Kernwaffen, denn die ukrainischen Militärs waren nicht im Besitz der geheimen Codes zum Scharfschalten der Sprengköpfe. Außerdem hatte die Ukraine nie ein eigenes Atomwaffenprogramm betrieben, weswegen es ihr schwergefallen wäre, die Sprengköpfe einsatzbereit zu halten und bei Bedarf zu modernisieren. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass die strategische Trägerrakete RT-23 vom Entwicklungsbüro KB Juschnoje in der ukrainischen Stadt Dnipro konstruiert und zum größten Teil in der Ukraine

gebaut worden war. Insofern ist es eine Übertreibung ersten Ranges, wenn ein anonym bleiben wollender „hochrangiger ukrainischer Offizieller“ jetzt gegenüber der westlichen Presse behauptet: „Wir haben das Wissen. Wenn es die Anordnung gibt, brauchen wir nur wenige Wochen bis zur ersten Bombe.“

Nachdem sich die Ukraine entschlossen hatte, alle Kernsprengköpfe abzugeben, ratifizierte sie am 14. Januar 1994 eine Vereinbarung mit den USA und Russland über den Transfer aller noch verbliebenen Atomwaffen auf ihrem Boden nach Russland. Dem folgte am 5. Dezember 1994 das Budapester Memorandum, in dem die Atommächte USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China versprachen, die Unabhängigkeit sowie die Grenzen der Ukraine zu respektieren und keinerlei Gewalt gegen das Land anzuwenden, wofür dieses nochmal formell auf seine Kernwaffen verzichtete.

Auf diese Weise vermeintlich gut abgesichert, schickte Kiew auch die restlichen 1832 Atomsprengköpfe nach Russland – der letzte ging am 31. Mai 1996 per Eisenbahn auf die Reise. Danach pflanzten die Verteidigungsminister der Ukraine, Russlands und der USA Sonnenblumen auf einem Feld bei Perwomajsk, wo etliche der Raketensilos lagen. Diese wur-

den bis zum 30. Oktober 2001 allesamt versiegelt. Zum gleichen Zeitpunkt war auch die Demontage der Interkontinentalraketen abgeschlossen. Ebenso fielen die Tupolew-Atombomber der Verschrottung anheim – bis auf elf Exemplare, die im Winter 1999/2000 gegen die Verrechnung von Altschulden aus Gaslieferungen an Russland gingen. Und um den Ausstieg aus der Nuklearrüstung komplett zu machen, trennte sich die Ukraine 2012 dann auch von ihren Restbeständen an waffenfähigem Uran.

Zwei Jahre darauf besetzte Russland die Krim und Teile der Regionen Donezk und Lugansk, worin Kiew – zu Recht – einen eklatanten Verstoß gegen das Budapester Memorandum sah. Deshalb wurden in der Ukraine 2014 erste Rufe nach einer nuklearen Wiederbewaffnung laut. Allerdings verstummten diese Stimmen zunächst wieder, bis der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, das Thema im April 2021 erneut aufs Tapet brachte. Und dann drohte auch Präsident Selenskyj am 19. Februar 2022 mit einer Aufkündigung der Budapester Vereinbarungen, sollte die NATO die Ukraine nicht endlich unter ihren Schuttschirm nehmen. Fünf Tage später erfolgte der Angriff der russischen Armee auf die Ukraine.

Wolfgang Kaufmann

Prags Pendant zur Maginot-Linie

Nach der „Machtergreifung“ der NSDAP in Deutschland begann die ČSR mit dem Bau des Tschechoslowakischen Walls. Er wurde nie komplett fertiggestellt und verlor mit dem Münchner Abkommen seinen ursprünglichen Zweck

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Beziehungen der aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangenen Tschechoslowakischen Republik (ČSR) zum benachbarten Kriegsverlierer Deutsches Reich waren maßgeblich dadurch belastet, dass die ČSR mit dem Sudetenland an der gemeinsamen Grenze Gebiete besaß, die mehrheitlich von Deutschen besiedelt wurden und sie ihre deutsche Minderheit diskriminierte. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland nahmen diese Spannungen noch zu.

Daraufhin gab die Regierung in Prag eine Studie zur Abschätzung der nötigen militärischen Ressourcen für einen Krieg mit Deutschland in Auftrag. Am 4. Mai 1934 lag sie vor. Die Verfasser des Papiers kamen zu dem Ergebnis, dass bis zu 30 Divisionen mit insgesamt 600.000 Mann nötig seien, um den Nachbarn am Einmarschieren zu hindern.

Angesichts dieser hohen Zahl an nötigen Soldaten fiel in dem vergleichsweise kleinen, aber wohlhabenden Staat die Entscheidung, einen Festungsgürtel nach dem Vorbild der französischen Maginot-Linie entlang der bis zu 1100 Kilometer langen tschechisch-deutschen Grenze zu errichten, ergänzt um weitere Bunkeranlagen.



Periskop und Maschinengewehrstand ohne MG (v.l.) Fotos (2): Kaufmann

lagen an der tschechischen Grenze zu Österreich und Ungarn. Bis zum Jahre 1950 sollte der sogenannte Tschechoslowakische Wall komplett fertiggestellt sein. Dann hätten nach Berechnung der Militärplaner 165.000 Mann ausgereicht, um den Feind aus den Bunkern heraus aufzuhalten und zurückdrängen.

Statt einer 600.000-Mann-Armee

Die Gesamtkosten wurden mit 4,5 Milliarden Kronen veranschlagt. Zum Vergleich: Die Kosten allein für die militärische Ausrüstung einer 600.000-Mann-Armee wurden ebenso hoch geschätzt – und das bei einem ungleich höheren Personalbedarf.

Die Planung und Koordinierung der Bauarbeiten an der Bunkerlinie oblag der vom Verteidigungsministerium in Prag eingerichteten und von französischen Experten beratenen Direktion der Befestigungsanlagen (ŘOP) unter Leitung von Brigadegeneral Karel Husárek, dem Ersten Stellvertretenden Chef des Hauptstabes der tschechoslowakischen Streitkräfte.



Tschechoslowakischer Wall: Ausbauzustand 1938

Karte: John Nennbach

Die ŘOP legte am 12. Dezember 1935 ein detailliertes Konzept für den Ausbau der Grenzbefestigungen vor, das der Generalstabschef, Armeegeneral Ludwig Krejci, alsbald dem Obersten Verteidigungsrat der Republik vorstellte. Anschließend bewilligte die Regierung in Prag am 4. Juni 1936 die Mittel für das Bunker- und Festungsbauprogramm.

Dessen Umsetzung sollte in vier Etappen erfolgen, beginnend mit dem Bau von möglichst vielen Kleinkampfbunkern zur Abwehr von Überraschungsangriffen. Dabei bildete der böhmisch-sächsische Grenzbereich zwischen Paß [Sedlo] im Lausitzer Gebirge [Lužické hory] und Schwaz [Světec] unweit von Teplitz-Schönau [Teplice] am Fuß des Erzgebirges einen wichtigen territorialen Schwerpunkt.

Hier gab es die elf Bauabschnitte L1 Deutsch-Pankraz [Jitřava], L2 Petersdorf [Petrovice], L3 Hermsdorf [Heřmanice], M1 Großmergthal [Mařenice], M2 Morgenthau [Rousínov], N1 Kaltenbach [Studený], N2 Schemmel [Všemily], O1 Herrnskretsch [Hřensko], O2 Tetschen [Děčín], O3 Aussig an der Elbe [Ústí nad Labem] und X1 Türmitz [Trmice], die unter dem Befehl der Infanterie- beziehungsweise Pionier-Offiziere Karel Bledý, Pavel Nerer, Ladislav Zelenka, Jaroslav Pour, Miloň Chotek, František Votoček, Jaroslav Verberger, Pavel Chrz, Alois Votruba, Emil Kolener, Augustin Došek und Antonín Kytňar standen.

In aller Regel wurden in diesen Bereichen die Standardbunker der Reihen LB 36 und LB 37 errichtet, deren Wand- und Deckenstärke zwischen 30 und 120 Zentimetern lag. Damit konnten die ab dem Sommer 1936 gebauten LB-36-Bunker Geschütz- und Werfergranaten bis zum Kaliber 75 und 81 widerstehen, während die moderneren LB-37-Bunker sogar wirksamen Schutz gegen 10,5- und 15,5-Zentimeter-Geschosse boten. In der Standardausführung besaßen die aus Stahlbeton bestehenden Befestigungen zwei Schießscharten für das Schwere Maschinengewehr Težký kulomet vzor 37 vom Kaliber 7,92 Millimeter aus den Rüstungswerken von Brünn [Brno]. Meist verfügte eine Bunkerbesatzung über 7000 bis 14.000 Schuss Munition.

Weil die Befestigungsanlagen keinen Stromanschluss besaßen, war es unmöglich, elektrisch betriebene Lüfter zu verwenden, um die beim Schießen entstehenden schädlichen Gase nach außen zu leiten. Stattdessen gab es einen handbetriebenen Ventilator, der bei 32 Umdrehungen pro Minute bis zu 800 Kubikmeter Luft in der Stunde austauschen konnte. Ein Soldat musste die Kurbel der Entlüftung betätigen, während zwei bis vier andere als Richt- und Ladeschütze fungierten. Dazu kam der Bunkerkommandant, der mit Hilfe eines Spiegelperiskops die Lage außerhalb des Bunkers

Stabsoffiziere der Tschechoslowakischen Armee



Karel Husárek schied 1939 aus der Tschechoslowakischen Armee aus, nachdem ein Großteil seines Werkes kampfflos in die Hände der Deutschen gefallen war.



František Kašík wurde 1888 in Polna geboren. Der tschechische Bauingenieur, Denkmalspfleger und Offizier wurde 1962 pensioniert und starb 1969 in Prag.



Jan Syrový war 1926 und 1938/39 Verteidigungsminister sowie 1938 Ministerpräsident. Nach dem Krieg wurde er als Kollaborateur und Verräter behandelt.

sondierte. Außerdem existierten Klappen zum Hinauswerfen von Handgranaten zur Ausschaltung von Angreifern im unmittelbaren Nahbereich. Als letzte Verteidigungslinie diente eine verschließbare Tür aus Panzerstahl, über der eine kleinere Schießscharte für den Einsatz von Handfeuerwaffen klaffte.

Beratung durch Franzosen

An den Bunkeraußenseiten waren gebogene Metallstangen angebracht. Diese „Schweineschwänze“ erlaubten die Befestigung von Tarnnetzen. Die Verständigung zwischen den einzelnen Bunkern innerhalb einer Befestigungslinie erfolgte mittels Flaggen und Signalmunition, wobei aber jede Besatzung im Vorfeld ihren Kampfauftrag erhielt und danach möglichst autark operieren sollte.

Um feindliche Panzerfahrzeuge daran zu hindern, den Bunkern gefährlich nahe zu kommen, wurde in deren Umfeld ein System von Panzergräben, Minenfeldern und Stacheldrahtverhauen angelegt. Darüber hinaus kamen vielfach die sogenannten Tschechenigel zum Einsatz. Die Idee zu dieser Weiterentwicklung des Spanischen Reiters stammte von Major František Kašík, der ab 1935 in der ŘOP Dienst tat.

Tschechenigel bestanden in der Regel aus drei etwa eineinhalb bis zwei Meter langen, miteinander verschweißten Profilstahlträgern, in denen sich anrollende Panzer festfahren sollten. Diese hocheffektiven Panzersperren, von denen es bald auch eine Version aus Beton gab, gelangten später in die Hände der Wehrmacht und kamen ab 1944 am Atlantikwall zum Einsatz. Damit erschwerten sie die alliierte Landung in der Normandie im Bereich des stark umkämpften Küstenabschnittes Omaha Beach.

Das Jahr 1938: Während die Bunker entlang der tschechischen Grenzen wie Pilze aus dem Boden schossen, überschlugen sich die Ereignisse im Rahmen der Sudetenkrise. Am 20. Mai beschloss die ČSR die Teilmobilisierung, wodurch

der Mannschaftsbestand der Armee auf 383.000 anwuchs. Dem folgten am 23. September die vom Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister, Armeegeneral Jan Syrový, verkündete allgemeine Mobilmachung und der Verteidigungsnotstand. Damit verfügte die tschechoslowakische Armee nun über 1,32 Millionen Mann beziehungsweise 41 Divisionen. Außerdem konnte sie rund 350 Panzer, 2300 Geschütze und 950 Flugzeuge aufbieten.

Im Zuge der Mobilmachung wurden auch die meisten Befestigungsanlagen entlang der deutsch-tschechischen Grenze mit Soldaten besetzt. Von den geplanten 16.000 Kleinkampfbunkern waren bereits 9500 fertiggestellt, davon 3600 des älteren Modells LB 36 und 5900 neuere LB 37. Dazu kamen 229 größere Anlagen mit bis zu 35 Mann Besatzung, 4,7-Zentimeter-Panzerabwehrkanonen und Wandstärken zwischen 1,3 und 2,6 Metern, von denen die ČSR insgesamt 1300 errichten wollte.

Letztendlich erfüllten die bis September 1938 in Betrieb genommenen Bunker ihre Funktion nicht. Das resultierte aus dem Abschluss des Münchener Abkommens in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1938. Durch dieses ging das Sudetenland an das Deutsche Reich. Daraufhin konnten dessen Truppen die Bunkerlinien ohne einen einzigen Schuss

passieren. Kurz darauf besichtigte Adolf Hitler während eines Besuchs in Nordböhmen die Kleinkampfbunker bei Großmergthal [Mařenice].

Vielfache Nachnutzung

Nach der Annexion der „Rest-Tschechei“ im März 1939 unternahm die Wehrmacht Beschuss-, Bombardierungs- und Sprengübungen an den tschechischen Befestigungsanlagen, um auf diese Weise für den Sturm auf die Maginot-Linie im Rahmen des Frankreichfeldzuges von 1940 zu trainieren.

Dabei erwiesen sich die Bauwerke als ausgesprochen harte Nüsse. Deshalb wurden etliche Panzerkuppeln der Großbunker ausgebaut und in den Westwall integriert. Außerdem fand man heraus, dass die schweren Maschinengewehre in den Kleinkampfbunkern ausgereicht hätten, um die 1938 hauptsächlich verwendeten deutschen Panzerkampfwagen I und II mit ihrer schwachen Panzerung von fünf bis 13 Millimetern Stärke wirkungsvoll zu bekämpfen.

Nach der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren gerieten die Bunker des Tschechoslowakischen Walls weitestgehend in Vergessenheit, bis die Wehrmacht diese im Frühjahr 1945 nutzte, um Angriffe der 4. Ukrainischen Front der Roten Armee abzuwehren. Die Bunkerlinien bei Mährisch-Ostau [Ostava] und Troppau [Opava] hielten dabei bis zu 57 Tage lang stand.

Während des Kalten Krieges wurden die Befestigungen entlang der Grenze zur Bundesrepublik und Österreich wieder reaktiviert und mit Tarnanstrichen versehen. Deren Besatzungen sollten nun nach einem atomaren Angriff der NATO den einrückenden Truppen des Feindes in den Rücken fallen.

Nicht wenige der Bunker – vor allem im Böhmerwald – waren noch bis 1989 Teil des Verteidigungssystems der Streitkräfte der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR). Und auch die Armee der 1993 neu errichteten Tschechischen Republik wollte zunächst nicht auf die Befestigungen verzichten und behielt sie bis zum Jahre 2006 in ihrem Bestand.

Seither stehen viele der Bunker leer und sind frei zugänglich. Andere wiederum gelangten in den Besitz von Privatpersonen, Vereinen oder Unternehmen, welche die Betonklötze als Lagerraum, Unterkunft oder ähnliches nutzen. In manchen Fällen, wie im Umkreis von Schemmel [Všemily] und Windisch-Kamnitz [Srbská Kamenice], entstanden aber auch Museumsbunker mit originalgetreu rekonstruierter Inneneinrichtung, deren Besichtigung interessante militärhistorische Einblicke bietet.

Außerdem harren etliche vergessene Befestigungsanlagen noch ihrer Wiederentdeckung. So verzeichnen die einschlägigen Karten von Hobbyforschern momentan lediglich rund 150 der 2000 Bunker im Böhmerwald.



Bei Schemmel: Bunker vom Typ LB 37 mit Tschechenigel

VON WOLFGANG KAUFMANN

Neben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ringt auch die Europäische Kommission um mehr Befugnisse und Kontrollmöglichkeiten bei künftigen Pandemien. Hierbei ist sie mittlerweile deutlich weitergekommen als die WHO.

Bereits im November 2020 verwies die EU-Kommission auf die Notwendigkeit einer „EU-Gesundheitsunion“, weil die „Wahrscheinlichkeit von wiederholten Ausbrüchen übertragbarer Krankheiten“ wachse. In diesem Zusammenhang beriefen sich die Kommissare unter anderem auf die Warnung des Weltwirtschaftsforums (WEF), dass ein „vernetztes virales Zeitalter“ angebrochen sei.

Infolgedessen entstand am 16. September 2021 auf Beschluss der Kommission die EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion (HERA), welche gesundheitliche Bedrohungen prognostizieren und Gegenmaßnahmen koordinieren soll. Zwei Monate später erhielt das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) stark erweiterte Befugnisse. So untersteht dem ECDC nun auch die europaweite digitale Kontaktnachverfolgung bei Infektionskrankheiten.

Am 23. November 2022 verabschiedeten das Parlament und der Rat der Europäischen Union auf Vorschlag der EU-Kommission überdies die Verordnung (EU) 2022/2371 „zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren“. Diese erklärt alle „übertragbaren Krankheiten“ zu potentiellen Risiken, womit Überwachungs- und Eindämmungsmaßnahmen im Prinzip schon erfolgen können, wenn noch kein formeller gesundheitlicher Notstand vorliegt.

Ein ganzes Netz von Maßnahmen

Zudem ist die Bandbreite der anvisierten Kontrollmöglichkeiten enorm groß. Beispielsweise kommen als Datenquellen in Frage: elektronische Patientenakten, digitale Testnachweise und Impfbefreiungen, GPS-Daten zur Kontaktverfolgung, Warn-Apps zur Identifikation von Infektionsketten, Bewegungsdaten von Mobiltelefonnutzern, die von den Telekommunikationsanbietern erhoben werden, Systeme der Telemedizin und Fernbetreuung von Kranken sowie Anfragen bei Internet-suchmaschinen.

Um die hieraus resultierenden Datenmengen bewältigen zu können, bedarf es einer Vielzahl entsprechender Strukturen, welche teilweise schon existieren und teilweise noch im Aufbau befindlich sind, aber in jedem Falle allesamt miteinander verknüpft werden sollen. Hierzu zählen die Plattformen EIOS (Epidemiebezogene Informationen aus öffentlichen Quellen), UNITED4Surveillance (Integrierte Überwachung auf Unions- und Staatenebene), ARGUS (Erstellung eines Lagebildes in

Echtzeit), MyHealth@EU (Generierung von Daten für ARGUS) und EWRS (Europäisches Frühwarnsystem zum Schutz der öffentlichen Gesundheit).

Dazu kommen Projekte, Programme und Institutionen der EU zur Pandemieprävention oder zum Pandemiemanagement. Besondere Erwähnung verdienen hier das EU FAB Network, durch welches die EU Kapazitäten bei Impfstoffherstellern reserviert, um im Falle gesundheitlicher Notlagen schnell reagieren zu können, der Nachrichtendienst ATHINA zur Sammlung von Informationen über mögliche Gesundheitsbedrohungen, das Projekt PADASIA zur Schaffung von Modellen zur Vorhersage gefährlicher Zoonosen, das Labornetzwerk DURABLE und das Projekt PCR4All, in dessen Rahmen die Weiterentwicklung der umstrittenen PCR-Tests zu massentauglichen Screening-Instrumenten erfolgen soll.

Zu den wichtigsten Punkten der Verordnung zählen dabei zweifellos die Ab-

schnitte, in denen es um die Kompetenzen der EU-Kommission geht. Allerdings sind die Kriterien, nach denen die supranationale Exekutive in Brüssel ihre umfassenden Kontroll- und Durchgriffsrechte erhalten soll, ausnehmend schwammig und daher fast beliebig auslegbar. So reicht es unter anderem aus, wenn eine neue Krankheit „in einem wesentlichen Prozentsatz der Mitgliedstaaten“ ausbricht oder ein Gesundheitsereignis „ungewöhnlich oder unerwartet“ daher kommt beziehungsweise das theoretische „Potential zur Verursachung grenzüberschreitender Ausbrüche“ besitzt.

Zweifler sollen bekämpft werden

Dann kann die EU-Kommission unabhängig von der WHO „eine gesundheitliche Notlage auf Unionsebene feststellen“ und „Maßnahmen erlassen“ – so steht es im Artikel 23 der Verordnung. Es genügen also bereits Vermutungen oder Befürchtungen, um den EU-Mechanismus in Gang zu

setzen. Gleichzeitig bleibt die Verordnung aber vage, wie weit die festzulegenden Maßnahmen gehen dürfen. Der Artikel 22 sagt hierzu nur, diese sollten „notwendig“ und „geeignet“ sein und „in einem angemessenen Verhältnis zu den mit der betreffenden Gefahr verbundenen Risiken für die öffentliche Gesundheit“ stehen, wobei es „insbesondere jede unnötige Einschränkung der Freizügigkeit und des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs“ zu vermeiden gelte.

In der Praxis ist das dann Auslegungssache. Auf jeden Fall zeigt die Verordnung zu „schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren“, dass es die EU-Kommission ganz offensichtlich für unverzichtbar hält, unabhängig von der WHO Notmaßnahmen verordnen zu können.

Auffällig ist des Weiteren, dass die EU-Verordnung auch das Thema der angemessenen „Risikokommunikation“ aufgreift, wohinter sich letztlich die Ab-

sicht verbirgt, die Deutungshoheit bei gesundheitlichen Themen zu erlangen. Hier geht die EU ebenfalls schon seit 2020 neue Wege. Damals nahm die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) ihre Tätigkeit auf, welche nicht zuletzt darin besteht, öffentlich geäußerte Zweifel an den nationalen und übernationalen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gesundheitsgefahren zu unterdrücken.

Im Juni 2022 kam ein verschärfter Verhaltenskodex „zur Bekämpfung von Desinformationen“ in Online-Medien hinzu. Den Gipfel der Beeinflussung der Debatten stellt die Verordnung (EU) 2022/2065 „über einen Binnenmarkt für digitale Dienste“ dar, welche am 17. Februar 2024 vollumfänglich in Kraft trat und die Meinungsfreiheit auch und gerade in medizinischen Fragen noch weiter beschneidet. Den Europäern drohen also harte Zeiten, wenn die EU-Kommission künftig eine Gesundheitsgefahr wittert.



Totale Kontrolle: Maskierte Fahrgäste am Berliner Bahnhof Friedrichstraße, Juni 2020

Foto: imago/StefanZeit

PANDEMIE-ABWEHR

EU entdeckt den Gesundheitsnotstand als Machtmittel

Unabhängig von der ohnehin mächtigen WHO erlaubt sich die Brüsseler Kommission umfangreiche Durchgriffsrechte, die tief ins Leben der Europäer eindringen

ORGANSPENDE

Die heikle Frage, wann ein Mensch wirklich tot ist

„Wissen nicht viel darüber, was im Schädel wirklich los ist“ – Wissenschaftler sind sich immer noch unsicher über den Hirntod

In Deutschland stehen rund zehnmal mehr Personen auf der Warteliste für ein Spenderorgan, als es Organspender gibt. Dies liegt unter anderem daran, dass der sicher festgestellte Hirntod des Spenders die zwingende Voraussetzung für eine Organentnahme zum Zwecke der Transplantation ist – ausgenommen natürlich Lebendspenden.

Geht es nach der FDP, soll künftig auch ein Herz-Kreislauf-Stillstand ausreichen, um den Betroffenen zum Organspender zu machen, falls er dem vorher zugestimmt hat. Denn schließlich sei der Hirntod ja keineswegs der „Goldstandard bei der Erklärung des Todes“, so der ge-

sundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Andrew Ullmann. Und damit hat der Facharzt für Innere Medizin, Hämatologie, internistische Onkologie und Infektiologie, der zudem eine Professur an der Universität Würzburg bekleidet, durchaus Recht, wobei die Unsicherheiten bei der Bestimmung des Hirntodes allerdings auch zur Vorsicht mahnen sollten, wenn es um den Herz-Kreislauf-Tod geht.

Lange Zeit galt als weitestgehend sicher, dass eine fehlende Reaktion auf äußere Stimuli, wie sie nicht zuletzt für den komatösen Zustand typisch ist, von einem unumkehrbaren Ausfall aller Hirnfunkti-

onen zeugt, womit eine Organentnahme rechtlich möglich wäre. Allerdings belegen neuere Studien unter Einsatz moderner Technik, dass auch scheinbar irreversibel geschädigte Gehirne sehr wohl noch kognitiv aktiv sein können. Und dies passiert offensichtlich gar nicht so selten. So lautet das Fazit eines Artikels, der kürzlich im renommierten „New England Journal of Medicine“ erschien und den Titel „Kognitiv-motorische Dissoziationen bei Personen mit Bewusstseinsstörungen“ trägt.

Darin berichten Jelena Bodien vom Center for Neurotechnology and Neuro-recovery am Massachusetts General Hos-

pital und deren Kollegen über ihre Untersuchungen an 301 Personen, welche aufgrund schwerer Hirnschäden nach Unfällen, Schlaganfällen und anderen medizinischen Ereignissen im Koma lagen.

Dabei zeigte sich, dass fast jeder vierte Patient, der scheinbar auf keinerlei Außenreize mehr reagierte, eindeutige Hirnaktivitäten entwickelte, wenn er akustisch dazu aufgefordert wurde, die Hand zu schließen oder andere Bewegungen auszuführen. Das ließ sich mit fortgeschrittenen apparativen Methoden wie der funktionellen Magnetresonanztomographie (fMRT) nachweisen. Der Sprecher der Kommission Neurologische Intensivme-

dizin der Deutschen Gesellschaft für Neurologie, Julian Bösel, hält die Ergebnisse der über mehrere Jahre lang durchgeführten Untersuchungen des Teams um Bodien für äußerst bedeutsam und meinte hierzu: „Wir stehen am Bett und wissen nicht so viel darüber, was wirklich gerade im Schädel los ist, das muss man ganz ehrlich sagen.“

Darüber hinaus konstatierte der Arzt: „Wir sollten uns darüber klar sein, dass vielleicht noch mehr bewusstseinsgestörte Personen als gedacht etwas von dem mitbekommen, was rund um sie vorgeht.“ Das schließt logischerweise auch Gespräche über Organentnahmen ein. W.K.



MEMEL

Lieber Deutsch als Russisch lernen

Trotz vieler Russischsprachiger – Die Nachfrage nach Deutschunterricht an litauischen Schulen wächst

VON BODO BOST

Neben der ersten Fremdsprache Englisch lernen die Schüler in der Republik Litauen ab der 6. Klasse eine weitere. Das war bislang zumeist Russisch, seltener Deutsch oder Französisch. Seit dem Beginn des Ukrainekriegs ist die Wahl des Russischen an litauischen Schulen jedoch um ein Fünftel zurückgegangen, und das, obwohl mit den steigenden Flüchtlingszahlen aus der Ukraine auch in Litauen viele Russischsprachige im Bildungssystem hinzugekommen sind. Von dem sinkenden Ansehen des Russischen konnte vor allem das Deutsche profitieren. Memel bildet hier keine Ausnahme.

Nach Angaben des Bildungsmanagement-Informationssystems (EMS) geht die Zahl der Schüler an litauischen Schulen mit Russisch als zweiter Fremdsprache seit zwei Jahren stetig zurück. In diesem Jahr sind es noch 87.000, im Jahr 2022 waren es noch 110.000, die Russisch als zweite Fremdsprache wählten. Dementsprechend steigt die Beliebtheit von Deutsch, von 26.000 im Jahr 2022 auf 33.000 im Jahr 2024. Die Situation in den Bildungseinrichtungen im Bezirk Memel ist dabei ähnlich, aber die Veränderungen sind weniger drastisch als im Rest des Landes, weil der Memel mit 20 Prozent einen sehr hohen Anteil Russischsprachiger aufweist.

Nach Angaben von Rugilė Jančauskienė, der stellvertretenden Direktorin des Prökulser Simonaitytė-Gymnasiums, lernen derzeit 276 Schüler Russisch (368 waren es im Jahr 2022, 326 im Jahr 2023) und 84 (gegenüber 64 im Jahr 2022 und 65 im Jahr 2023) Deutsch. Die deutsche Sprache hat damit sogar Englisch überholt, das noch 67 Schüler in verschiedenen Sprachgruppen erlernen. Interessanterweise lernt einer der Schüler, der von einer anderen Bildungseinrichtung kam, Französisch im Fernunterricht, da es keinen Französischlehrer gibt.



Haben Spaß am Deutschlernen: Schüler des Prökulser Simonaitytė-Gymnasiums

Foto: Screenshot Simonaitytė Gymnasium

Vilija Bakutienė, Oberlehrerin am Simonaitytė-Gymnasium, unterrichtet seit mehr als 20 Jahren Kinder in Deutsch. Sie sagt, dass die Zahl der Schüler pro Klasse derzeit zwischen vier und 13 schwankt und es keine gemeinsamen Gruppen gibt, wie es normalerweise der Fall ist. Bakutienė sagt, dass die Beliebtheit von Deutsch eindeutig zugenommen habe: „In diesem Jahr sind bereits 13 Schüler der Jahrgangsstufe 7 auf Wunsch ihrer Eltern von Russisch zu Deutsch gewechselt. Dies hat zur Bildung einer neuen Gruppe geführt.“ Die Lehrerin fügte jedoch hinzu, dass trotz des Krieges Russlands gegen die Ukraine viele Schüler und ihre Eltern weiterhin Russisch als zweite Fremdsprache wählten, wobei sie den genauen Grund dafür nicht kenne.

„Schüler, die sich für Deutsch entscheiden, sagen oft, dass sie die Sprache schön und wichtig finden. Manche glau-

ben, dass Deutsch für ihre Zukunft nützlich sein wird, vor allem wenn es in der Familie oder im Bekanntenkreis Menschen gibt, die in Deutschland leben und arbeiten. In einigen wenigen Fällen gibt es auch solche, deren Großeltern Deutsch sprechen und für die die Sprache mit ihrer Familiengeschichte verbunden ist“, sagt die Lehrerin über die Beweggründe der Schüler.

Deutschunterricht ist oft moderner und kindgerechter als Russisch

Auf die Frage, wie sie versuche, Kinder für das Erlernen der Sprache zu gewinnen, sagte Bakutienė, dass sie viele Aktivitäten für Grundschüler und Fünftklässler und deren Eltern durchgeführt habe, die aber nicht sehr effektiv seien, weil die Eltern oft eine vorgefasste Meinung hätten. Das Goethe-Institut bietet für Fünftklässler eigene Aktivitäten wie das „Integrierte

Comic-Labor“ an. Dieses sehr ansprechende Sprachlabor hat dazu geführt, dass einige der Schüler in den Deutschunterricht der Klasse 6 kamen. Interaktive Werkzeuge, wie zum Beispiel Spiele und Diskussionen, kommen bei Schülern sehr gut an. Viele Lehrer nehmen mit ihren Schülern aktiv an Konferenzen sowie republikweiten und internationalen Projekten teil, wie dem von der deutschen Botschaft organisierten Debattierwettbewerb. Auf Initiative von Bakutienė wurde ein Projekt mit dem Titel „Ein Date mit Berlin“ ins Leben gerufen, das sich später zu einem weiteren Projekt mit dem Titel „Spuren deutscher Kultur in den baltischen Staaten“ entwickelte. Solche Projekte mit Erfahrungen außerhalb der Schule helfen nicht nur, Sprachkenntnisse zu vertiefen, sondern auch Horizonte zu erweitern“, sagt die engagierte Deutschlehrerin aus Prökuls.

IN MEMORIAM

Trauer um einen Beamten im Dienste Ostpreußens

Nachruf auf Ministerialdirektor a.D. Hartmut Gassner

Ein Lebenskreis hat sich geschlossen. Die Ostpreußenfamilie trauert um den heimatverbundenen Landsmann Hartmut Gassner, der am 2. Oktober 2024 verstorben ist.

Gassner wurde am 2. Juni 1931 in Insterburg geboren. Nach Flucht, Vertreibung und Haft in der DDR studierte er in Berlin Rechtswissenschaften. Auf das zweite Staatsexamen folgte der Eintritt in das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte sowie nach dessen Auflösung der Wechsel ins Bundesministerium des Innern, in dem er bis zum Ministerialdirektor aufstieg.

Gassners Liebe zu seiner Heimat Ostpreußen hat ihn früh auch in die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und deren Untergliederungen geführt. So war er mehrere Jahre Vorsitzender des Bundes Ostpreußischer Studenten (BOST) sowie Mitglied der Ostpreußischen Landesvertretung und später auch des Bundesvorstandes der LO. Parteipolitisch aktiv war er unter anderem in der Union der Vertrie-

benen und Flüchtlinge der CDU, heute Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung.

1992 nahm Gassner als Vertreter von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble an der Eröffnung des „Museums Stadt Königsberg“ in Duisburg teil. Er überreichte eine Silberkanne als Dauerleihgabe des Bundes, die sich seit 2016 im Zuge der Eingliederung des Königsberger Museumsbestandes in das Ostpreußische Landesmuseum (OL) in Lüneburg befindet.

Die Geburtsstunde des Museums liegt in der 1958 erfolgten Gründung des „Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde“ durch den Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke, das – 1959 durch Brand zerstört – 1964 wiedereröffnet wurde und schließlich 1987 als Ostpreußisches Landesmuseum einen Neubau in der Ritterstraße in Lüneburg bezog. Mit Bezug dieser Räume wurde das OL als erste ostdeutsche Kultureinrichtung in die öffentliche Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz aufgenommen. Hartmut Gassner war für

diese Fördermaßnahme der begleitende Abteilungsleiter im Innenministerium.

Damit wollte er es aber nicht bewenden lassen. Seine Zielsetzung war es, die an verschiedenen Orten ansässigen Kultureinrichtungen der Ostpreußen organisatorisch zusammenzuführen. So wurde auf Gassners Initiative hin die Ostpreußische Kulturstiftung (OKS) gegründet, für die er unter anderem auch das Stiftungskonzept und die Stiftungssatzung unter Mithilfe der Regierung von Mittelfranken, des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultur, Wissenschaft und Kunst sowie des Finanzamtes Ansbach erarbeitete.

Im Dezember 1993 erfolgte dann die Genehmigung der OKS. Neben dem Ostpreußischen Landesmuseum, das bis dahin vom „Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseum e.V.“ in Lüneburg getragen worden war, war die OKS fortan auch Trägerin des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern, das bis dato von der LO getragen worden war.

Von 1998 bis 2018 gehörte Gassner dem Stiftungsrat der Ostpreußischen Kulturstiftung an und übte von 2014 bis 2018 zudem das Amt des stellvertretenden Vor-



Um die Heimat verdient: Hartmut Gassner (l.), hier vor der alten Geschäftsstelle in der Hamburger Parkallee

sitzenden aus. In diesen Jahren war er auch Mitinitiator für die weitere Entwicklung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Sowohl bei der Erweiterung um eine Deutschbaltische Abteilung als auch bei der Vorplanung für die gerade entstehende große Kant-Ausstellung war Gassner stets ein guter Berater und nicht zuletzt auch Türöffner bei den begleitenden Behörden.

Die Ostpreußenfamilie verliert mit Hartmut Gassner einen heimatverbundenen, pflichtbewussten, engagierten Ostpreußen aus der Erlebnissgeneration. Für seinen lebenslangen Einsatz im Sinne unserer Heimat gebührt ihm Dank und Anerkennung. Die Ostpreußen werden ihn stets in guter Erinnerung behalten. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Rolf-Dieter Carl

Der Autor war von 1987 bis 1991 Geschäftsführer der LO sowie von 1994 bis 2023 Vorsitzender des Vorstands der OKS.

MELDUNGEN

Vorbereitung auf Ernstfall

Labiau – In Vorbereitung auf eine weitere Mobilisierung entstehen im Königsberger Gebiet Schutzräume für den Ernstfall. Die Stadt Labiau teilte auf Anfrage mit, dass es im Landkreis 427 solcher Einrichtungen gebe. Laut Auskunft der Verwaltung suchen Bürger im Kriegsfall in erster Linie Schutz in unterirdischen Räumen wie Kellern, aber auch in fensterlosen wie Badezimmer, Fluren und Toiletten. Die Stadtverwaltung hält Informationen darüber bereit, wo sich die offiziellen Schutzräume befinden. Außerdem wurden die Bürger aufgefordert, ein „Alarmset“ bereitzuhalten, bestehend aus Gasmaske, Atemschutzgerät, Dokumenten und einem Vorrat an Lebensmitteln. Auf ihrer Internetseite gibt die Stadt Hinweise zum Verhalten bei Evakuierungen. Der Aufenthalt in städtischen Schutzräumen ist für zwölf Stunden vorgesehen. MRK

Lehrermangel auf dem Land

Allenstein – Laut einem Bericht des regionalen öffentlichen Fernsehens waren zum Anfang des neuen Schuljahrs mehrere hundert Lehrerstellen unbesetzt. Den meisten Direktoren sei es gelungen, den Lehrkörper aufzufüllen. Doch mancherorts – vor allem auf dem Land – gab es noch weit in den September hinein unbesetzte Stellen. Dabei fehlten vor allem Lehrer in den naturkundlichen Fächern, aber auch in Polnisch, Englisch oder Deutsch. Auch Informatiker sind nicht bereit, für den geringen Lohn zu arbeiten, den Lehrer in Polen bekommen – in der freien Wirtschaft locken viel höhere Gehälter. In der didaktischen und pädagogischen Arbeit in den verschiedenen Schularten sind in der Woiwodschaft Ermland-Masuren insgesamt 30.000 Personen beschäftigt. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 106. GEBURTSTAG

Raudonat, Fritz, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 104. GEBURTSTAG

Kaczenski, Käthe, geb. **Kajo**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 3. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lichte, Brigitta, geb. **Neuendorf**, aus Eichhorst, Kreis Mohrungen, am 4. November
Müller, Hedwig, aus Neuforst und aus Rhein, Kreis Lötzen, am 5. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda, geb. **Juckschat**, aus Lyck, am 5. November
Ruschke, Ada, geb. **Hoffmann**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. November
Werner, Ilse, geb. **Henschel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 2. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ludwig, Renate, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 4. November
Nehrenheim, Elfriede, geb. **Kohlmeier**, aus Klein Nur, Kreis Wehlau, am 1. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Klose, Hilde, geb. **Wagner**, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 3. November
Köhler, Hanna, geb. **Tetzlaff**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. November
Neumann, Waltraud, geb. **Bendz**, aus Neidenburg, am 4. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Becker, Inge, geb. **Raethjen**, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 1. November
Bondzio, Günther, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 5. November

Geisler, Ruth, geb. **Danielowski**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 1. November
Nowack, Erika, geb. **Bahlo**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 7. November
Stübbe, Horst, aus Seegertswalde, Kreis Mohrungen, am 5. November
Wengoborski, Margot, geb. **Jahn**, aus Lyck, am 3. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Becker, Hella, geb. **Alex**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. November
Biesel, Christa, geb. **Legien**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 6. November
Blessing, Gertraud, geb. **Kiparski**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November
Daebel, Erich, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. November
Geisler, Erika, geb. **Tonk**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 4. November
Glowatzki, Liesbeth, geb. **Kraffzik**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 6. November
Hellwich, Alfred, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 4. November
Jodeit, Sigrid, geb. **Salomon**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 3. November
Kaufmann, Hannelore, geb. **Weichert**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. November
Kaufmann, Maria, geb. **Schulz**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 5. November
Mittelstädt, Elfriede, geb. **Brodowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. November
Mulks, Werner, aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. November
Völker, Inge, geb. **Lengwenus**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 6. November
Weituschat, Bruno, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. November
Wenk, Siegfried, aus Mulden, Kreis Lyck, am 2. November
Witt, Ilse, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 2. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bromberg, Lisbeth, geb. **Schmittka**, aus Großalbrechtstort, Kreis Ortelsburg, am 6. November

Joppien, Reinhard, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 5. November
Nahrn, Inge, geb. **Borowski**, aus Wehlau, am 3. November
Heinrich, Willi, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 4. November
Pascher, Ursula, geb. **Grundmann**, aus Mohrungen, am 2. November
Stotz, Elli, geb. **Krause**, aus Warsckeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. November
Wrobel, Heinz, aus Lyck, SteinstraÙe 4, am 6. November
Zagermann, Christel, aus Lischau, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blaurock, Horst, aus Soffen, Kreis Lyck, am 4. November
Döhring, Waltraud, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 4. November
Koch, Charlotte, geb. **Krüger**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. November
Kulozik, Christa, geb. **Petermann**, aus Nötnicken, Kreis Fischhausen, am 7. November
Schmidt, Gisela, geb. **Schlenger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berger, Ingrid, geb. **Kannenberg**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 7. November
Czerwinski, Ottfried, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 1. November
Joseph, Siegmar, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. November
Kuczewski, Anita, geb. **Sdrenka**, aus Ortelsburg, am 5. November
Oertel, Elfriede, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 1. November
Strobel, Gertrud, geb. **Iwannek-Seher**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. November
Urbschat, Arno, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 4. November
Woverat, Paul, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aken van, Magdalene, geb. **Wedig**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 5. November
Bertram, Helga, geb. **Boguschewsk**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 2. November
Conrad, Manfred, aus Lyck, am 7. November
Evers, Ingrid, geb. **Pentzek**, aus Fronicken, Kreis Treuburg und Aulacken, Kreis Lyck, am 6. November
Klesch, Alfred, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 7. November

Krüger, Kurt, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 6. November
Ludwig, Irmgard, geb. **Borries**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 2. November
Niedballa, Alfred, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 1. November
Przygodda, Adolf, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. November
Scholz, Adelheid, geb. **Prystuppa**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 6. November
Steinke, Hans-Jürgen, aus Mohrungen, am 7. November
Stümpel, Ingetraud, geb. **Marczinski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 6. November

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Erika Ursula, geb. **Schmurlack**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 4. November
Bogdahn, Dieter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. November
Bondzio, Gustav A., aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. November
Henning, Brigitte, geb. **Gramatzki**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 5. November
Horn, Helga, geb. **Buttkewitz**, aus Seligen, Kreis Lyck, am 5. November
Jelonnek, Jutta, geb. **Prade**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 4. November
Kempa, Dieter, aus Ottenberge, Kreis Johannisburg und Ukta, Kreis Sensburg, am 4. November
Kowalewski, Liane, geb. **Friedrich**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. November
Kruck, Anna, geb. **Chrzanowski**, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 5. November
Lange, Margitt, aus Lyck, am 7. November
Liebke, Hiltraut, geb. **Baumann**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. November
Lotto, Ingrid, geb. **Reihs**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 4. November
Neumann, Gerhard, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 1. November
Schwartz, Hans, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 6. November
Slomianka, Rosemarie, geb. **Sachs**, aus Treuburg, am 4. November
Stichler, Hans-Jörg, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 4. November

Wegner, Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Gomani, Brigitte, geb. **Lemke**, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 4. November
Riethmöller, Heiko-Diedrich, aus Bassum, Kreis Wehlau, am 5. November

Skubich, Monika, geb. **Stehen**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Drieschner, Karl-Heinz, aus Neidenburg, am 2. November
Koenen, Peter, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 7. November



Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in

Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Bund Junges Ostpreußen

Allenstein – Donnerstag, 28. November, bis Sonntag, 1. Dezember: **Adventstreffen der Ostpreußischen Jugend.** Veranstalter des Adventstreffens ist die Landesgruppe der Ost- und Westpreußen in Bayern innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen. Die organisatorische Leitung obliegt dem Bund Junges Ostpreußen.

Das Adventstreffen bietet für jeden von Euch etwas Interessantes. Menschen, die sich gerne bewegen, werden an den Volkstänzen und dem Frühsport ihre Freude haben, die Musikalischen unter Euch können sich an den heimatlichen und weihnachtlichen Liedern erfreuen. Und die Kreativen werden sich auf das weihnachtliche Basteln freuen dürfen. Auch Geschichtsinteressierte kommen nicht zu kurz. Für die Ostpreußische Jugend ist das Adventstreffen der Höhepunkt zum Jahresende. Neben dem einzigartigen Programm habt Ihr die Möglichkeit, sehr viele junge Ostpreußen kennenzulernen. Und für die „kleinen“ Ostpreußen unter euch werden wir bei entsprechendem Wunsch ein kleines Kinderprogramm anbieten (bitte bei der Anmeldung das Alter des Kindes mit angeben).

Anmeldung bis Sonntag, 10. November. Weitere Informationen gibt es unter: adventstreffen@junge-ostpreussen.de; Telefon (0048) 691 380160. Die Anmeldung ist verbindlich. Es erfolgt eine Anmeldebestätigung bis zum 17. November. Eine Anmeldung findet über unser Online-Anmeldeformular unter dem angegebenen Link http://adventstreffen.bjo-ostpreussen.de/oder QR-Code statt:



Wichtige Informationen

Anreise: Donnerstag, 28. November, ab 17 Uhr; Abreise: Sonntag, 1. Dezember nach dem Mittagessen gegen 13 Uhr; Adventsfeier: Sonnabend, 30. Dezember, um 19 Uhr.

Teilnehmer: Teilnehmen können Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr (Jugendliche unter 18 Jahren müssen eine schriftliche Einverständniserklärung der Eltern vor Ort im Original oder per Scan bei der Anmeldung einreichen).

Seminarort: Best Western Plus Hotel Olsztyn Old Town, Aleja Warszawska 39, 10-081 Allenstein [Olsztyn].

Kosten: Es gibt keine Teilnahmegebühr, aber dafür müssen die Teilnehmer die Reisekosten selbst tragen. Für die allerjüngsten Gäste von drei bis zehn Jahre wird es eine Kinderbetreuung geben.

Haftungsausschluss: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Sach- oder Personenschäden vor, während und nach der Veranstaltung

Datenschutz: Für die Durchführung der Veranstaltung werden bei Anmeldung Daten erhoben, die nicht an Dritte weitergegeben werden und auf Anfrage nach der Veranstaltung gelöscht werden können.

Veranstalter: Landsmannschaft Ost- und Westpreußen – Landesgruppe Bayern, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg;

Organisation: Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Internet; www.junge-ostpreussen.de

Förderhinweis: Dieses Projekt wird aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.

Zusendungen für die Ausgabe 46/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 46/2024 (Erstverkaufstag 15. November) **bis spätestens Dienstag, den 5. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

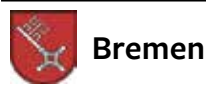
Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Martin Luther

Hof – Sonnabend, 9. November, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof zum Thema „Martin Luther und sein Einfluss in Ostpreußen“.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Buchprojekt

Bremen – Dienstag, 5. November, 19 Uhr, Kulturzentrum „Murkens Hof“ der Volkshochschule Lilienthal: Buchpremiere.

Unser Buchprojekt „Eva Reimann aus Königsberg – Dorfschullehrerin in Otterstedt, Baden und Seebbergen – Zum 100. Geburtstag“ zur Würdigung unseres Mitgliedes Eva Reimann ist vollbracht.

Die Schauspielerin Kathrin Becker für die Lesung und Ingo Stoevesandt (Klavier) für die musikalische Umrahmung garantieren eine stimmungsvolle Buchvorstellung. Wir bedanken uns bei Dr. Michelsen, Leiterin der Volkshochschule, und beim Heimatverein Lilienthal für die gute Zusammenarbeit bei der Planung und Gestaltung.

Sie erreichen „Murkens Hof“ mit der Linie 4 der BSAG, Haltestelle „Lilienthal Mitte“. Eine telefonische Anmeldung wäre wünschenswert, aber auch eine kurzfristige Entscheidung zur Teilnahme ohne Anmeldung ist möglich.

Während der Veranstaltung bieten wir das Buch zum Kauf an, um den geleisteten Druckkostenzuschuss auszugleichen.



Zum 100. Geburtstag: Titelcover



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Salzburger Protestanten

Kassel – Donnerstag, 7. November, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-talstraße 140: Treffen der Lands-

mannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, Martin Dietrich berichtet über die Vertreibung der Salzburger Protestanten nach Ostpreußen und in die USA.

Das Leben der Vorfahren

Wetzlar – Dienstag, 12. November, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Wolfgang Warnat spricht über eine Reise nach Ostpreußen auf der Suche nach dem Leben der Vorfahren.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmuth E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Jahreshauptversammlung

Lüneburg – Unter dem Motto „Ostpreußen lebt“ stand die traditionelle Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen im Ostpreußischen Landesmuseum, geleitet von der Vorsitzenden, Dr. Barbara Loeffke. Sie gab ihrer Freude über die gute Beteiligung der Vertreter der Mitgliedsverbände Ausdruck und begrüßte besonders den Geschäftsführer des BdV-Landesverbandes Niedersachsen, Michael Gediga sowie den Historiker und Autoren Jörg Ulrich Stange. Die Vorsitzende leitete die Veranstaltung mit der Erinnerung an den „Tag der Einheit“ ein, der die deutschen Heimatvertriebenen schmerzlich an den Verlust ihrer Heimat erinnerte.

Zu Beginn der Versammlung gedachten Teilnehmer der Toten. Nach kurzer schwerer Krankheit ist der langjährige Stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende der Bezirksgruppe Braunschweig, Fritz Folger, am 6. März abberufen worden. Über viele Jahrzehnte hat der Verstorbene sich vorbildlich und aufopferungsvoll für die Belange der Vertriebenen eingesetzt. Die Versammlung gedacht auch des langjährigen Stadtvertreters von Königsberg, Regierungsdirektor a.D., Fritjof Berg, und auch der Landsleute, die uns im vergangenen Jahr verlassen haben und jahrzehntelang der Heimat die Treu gehalten haben. Sie erinnerte auch an die um den Kampf um die Heimat verstorbenen Soldaten.

In ihren einführenden Worten ging die Vorsitzende auf einige auch die deutschen Heimatvertriebenen berührende Entwicklungen ein. Sie erinnerte an den aufopferungsvollen Beitrag der Heimatvertriebenen am Wiederaufbau Deutschlands und das Ende einer vielhundertjährigen ruhmreichen deutschen Geschichte im Osten Deutschlands. Mit Interesse verfolgen die Heimatvertriebenen den Krieg in der Ukraine und den Zustrom von Asylanten und sogenannte Wirtschaftsflüchtlingen nach Deutschland. Sorge bereiten uns auch die Veränderungen und geplanten Neugliederung der deutschen Kultur sowie dabei die Vernachlässigung des Beitrages der

deutschen Ostgebiete zur deutschen Kultur. Das Ostpreußische Landesmuseum leistet vorbildliche Arbeit und zieht sowohl die Vertriebenen wie auch die Einheimischen an. Herausragen wird die Darstellung des Lebens und Werkes des Ostpreußen Immanuel Kant.

Der Hausherr, Museumsdirektor Dr. Joachim Mähnert, konnte leider nicht an Versammlung teilnehmen. Er schickte herzliche Begrüßungsworte an die Versammlung, die von Dr. Karsten Uffhausen verlesen wurden.

Mähnert erinnerte daran „dass Flucht und Vertreibung, das Ende der vielhundertjährigen deutschen Geschichte im Osten unseres Vaterlandes nun schon 80 Jahre zurückliegen. Mit den Luftangriffen auf Königsberg Ende August 1944 erreichte der Zweite Weltkrieg auch Deutschlands östlichste Provinz. Wenige Wochen später mussten die ersten aus den nordöstlichen Kreisen fliehen; im Januar 1945 begann dann die große Flucht in Schnee und Kälte, die rasche und brutale Eroberung des Landes. Was wird aus Ostpreußen, wenn die Erlebnisgeneration abtritt und die große Zeit der Landsmannschaften ausklingt? Wenn die jungen Menschen praktisch nichts über das deutsche Ostpreußen der Vergangenheit lernen?

Unser Museum lebt und hält die Erinnerung auch in den kommenden Jahrzehnten hoch. Dabei ist es für unser Museum von zentraler Bedeutung, dass wir auch Jüngere anziehen und begeistern. Seit der Umgestaltung der Dauerausstellung 2018 sind nicht nur die Besucherzahlen gestiegen, das Museum besuchen auch wieder viele Familien, Kindergruppen und Schulklassen. Und nun das große Kant Jahr: Immanuel Kant, der berühmteste Ostpreuße: In diesem Jahr jährt sich sein Geburtstag in der Königsberger Handwerkervorstadt zum 300. Mal. Zukünftig werden wir DER zentrale Erinnerungs-ort für Kant und die Aufklärung in der Bundesrepublik sein.“

Wesentlich für den Fortbestand des Museums sei, dass die Ostpreußen zusammenstehen und „ihrem“ Museum auf seinem Weg in die Zukunft helfen. Die öffentlichen Haushalte seien angespannt. Wenn auch die Landesgruppen sowie die „Freunde“ und der „Förderkreis“ das Museum unterstützen, „wären wir zutiefst dankbar“, so Mähnert.

An seine Ausführungen schlossen sich die Berichte der Vertreter der Kreis- und Ortsgruppen an. Vorträge über Ostpreußen, die Aktivitäten der befreundeten Landsmannschaften, über Reisen und Ausflüge und die Kontakte zu einheimischen Gruppen standen auf dem Programm der Zusammenkünfte. Trotz rückläufiger Mitgliederzahlen lebt Ostpreußen hier fort. Die notwendigen Regularien wie Kassen- und Arbeitsberichte wurden abgehandelt und aufgrund der klaren Aussagen einstimmig genehmigt. Die Kassenprüfer Gerold Plewa und Uffhausen wurden in ihrem Amt einstimmig bestätigt. Dem Vorstand und der Kassenführerin wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Eine Veränderung bei den Personalien: Die langjährige, verdienstvolle Schatzmeisterin, Hilde Pottschien, trat aus gesund-

Fortsetzung auf Seite 16



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- ☐ Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- ☐ Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige

Ihr Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@paz.de
Fax an: 040/41 40 08 50

[illegible]

Bund der Vertriebenen



Bundesgeschäftsstelle Bonn,
Godesberger Allee 72-74,
53175 Bonn, Telefon (0228)
81007-30, Internet:
www.bund-der-vertriebenen.de

Vor 80 Jahren: Im Westen Befreiung, im Osten Vertreibung
Bonn – Der BdV fordert gleichberechtigten Platz für Flucht und Vertreibung in der Erinnerungskultur.

Während in großen Städten Westdeutschlands, wie jüngst etwa durch einen Festakt in Aachen, der Befreiung durch amerikanische Truppen im Oktober 1944 gedacht wird, erinnern sich die deutschen Vertriebenen, so etwa die Ostpreußen, dieser Tage an den Beginn ihrer Leidenszeit und den großen Exodus aus ihrer Heimat. Dazu erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Am 16. Oktober 1944 begann die sowjetische Offensive auf Ostpreußen. Die Rote Armee überschritt in den folgenden Tagen an mehreren Stellen die deutsche Reichsgrenze und drang weit in Ostpreußen ein. Bei Nemmersdorf, einem kleinen Dorf südwestlich von Gumbinnen, rückten die Verbände am 21. Oktober 1944 am weitesten nach Westen vor. Einer der Kommandeure schrieb in einem Gefechtsbericht, „Nemmersdorf ist von der Infanterie des Gegners und der friedlichen Bevölkerung gesäubert worden.“ Wie diese „Säuberung“ aussah, stellten deutsche Truppen bei der Rückeroberung des Dorfes in den folgenden Tagen fest.

In der Erinnerung der Vertriebenen ist Nemmersdorf zu einem Sinnbild für die Gräueltaten geworden, mit denen die Rote Armee, propagandistisch vom Stalin-Regime angestachelt, auf ihrem Rachefeldzug für die Verbrechen Nazideutschlands gezielt Angst und Schrecken verbreitete. Es gibt

heute keine Zweifel an den Kriegsverbrechen, die damals auch von sowjetischen Soldaten begangen wurden – an den zahllosen deutschen Zivilisten, die getötet oder deportiert wurden, sowie an den Massenvergewaltigungen deutscher Frauen.

Umso verachtenswerter ist es, dass in nationalistischen Kreisen in Deutschland und Russland gerade in den Berichten zu Nemmersdorf bis heute entweder die maßlosen Propaganda-Übertreibungen der Nationalsozialisten oder die von sowjetischer Seite gesteuerte, absichtliche Verkehrung der Ereignisse in ein Verbrechen von Deutschen an ihrem eigenen Volk bedient werden.

Gleichzeitig mit Nemmersdorf, auch am 21. Oktober 1944, kapitulierten in Aachen, weit im Westen des Reiches, die eingeschlossenen Truppen der Wehrmacht. Damit endete in der ersten deutschen Großstadt die NS-Herrschaft und die Verwaltung ging auf die Amerikanische Militärregierung über. Schon kurz darauf bildeten sich neue demokratische Strukturen.

Das „Massaker von Nemmersdorf“ und die Befreiung von Aachen offenbaren im Vergleich, wie unterschiedlich die sich abzeichnende Niederlage des nationalsozialistischen Regimes sich in West und Ost auf die deutsche Bevölkerung auswirkte – und wie wenig dies in der Öffentlichkeit heute präsent ist.

Nemmersdorf als Symbol für großes Leid

Nemmersdorf ist für die Vertriebenen ein Symbol all dessen, was die ostdeutsche, hier besonders die ostpreußische, Zivilbevölkerung gegen Ende des Zweiten Weltkriegs erleiden musste. Das Massaker markiert zugleich den Beginn einer Massenflucht biblischen Ausmaßes, an die sich die Vertreibungen mit den bekannten Begleitverbrechen anschlossen.

Während in Aachen schon im Januar 1945 als erste freie Zeitung die „Aachener Nachrichten“ erschienen, erlitt die ostdeutsche

Zivilbevölkerung am 30. Januar 1945 mit der Versenkung des Flüchtlingsschiffs „Wilhelm Gustloff“ durch sowjetische U-Boote, der größten Schiffskatastrophe der Menschheit mit insgesamt fast 9500 Toten, einen weiteren, furchtbaren Schicksalsschlag.

Während die West-Alliierten begannen, in befreiten Städten den Grundstein für eine demokratische Nachkriegsordnung zu legen, übten Stalins Soldaten Rache an der deutschen Zivilbevölkerung. Angesichts der von der Roten Armee provozierten Fluchtbewegungen erklärte der sowjetische Diktator zynisch: „Wo unsere Truppen hinkommen, laufen die Deutschen weg.“

Umso wichtiger ist es, dass Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten – die Gewalterfahrung und der Heimatverlust – im Gedenken an das nahende Kriegsende einen gleichberechtigten Platz neben anderen, freudigen Erinnerungen finden.

Unserer Erinnerungskultur und auch diesem 80. Jahrestag angemessen wäre eine Würdigung dieses Schicksals durch die obersten Repräsentanten unseres Staates. *BdV – Bund der Vertriebenen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Kriegsbedingte Wohnsitzfortgeltungsverordnung

Bonn – Die Rechtsverordnung zur Wohnsitzfiktion bei kriegsbedingtem Verlassen des Aussiedlungsgebietes in Aufnahmeverfahren von Spätaussiedlern verkündet und in Kraft, aber bleibt weit hinter den Anforderungen und Erwartungen zurück.

Anfang August trat die „Kriegsbedingte Wohnsitzfortgeltungsverordnung“ in Kraft, die verbindlich festlegt, unter welchen Voraussetzungen Deutsche aus der Ukraine und Deutsche aus Russland, die kriegsbedingt in Deutschland Wohnsitz nehmen, ihr Aufenthaltsrecht nach dem BVFG nicht verlieren.

Die in Kraft getretene Regelung ist zu begrüßen, soweit sie eine Er-

leichterung für diejenigen geflüchteten deutschen Volkszugehörigen bedeutet, die sich erst mit längerer Kriegsdauer entscheiden beziehungsweise entschieden haben, dauerhaft in Deutschland zu bleiben und als Spätaussiedler Aufnahme zu finden. Die Rechtsverordnung schafft außerdem Raum, in Vorbereitung der Antragstellung Nachweisunterlagen, die sich teilweise noch in den Aussiedlungsgebieten befinden, für die Antragstellung zu besorgen und Sprachkenntnisse bis dahin aufzufrischen. Gut ist es auch, dass wegen der Wohnsitzproblematik bestandskräftig abgelehnte Aufnahmeverfahren wiederaufgegriffen werden können und die gesetzten Fristen auch dafür gelten.

Kein Aufnahmerecht

Hinsichtlich nicht ausreichend geregelter Sachverhalte und vom Bund der Vertriebenen geforderter weiterer notwendiger Ergänzungen erklärt BdV-Präsident Dr. Fabritius: „Insgesamt ist festzustellen, dass die Rechtsverordnung in vielen Punkten unklar ist und der Situation der betroffenen Menschen nur teilweise gerecht wird. Viele unserer Landsleute in der Ukraine wurden von den kriegerischen Ereignissen überrascht. Sie haben in der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende ihre Heimatgebiete nur vorübergehend verlassen und mit der Absicht einer baldigen Rückkehrmöglichkeit Zuflucht im grenznahen Gebiet, etwa in Polen, der Slowakei oder Rumänien gesucht. (...) Dass nun gerade diese Opfer bei einer länger als sechs Monate andauernden Flucht laut der beschlossenen Verordnung einen möglichen Anspruch auf Anerkennung als Spätaussiedler endgültig verlieren, ist völlig unverständlich und inakzeptabel! Wir werden uns weiter bemühen, diese grobe Gerechtigkeitslücke zu schließen, damit die Betroffenen ihre Rechte auf Aufnahme als Spätaussiedler wegen der kriegsbedingten Flucht nicht verlieren.“

BdV – Bund der Vertriebenen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ANZEIGEN

Den Himmel zu erringen ist etwas Herrliches und Erhabenes, aber auch auf der lieben Erde ist es unvergleichlich schön.
Darum lasst uns Menschen sein.
Wolfgang Amadeus Mozart

Irmgard Leskien

geb. Sprenger
* 8. Juni 1931 † 18. September 2024

Wenn ihr an mich denkt, seid nicht traurig. Erzählt lieber von mir und traut euch ruhig zu lachen. Lasst einen Platz zwischen euch in eurer Mitte, so wie ich ihn im Leben hatte.

In Liebe und Dankbarkeit
Renate Sprenger geb. Sroka
Daniela mit Hannah und Elisa
Kathrin und Philip mit Aliyah und Emma
Andrea mit Anton 🌸
Torsten und Irina mit Carla und Mika

Traueranschrift: Renate Sprenger, Gartenstraße 139,
41236 Mönchengladbach-Rheydt

Die Urnenbeisetzung hat im engsten Familienkreis in Hude stattgefunden.

Nachruf

Dr. jur. Wolfgang Rothe

geb. am 7. Januar 1934 auf Gut Samonienen,
Gemeinde Tollmingkehmen, Kreis Goldap
gestorben am 13. Juli 2024 in Essen

Mit großer Trauer erfahren wir vom Heimgang unseres Ehrenvorsitzenden Dr. jur. Wolfgang Rothe durch die PAZ.

Seit seinem Eintritt in die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Essen 2010 begeisterte Dr. Rothe uns mit seinen Erzählungen von seiner geliebten Heimat und prägte den Zusammenhalt unserer Gruppe.

Seine zahlreich geschriebenen Bücher sind ein Zeugnis davon und lesenswert.

Wir vermissen ihn sehr.

**Landsmannschaft West- und Ostpreußen,
Landesgruppe Essen**
Sabine von Wissell

Ruth Brandt

geb. Schmerberg
* 10. November 1927 † 17. Oktober 2024
Schwanis, Kreis Heiligenbeil Hamburg

In Liebe und Dankbarkeit
Carsten Brandt

Traueranschrift: Ruth Brandt
c/o Ollrogge-Kleinert Bestattungen, Wentorfer Str. 2, 21029 Hamburg

4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder
vertrieb@paz.de anfordern!**

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

PAZ wirkt!

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Hartmut Gassner

* 02. Juni 1931 † 02. Oktober 2024
Insterburg/Ostpreußen Bonn

Der Verstorbene war langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Hartmut Gassner im Jahre 1988 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stellv. Sprecher	Stephan Grigat Sprecher	Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister
--------------------------------------	----------------------------	---

DARKEHMEN

Reichskanzler mit ostpreußischen Wurzeln

Vom Volksschüler zum Regierungschef: Gustav Bauer machte eine blendende Karriere als Berufsfunktionär

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als Gustav Bauer am 6. Januar 1870, also reichlich ein Jahr vor der Gründung des Deutschen Reiches, im ostpreußischen Darkehmen das Licht der Welt erblickte, konnte niemand ahnen, dass der Sohn eines Gerichtsvollziehers und Nachfahre von Einwanderern aus Süddeutschland einmal zum Regierungschef seines Landes aufsteigen würde. Bauers Bildungsgang endete auch bereits 1884 mit dem Abschluss der Volksschule in Königsberg, wonach er als Schreiber beziehungsweise Bürovorsteher in verschiedenen Rechtsanwaltskanzleien arbeitete. Dann startete der mittlerweile invalide Bauer, dem 1888 krankheitsbedingt ein Bein amputiert werden musste, 1895 eine Karriere als Berufsfunktionär.

Bauer gründete den Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands und stand diesem bis zur Fusion mit dem Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen im Jahre 1908 vor. Ab 1903 fungierte er noch als Leiter des Zentral-Arbeitersekretariats der Freien Gewerkschaften in Berlin. Und von 1908 bis 1918 hatte er das Amt des zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands inne. Außerdem saß Bauer ab 1912 für die SPD im Reichstag sowie parallel im Aufsichtsrat der Volksfürsorge.

Arbeitsminister unter Scheidemann

Kurz vor der Novemberrevolution von 1918 ernannte Reichskanzler Prinz Max von Baden Bauer zum Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes. Nach den Wahlen zur verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zog der gebürtige Ostpreuße auch in dieses Parlament ein. Nur wenige Wochen später, am 13. Februar 1919, wurde er Reichsarbeitsminister im Kabinett des Sozialdemokraten Philipp Scheidemann, der ers-



Der gebürtige Darkehmer Gustav Bauer wurde erst Gewerkschaftsführer, dann SPD-Politiker und erlangte 1919 das Amt des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers
Foto: akg-images

ten Reichsregierung während der Zeit der Weimarer Republik. Da Scheidemann sich strikt weigerte, das Versailler Diktat zu unterzeichnen, drohte eine Besetzung ganz Deutschlands durch die Alliierten, weswegen er schließlich auf Druck der Obersten Heeresleitung und einflussreicher Realpolitiker wie Matthias Erzberger, Gustav Noske und Friedrich Ebert zurücktrat.

Reichskanzler mit Haltung

Damit schlug die Stunde von Gustav Bauer, dessen Ernennung zum Reichsministerpräsidenten beziehungsweise dann Reichskanzler am 21. Juni 1919 erfolgte. Obwohl Bauer das Versailler Diktat eben-

falls ablehnte, beschloss er aber, diesem zumindest formell zuzustimmen, was er in der Nationalversammlung folgendermaßen begründete: „Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewusstsein, dass es unsere verdamnte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist ... Wenn die Regierung ... unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, dass sie der Gewalt weicht, in dem Entschluss, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen...!“

Nach dem Inkrafttreten des Versailler Diktats am 10. Januar 1920 versuchte Bauer aber dessen Erfüllung zu verzögern, konnte damit jedoch die drastische Reduzierung des deutschen Heeres nicht verhindern. Das wiederum war einer der Gründe für den Kapp-Putsch im März 1920, der Bauer das Amt kostete.

In doppelter Funktion

Denn weil Vertreter seiner Regierung mit den Putschisten verhandelt hatten, verlor er das Vertrauen der SPD und der Gewerkschaften. Nach Bauers Rücktritt am 26. März 1920 holte der neue SPD-Kanzler Hermann Müller ihn jedoch abermals in die Regierung – zuerst als Chef des Reichs-

schatzministeriums und dann parallel dazu auch als Reichsverkehrsminister. Doch das Kabinett Müller bestand nur bis Juni 1920. Anschließend folgte das bürgerliche Kabinett Fehrenbach, welches im Mai 1921 von der Regierung Wirth abgelöst wurde. Unter dem Zentrumspolitiker Wirth fungierte Bauer nochmals als Reichsschatzminister sowie als Vizekanzler, wobei er diesmal bis November 1922 im Amt blieb.

Prägend bis heute

Während seiner Zeit als Minister sorgte Bauer unter anderem dafür, dass das Reich die Zuständigkeit über das deutsche Eisenbahnwesen erlangte. Dazu kam eine gemeinsam mit Erzberger durchgeführte Finanz- und Steuerreform, welche die Finanzverfassung und das Steuersystem Deutschlands bis heute prägt.

Von 1920 bis 1928 saß Bauer wieder im Reichstag – mit einer Unterbrechung vom 7. Februar 1925 bis zum 14. Mai 1926. Diese resultierte aus dem zeitweisen Ausschluss von Bauer aus der SPD wegen seiner Kontakte zu dem Betrüger-Duo Judko und Herschel Barmat. Bauer hatte Provisionen von den Barmats erhalten und dies dem Parlament zunächst verschwiegen. Allerdings hob ein Parteischiedsgericht den Ausschluss letztlich wieder auf.

Mangel an Beweisen

Nach dem eher unfreiwilligen Rückzug aus der Politik war Bauer ab 1928 Geschäftsführer einer Berliner Wohnungsbau-genossenschaft. Doch im Juni 1933 musste er aufgrund des Vorwurfs der Veruntreuung von Steuergeldern für einige Zeit in Untersuchungshaft. Die Einstellung des Verfahrens erfolgte erst zwei Jahre später – 1935 aus Mangel an Beweisen. Anschließend zog sich der ehemalige Reichskanzler mit ostpreußischen Wurzeln vollkommen zurück und starb am 16. September 1944 in Hermsdorf im Berliner Bezirk Reinickendorf.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Respektvolle Erinnerung statt Hundepark

Eine Sammelaktion soll helfen, Oppelns einstigem Friedhof sein Gesicht wiederzugeben

Am 1. November, also am katholischen Tag Allerheiligen, wird auf dem historischen Friedhof in der Breslauer Straße [ulica Wrocławska] in Oppeln Geld gesammelt. Mit den Spenden werden deutsche Grabsteine renoviert. Die Spendenaktion wurde 2023 von Beata Kubica vom städtischen Oppelner Sozialausschuss in Zusammenarbeit mit der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln ins Leben gerufen. Angestoßen hatte die Aktion der deutsche Historiker und Publizist Gerhard Schiller, der seit Jahren in Oppeln lebt. Der „Alte Friedhof“, wie man ihn heute nennt, zählte zu den ersten Orten, die der Koblenzer in Oppeln besuchte. Ihm fiel sogleich die Grabkapelle auf. Diese wurde für einen Pfefferküchler errichtet. „Das machte mich neugierig, denn ich komme aus dem Westerwald und das heißt bei uns Lebküchler“, erinnert er sich.

Bei seinen Recherchen fand er heraus, dass um 1810 verordnet wurde, Friedhöfe nur noch außerhalb der Stadtmauern zu errichten. „Dann kamen die Befreiungskriege, die Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 und hier in Oppeln war eine Menge an Soldaten in den Spitälern. Und was passierte? Es breiteten sich Seuchen

aus und es gab sehr viele Tote, die man begraben musste. Es war der Anfang von diesem Friedhof, der eigentlich eine Kompromisslösung war.“ Der Friedhof in der Odervorstadt wurde am 19. Dezember 1813 eingeweiht. „Er diente fortan der Stadtbevölkerung für beinahe 120 Jahre als Hauptbegräbnisstätte“, so Schiller.

Oppelns Einwohnerzahl stieg von 3000 im Jahre 1813 auf 45.000 im Jahr 1930. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begrub man auf dem „Oderfriedhof“ jährlich ungefähr 400 Erwachsene und etwa dieselbe Zahl an Kindern. So teilte am 18. Juni 1920 die Friedhofsdeputation dem Oppelner Magistrat mit, dass aus „Platzmangel ein neuer Friedhof angelegt werden müsse“, und nach langer Planung nahm man 1931 einen neuen städtischen Friedhof im Stadtteil Halbendorf [Półwieś] in Betrieb. Der alte „Oderfriedhof“ wurde mit Ausnahme der schon bestehenden Erbbegräbnisse und Familiengräber geschlossen.

„1945 wurde der Friedhof in der Breslauer Straße wiedereröffnet und diente den neuen Einwohnern der Stadt bis 1963 als letzte Begräbnisstätte“, so Joanna Filipczyk vom Museum des Oppelner Landes. Sie erarbeitete mit Schiller eine Inter-



Mobilisiert mit Hingabe Helfer für die Friedhofs-Sammelaktion in Oppeln am 1. November: Beata Kubica
Foto: Wagner

netseite, die über den Oderfriedhof in deutscher und polnischer Sprache informiert (cmentarzopole.pl). „Diese Internetplattform kann laufend ergänzt werden, denn Friedhöfe gehören zu den Themen, die uns alle betreffen. Einstige wie heutige Oppelner können Informationen zum Leben der hier Ruhenden oder Fotos von hier beerdigten Verwandten beisteu-

ern. Wir hoffen, dass sich dieses Projekt selbstständig“, sagt Filipczyk. Eine Mitwirkung sei auch deshalb wichtig, weil es kaum Archivmaterial über den Friedhof gebe, so Beata Kubica, die sich mit Hobbyhistorikern und Stadträten bemüht, diese Nekropole vor dem Verfall zu bewahren. „Der Friedhof ist ein Stück Oppelner Geschichte, und deshalb hat es in den letzten

Jahren bereits Initiativen zur Rettung gegeben“, sagt Kubica, die mit Schiller als Paar liiert ist.

In den vergangenen Jahren gab es Aufräumaktionen, Gelder für die Erstellung eines Flächennutzungsplans wurden akquiriert und „dank der deutschen Minderheit wurde der Friedhof in die Liste geschützter Denkmäler aufgenommen, was das Areal vor einer Umnutzung schützt. Denn es gab bereits Pläne, auf diesem Gelände einen Hundepark anzulegen“, erklärt Kubica. Sie und ihr Partner hoffen, dass aus dem „Alten Friedhof“ eine Parkanlage wird, die als kulturelles Denkmal dienen könnte. Schiller berichtet, dass er im niederschlesischen Hirschberg [Jelenia Góra] an einem ähnlichen Projekt gearbeitet habe. „Es war ein Barockfriedhof. Wir haben anhand der dort begrabenen Kaufleute gezeigt, wo sie gehandelt haben, in welchen Häusern sie wohnten, wie ihr Leben war. Das ließe sich in Oppeln auch gut machen – eben halt für eine andere Zeit, für das 19. Jahrhundert“, sagt er.

Doch bis es in Oppeln so weit ist, müssen noch viele Gräber erst saniert werden und dafür wollen Beata Kubica und ihre Helfer sich engagieren und am 1. November sammeln.
Chris W. Wagner

NATUR

Der Wald war seine Leidenschaft

Bismarck als Land- und Forstwirt, Jäger und Angler, Pferde- und Hundefreund – und Holzökonom

VON HORST BUSCHALSKY

Bismarck als Land- und Waldbesitzer – das ist ein weites Feld und ein neuer Aspekt in Bezug auf die Charakterisierung eines bedeutenden Mannes der deutschen Geschichte. Die Natur, die Landschaft, der Wald, die Bäume, die Wildtiere und vieles mehr waren für Bismarck ein Teil der Schöpfung und damit für ihn eine Verbindung zur Religion. Die Größe und Schönheit der Schöpfung und demgegenüber die relative Bedeutungslosigkeit des Menschen kennzeichnet gleichzeitig seine Bescheidenheit und seinen Respekt vor der Schöpfung und vor der Natur.

Nur ganz wenige – auch vor allem wissenschaftliche – Texte beschäftigen sich mit Bismarck als Land- und Forstwirt, als Jäger und Angler, als Pferde- und Hundefreund, als Holzökonom und als Naturliebhaber. Einer, der große Ambitionen auf diesen Gebieten hatte und seine Leidenschaft mit Inbrunst auslebte. Er brannte innerlich für das Landleben.

Zwei Beispiele sollen das aufzeigen: Durch die enge Beziehung zur Landbevölkerung auf seinen Gütern wusste Bismarck, in welche Not und Armut ehemalige Landarbeiter und deren Familien durch Krankheit und Alter geraten konnten. Ihm wird im Allgemeinen unterstellt, er habe seine Sozialgesetzgebung nur in Bezug auf den Kampf gegen die Sozialdemokraten erlassen. Das ist durchaus ein Antrieb gewesen, aber Bismarck hat vor allem auch als fürsorgender Gutsherr gedacht und gehandelt. So ordnete er in seinen Gutsdörfern in Pommern 1867 an, die alten alleinstehenden Witwen zu zählen und als jährliches Weihnachtsgeschenk für jede 300 Mark auszus zahlen.

Für sonstige Arme gab Bismarck die gleiche Summe. 1885 wies er aus der Bismarckspende zu seinem 70. Geburtstag 100.000 Mark an, die zur Unterstützung der Armen auf seinen Gütern bestimmt wurden. Die im Laufe vieler Jahre auf seinen Gütern gewachsenen Erkenntnisse haben zweifellos in ganz erheblichem Maße auf Bismarcks Sozialpolitik eingewirkt, und diese wurde dann auch auf die Städte mit der beginnenden Industrialisierung übertragen.

Beim zweiten Beispiel für die Verknüpfung von Bismarcks Herkunft als Gutsherr und als mit der Natur und dem Wald innig verbundenen Menschen ist die Frage zu stellen, ob und wie sich seine Regierung hinsichtlich einer die Natur betreffenden Gesetzgebung ausgewirkt hat.

Betrachtet man die außerordentlich bewegte, teilweise geradezu hektische Zeit von 1862 bis 1871 und bis zu seiner Entlassung 1890, so könnte man meinen, dass für das damals abwegige Thema des Naturschutzes weder Zeit noch Interesse vorhanden gewesen wäre. Umso mehr er-



Seine Passion: „Bismarck mit seiner Dogge im Sachsenwald“, Öl auf Leinwand, 68 mal 52,5 Zentimeter. Signiert und datiert unten rechts: C. Röhling Sachsenwald 1898

staunt es, dass unter dem 22. März 1888 für das Deutsche Reich ein „Gesetz betreffend den Schutz für Vögel“ erlassen worden ist. Es dürfte das erste deutsche Reichsgesetz und weltweit eines der ersten Gesetze derartigen Inhalts gewesen sein.

Wie weit Bismarck an diesem Gesetz mitgewirkt hat, ist bisher nicht recherchiert worden. Mit Sicherheit entspricht es aber ganz und gar seinen diesbezüglichen Einstellungen, Hinweisen und vor allem seiner Liebe zu den Singvögeln. Auf jeden Fall war er als Reichskanzler für dieses Gesetz verantwortlich und hat davon Kenntnis gehabt.

Stets Pommern verbunden

„Otto von Bismarck aus Pommern“, so unterschrieb im Mai 1832 der spätere Staatsmann ganz selbstverständlich als frisch eingeschriebener Student in Göttingen. Während seines langen Lebens blieb er dem Land an der Ostsee stets verbunden. Geboren wurde er allerdings als Nachkomme einer Uradelsfamilie aus der Altmark im heutigen Sachsen-Anhalt am 1. April 1815 auf dem Gut Schönhausen an der Elbe. Aber nicht dort, sondern auf dem Gut Kniephof im Kreis Naugard in Hinterpommern verlebte Bismarck ganz

bewusst seine Kindheit. 1816 zogen seine Eltern nach Kniephof. Sein Vater hatte das Gut von einem Vetter geerbt, das seit 1726 im Eigentum der Familie Bismarck war. Dort erfuhr der junge Bismarck seine persönliche Prägung. Er bekannte später einmal selbst: „Man fühlt sich nur ganz daheim, wo man seine Kindheit erlebt hat.“

Nach Referendarszeit und Militärdienst übernahm Bismarck von 1839 bis 1845 gemeinsam mit seinem älteren Bruder Bernhard die Bewirtschaftung der elterlichen Güter Kniephof, Külz und Jarchelin. Nach dem Tode des Vaters 1845 leitete er auch das Stammgut Schönhausen und wird dort Deichhauptmann, sein erstes politisches Amt. In diesen sechs Jahren gelang es ihm und seinem Bruder den gesamten Gutsbesitz zu entschulden und positive Erträge zu erwirtschaften.

Damit kehrte Ruhe in das Landleben ein. Dem umtriebigen Bismarck wurde 1846 ein Angebot für einen hohen Beamtenposten offeriert. Doch Bismarck lehnte ab. Die Freiheit auf dem Lande machte ihn für eine Laufbahn in einem Beamtenapparat ungeeignet. Erst 1847 nach der Heirat mit Johanna von Puttkamer ging er endgültig in die Politik.

Durch Bismarcks politische Tätigkeiten und für seine Verdienste wurde er

1867 in den Grafenstand erhoben und erhielt Dotationen. Durch diese wurde er zu einem der größten privaten Grund- und Waldbesitzer in Preußen und im Deutschen Reich. 1867 nach dem preußisch-österreichischen Krieg bekam er 400.000 Taler mit dem ausdrücklichen Wunsch des Königs Wilhelm I., Landbesitz davon zu erwerben. Und Bismarck wendete sich daraufhin natürlich nach Pommern und erwarb die Herrschaft Varzin mit sieben Kirchdörfern. Er stellte aus Brandenburg den Oberförster Ernst Westphal ein, der auch gleichzeitig Generalbevollmächtigter für den gesamten Gutsbetrieb wurde. Zwischen beiden entwickelte sich ein Vertrauensverhältnis über Jahrzehnte bis zu Bismarcks Tod.

Bismarck war oft wochen- und monatelang in Varzin und hat sich intensiv um die Bewirtschaftung vor allem auch um den heruntergekommenen Wald gekümmert. Im Laufe vieler Jahre stetiger Bemühungen war es ihm gelungen, den Besitz und den Wald in einen respektablen Zustand zu bringen. Später hat Bismarck stolz auf seine forstlichen Aufbauleistungen zurückgeblüht. Gern hat er darüber gesprochen und sich vor allem gefreut, wenn er sachverständige Gesprächspartner hatte. Im Umgang mit dem Wald, mit Alleen, Parks und überhaupt mit Bäumen ging es Bismarck aber keineswegs nur um die Rendite. Es gibt Beispiele, da stellte er die „Schönheit der Schöpfung“, wie er es bezeichnete, über den finanziellen Nutzen. Der Respekt vor der Natur war in ihm fest verankert.

Erst Natur, dann Nutzen

1871 erhielt Bismarck mit der Erhebung in den Fürstenstand den Sachsenwald bei Hamburg in Anerkennung seiner Verdienste um die Reichsgründung. Das sind 6750 Hektar Grundfläche, von denen 90 Prozent Wald ist. Mit Varzin hatte Bismarck nun 10.680 Hektar Wald. Auch hier stellte er einen Oberförster aus Brandenburg ein, Peter Lange hieß er, und übertrug auch ihm die Generalvollmacht über den Gesamtbetrieb. Auch wurde versucht, mit ausländischen Baumarten die Ertragskraft des Waldes zu erhöhen.

Bismarck pflegte enge Kontakte zu John Booth, einem Engländer, der in Flottbek bei Hamburg eine Baumschule betrieb. Dieser lieferte die ersten Pflanzen der Baumart Douglassie, die 1875 auf Versuchsflächen im Sachsenwald angebaut wurden. Noch heute sind von diesen Bäumen Exemplare zu bestaunen mit einer Höhe von 40 bis 45 Metern Durchmesser und in Brusthöhe von bis zu 3,60 Metern. Bismarck hatte zu diesem Thema engsten Kontakt zur damals gegründeten Preußischen-Forstlichen Versuchsanstalt in Eberswalde. Er verkehrte mit den bedeutendsten Forstleuten der Zeit, und diese besuchten ihn oft im Sachsenwald.

● MELDUNGEN

E-Busse, Hafen und Philharmonie

Stettin – Die Häfen von Stettin und Swinemünde verzeichneten in den ersten drei Quartalen dieses Jahres ein Umschlageinbruch auf 23,9 Millionen Tonnen. Damit belief der Rückgang bisher 11,4 Prozent. Betroffen waren Rohstoffe wie Kohle, aber auch Kraftstoffe und Getreide. TS

Greifswald – Noch bis zum 22. November ist in der kleinen Rathausgalerie eine Ausstellung des Pommerschen Künstlerbundes mit Werken des Künstlers Horst-Werner Schneider zu sehen. Die in Lasurtechnik entstandenen Landschaften erinnern an die Romantiker im 19. Jahrhundert. TS

Greifenhagen – Bauarbeiten an der Umgehungsstraße von Greifenhagen brachten Ende Oktober einen etwa 3000 Jahre alten Schatz zutage. Das Problem: Die Finder interessierten sich nur für den Schmuck, nicht für Verwahrung, Ort und Geschichte. Nun ermittelt die Polizei. TS

Misdroy – Vom 21. bis 25. Oktober fand eine Fahrt des Pommerschen Kreis- und Städtetages (PKST) nach Misdroy statt. Im Programm waren Exkursionen nach Stolp, Naugard und Stettin. Der PKST wurde nach Flucht und Vertreibung 1948 gegründet. TS

Hammermühle – Die Sanierung der Kirchen in Wussow und Plötzig wurden etwa drei Monaten früher abgeschlossen. Dabei wurden in Wussow die Kanzel, die Empore und die Kirchenbänke erneuert. Das Dorf war einst im Besitz der pommerschen Familie von Lettow-Vorbeck. TS

Demmin – Am vergangenen Wochenende waren in Demmin vom Fasan bis zum Kanarienvogel etwa 200 prächtige Vögel in der Jahnturnhalle zu sehen. Möglich machte die Züchterausstellung der Ziergeflügel- und Exotenverein sowie die Stadt Demmin. TS

Rummelsburg – Der Aufbau einer emissionsfreien Busflotte ist durch Fördermittel in Höhe von etwa zehn Millionen Euro möglich geworden. Erworben wurden zehn E-Busse. Diese verkehren auf der Strecke Stolp-Hammermühle-Rummelsburg-Rheda-Großendorf-Hela. TS

Stettin – Anlässlich des Jubiläumskonzerts der Stettiner Philharmonie führen am 25. Oktober etwa 300 Deutsche an die Oder. Auf dem Programm stand Joseph Haydns Oratorium „Die Schöpfung“ auf Deutsch. Der neue Philharmoniechef Przemyslaw Neumann zeigte sich höchst erfreut. TS

HERALDIK

Symbol und Hoheitszeichen der Stadt

Schwedisches Erbe in neuem Glanz – Das traditionelle und bis 1938 gültige Wappen kehrt zurück an das Rathaus Stralsund

Der Stralsunder Holzrestaurator Jens Grunwald kennt das historische Hoheitszeichen der Stadt wie kein Zweiter. Seit etlichen Jahren ist er mit der Wartung des Wappens am Rathaus betraut. Nach der letzten großen Aufarbeitung im Jahr 2010 nahm der Tischlermeister das prachtvolle Schwedenwappen alle zwei Jahre unter die Lupe und führt, wenn nötig, immer

wieder kleinere Reparaturen durch. Die umfassende Restaurierung, die jetzt erforderlich war, wusste man deshalb bei ihm in den besten Händen.

Im Zuge der nunmehr abgeschlossenen Instandsetzung des Barockportals demontierten die Denkmalpfleger das Wappen bereits Ende April. Bei der über ein halbes Jahr andauernden Restauration



Kleinarbeit: Jens Grunwald in Aktion

kamen Schnitzarbeiten aus regionalem Eichenholz, Blattgold sowie Öl- und Aluminiumfarben zum Einsatz. Auch die Eisenbeschläge auf der Rückseite musste der Meister entrostet und erneuern. Darüber hinaus wurde das gesamte Westportal des Rathauses mit neuem Putz ausgebessert und mit einem frischen Anstrich umfassend saniert. Insgesamt belaufen

sich die Kosten für die Instandsetzung des bis 1938 gültigen historischen Stadtwappens auf rund 9500 Euro. Die Kosten trägt die Hansestadt Stralsund.

Ab November ist das Große Wappen mit den Wappentieren Schwedens und Pommerns wieder an dem Rathaus der Stadt zu bewundern, nachdem das Gerüst zurückgebaut wird. *Hansestadt Stralsund*

„Im grünen Zirkus läuft das Programm anders ab“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Nur noch die PAZ hat den Mut, den Hass auf unseren Straßen offen zu thematisieren“

Kristin Berger, Langerhagen
zum Thema: „Antisemitismus – die neue Normalität“ (Nr. 42)



Ausgabe Nr. 42

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

NEUER „WESTBEAUFTRAGTER“?
ZU: DER GRÜNEN TRANSFORMATION DROHT DER HERZINFARKT (NR. 42)

Grüner Stahl, grüner Wasserstoff, grüner Strom sind grüner Blödsinn berufsuntfähiger und berufsunwilliger Grüner. Nachdem man nunmehr Milliarden Steuergelder locker gemacht hat, will man sich per Gutachten seitens der Industrie versichern, ob man nicht doch einer Chimäre aufgesessen ist. Ein vernunftbegabter Unternehmer prüft und rechnet erst, bevor er hart erarbeitetes Kapital einsetzt. Im grünen Zirkus läuft das Programm jedoch anders ab. Der Zirkusdirektor mimt den besten Wirtschaftsminister aller Zeiten und führt den Steuerzahler am Nasenring durch die Manege.

Was ist zu tun? Der Souverän, die gesellschaftliche Hauptfigur in der deutschen Tragödie, sollte sich zwingend mit der Dialektik eines unserer größten Denker auseinandersetzen.

Was kann ich wissen? Die Fotosynthese ist die Lebensgrundlage auf unserem Planeten, mithin ist der CO₂-Ablasshandel ein gigantischer Betrug. Was soll ich tun? Nichts leichter als das, Vernunft und Verstand walten lassen. Was kann ich hoffen? Dass der Kodex der wissenschaftlichen Integrität die Oberhand gewinnt. Hierzu wäre die Berufung eines „Westbeauftragten“ hilfreich.

Klaus Hermann Konrad Baumgart, Hamburg

AUF LINKEM AUGE BLIND
ZU: DAS GEDENKEN AN DEN HAMAS-TERROR GERÄT ZUR FARCE (NR. 41)

PAZ-Chefredakteur René Nehring bringt es auf den Punkt. Bereits Mitte 2018 wurden in einer Online-Umfrage der EU-Grundrechteagentur FRA 16.395 Juden in zwölf EU-Ländern zu ihren Alltagserfahrungen mit Antisemitismus befragt. Das Ergebnis zeigt, dass die überwiegende Anzahl der Angriffe von Muslimen ausgeht.

Die Teilnehmer nannten als häufigste Tätergruppen radikale Muslime (30 Prozent), gefolgt von Menschen aus dem linken politischen Spektrum (21 Prozent), Arbeits- oder Schulkollegen (16 Prozent), Menschen aus dem Bekanntenkreis (15 Prozent) und erst dann Personen mit rechtsextremen Ansichten (13 Prozent).

Warum Politiker wie Innenministerin Nancy Faeser in ihrem Kampf gegen „Rechts“ auf diesem Auge blind sind, wäre eine Untersuchung wert.

Andreas Orth, Riegelsberg

KEIN PLATZ FÜR STÖRENFRIEDE
ZU: JOURNALISTEN LADEN ZUR KONFERENZ (NR. 41)

Ein zutiefst schönes, sonniges Bild zeichnet die PAZ von der Bundespressekonferenz, so völlig rein und makellos. Da passt eine Geschichte wie die von einem Boris Reitschuster nicht mit rein. Mit seinen fortwährend kritischen Fragen an die Regierungsvertreter störte er die gesellige Atmosphäre. Denn laut Wikipedia betreibt er „Desinformation und Propaganda“, ganz im Gegensatz zu den linientreuen Edelfedern des Mainstream-Journalismus. Aus Sicht einer WDR-Chefredakteurin war er „ein einzelner Provo“. So war es nur folgerichtig, diesen Störenfried 2021 auszuschließen. Mit seinem auswärtigen Wohnsitz fand sich schnell eine passende Begründung.

Oder man denke an die Zeit des Maskenzwangs während der verkündeten Corona-Pandemie – aus meiner Sicht der größte IQ- und Charakter-Test unserer bisherigen Geschichte. Während die braven Pressevertreter unten im Podium sich gegenseitigen übertrafen im Grad der maximalen Verhüllung, um so zu zeigen, wie ernst man die ganze Sache nimmt, thronen oben im Präsidium die Regierungsvertreter mit offenem Gesicht.

Welch ein eindrucksvolles Zeichen, wie selektiv so ein Virus vorgehen kann. Und auch ein schönes Symbol dafür, wie die Machtverhältnisse in dem Haus gestaltet sind. *Henrik Schulze, Jüterbog*

GRÜNE UMWELTROMANTIK
ZU: STREITTHEMA ISEGRIM (NR. 41)

Es war eigentlich von Anfang an klar: Der Wolf muss eines Tages bejagt werden. Grundsätzlich, glaube ich, gibt es eine Lebensberechtigung für den Wolf in Deutschland. Aufgrund der Begleitfaktoren ist aber eine unendliche Ausbreitung des Wolfes nicht sinnvoll, sondern muss durch Bejagen der wachsenden Wolfspopulation kontrolliert werden. Mit grüner Umweltromantik und bürokratischen und teuren Lösungen wird das Problem aber sicher nicht gelöst.

Peter Wendt, Hamburg

EMPÖRUNGSWELTMEISTER
ZU: EINE PARTEI IM ABWIND (NR. 40)

Die Flucht- und Panikreaktionen der Grünen nach den jüngsten Wahlschläppen und dem aktuellen Umfragetief der Partei zeigen, wie ratlos und inhaltlich entleert die Führungsriege agiert, wenn man nun schon verzweifelt versucht, sich für „rechte“ Wählergruppen zu öffnen.

Haben die Grünen überhaupt noch eigene Inhalte? Nichts ist mehr vor der rebellischen und anti-autoritären Ökopaartei der 1980er Jahre übrig geblieben, welches die heutige Liebe der Grünen zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und zu Verböten beweist. Jenseits der Klimaapokalypik und irrsinnigen Maximalforderungen unterscheiden sich die Grünen – als einst „populistische“ Partei – nicht mehr von den anderen „staatstragenden“ Parteien, was deren eigentliches Problem darstellt: Die Grünen provozieren nicht mehr, aber sind Weltmeister darin, empört zu sein. Den heute verteuflerten „Populismus“ haben sie AfD und BSW überlassen.

Gleiches trifft auch auf die Friedenthematik und die Gesellschaftskritik zu. Wozu braucht es heute überhaupt noch diese Grünen? Dazu kommt noch, dass es keine glaubwürdigen und beim Wähler

beliebten Zugpferde in der Partei mehr gibt, da nach dem Abgang der Parteivorsitzenden Riccarda Lang/Omid Nouripour nur die Wahl zwischen einer mehr als ungeschickt agierenden Außenministerin und einem gescheiterten Wirtschaftsminister übrig bleibt. Der ehemalige „Hans-Christian Ströbele von rechts“ in der Partei, Boris Palmer, wurde wegen angeblicher „rassistischer“ Äußerungen von dieser abgesägt, obwohl dieser als „grüner“ Tübinger Oberbürgermeister sehr beliebt bei den Bürgern ist. Verkörpert Habeck den Funktionär und Spieß, lebt Palmer ein anderes grünes Programm aus konservativen und ökologischen Elementen schon lange vor. Vielleicht wäre es ja Zeit für das „Bündnis Boris Palmer“.

Es wäre eine „Grüne Rechte“, welche zeitgemäß und inhaltlich glaubwürdig wieder beim Wähler punkten kann, was man bei Habeck und seinem Anhang stark bezweifeln kann. *Marcel Jacobs, Hamburg*

UNGESCHRIEBENE GESETZE
ZU: DAS GEFÄHRLICHE SPIEL MIT DEN REGELN DER DEMOKRATIE (NR. 40)

Besten Dank für Ihren Artikel! Dank vor allem deswegen, weil ich Ihre Argumentation, obwohl sie naheliegt, noch nicht in einem anderen Medium gelesen oder gehört habe. Dabei sind die Regeln der Demokratie, also die ungeschriebenen Gesetze im Unterschied zu den schriftlich niedergelegten, an vielen Stellen bekannt, in Einzelfällen ist sogar auf eine schriftliche Verfassung verzichtet worden.

Neu sind die ungeschriebenen Gesetze, also die *ágraphoi nómoi*, wirklich nicht, sondern haben von ihrem Anfang an in Athen keine unwichtige Rolle gespielt. Eine zusätzliche Peinlichkeit ist es, wenn die Bundestagsmehrheit diese ungeschriebenen Gesetze nur auf der rechten Seite außer Kraft setzt, nicht aber auf der linken. Auf diesem Hintergrund ist die „unerklärlich hohe Stimmenzahl“ der AfD nicht zuletzt zu erklären.

Dr. Friedrich Kuntz, Haßloch

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

DEUTSCHE IN DEN USA

Das Wurstfest im texanischen New Braunfels

Seit 63 Jahren werden Wurst, Brezel, Polka und viel „German Gemütlichkeit“ zelebriert – Im letzten Jahr kamen 240.000 Besucher

VON JENS EICHLER

Everything's bigger in Texas! So lautet der Slogan des größten US-Bundesstaates im Süden der USA. Und es stimmt tatsächlich – hier im Land der Cowboys, Weiden, Rinderfarmen, Ölpumpen und -felder sowie der schier unendlichen Weiten scheint wirklich alles größer als woanders zu sein. Die größten Donuts, die größten Steaks, die dicksten Trucks, die fettesten Burger, und das größte Rathaus haben sie hier auch. Das texanische Capitol in der Hauptstadt Austin ist sogar größer als das in Washington. Darauf sind die Texaner besonders stolz.

Und noch etwas haben sie hier, das größer ist: das größte deutsche Fest außerhalb der Bundesrepublik. Nämlich das „Wurstfest“ in New Braunfels, einem kleinen – jedenfalls für amerikanische Verhältnisse – von deutschen Immigranten im Jahr 1845 gegründetes Städtchen nördlich von San Antonio und südlich von Austin gelegen. Gut 100.000 Einwohner zählt die City mit dem erkennbar deutschen Namen (Neu Braunfels). Hier geht es an sich recht beschaulich, eher etwas ruhiger zu. Doch genau das ändert sich schlagartig zu Beginn eines jeden Novembers – jedes Jahr seit 1961. Dann geht's hier rund. Dann ist Stimmung total angesagt und die ganze Stadt bebt regelrecht vor Feierlaune, oder wie es zu dieser Zeit hier heißt: „Ein Prosit auf die German Gemütlichkeit“ – das Ganze natürlich mit „rollendem R“ und amerikanischem Akzent. Und da ja in Texas, wie erfahren, alles „bigger“ ist, klingen auch die Worte „Prosit“ und „German Gemütlichkeit“ nochmal breiter und extra derb-amerikanischer.

Seit 1961 im Glanz der Wurst

In den beschaulichen Anfängen zu Beginn der 1960er Jahre verirrt sich nur wenige Menschen in eine zeltähnliche Markthalle. Das Wurst-Event diente nämlich 1961 ursprünglich nur einen Zweck: Es ging sprichwörtlich um die Wurst und war ein Wirtschaftstreffen der ortsansässigen Schlachter und der Vertreter der lokalen fleischverarbeitenden Industrie. Initiator war der Boss der Fleisch-Lobby, Edgar Alfred „Ed“ Grist, der als promovierter Veterinär nicht nur erster seiner Fakultät in Stadt und Gemeinde war, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg auch für die Reinheit und Qualität des Fleisches zuständig. Und bei diesem Treffen boten die Metzger und Fabrikanten halt so ganz nebenbei ihre Waren und Produkte an.

Bereits 1967 zog man aufgrund der immer positiveren Resonanz in die Wursthalle auf dem Lana Park-Gelände. In nur fünf Jahren war auf einmal aus einem unspektakulären Wursttreffen ein fröhliches Volksfest geworden. Zudem erinnerte man sich an die eigenen deutschen Wurzeln der Stadt. Was also lag näher, als der Festivität einen deutschen Anstrich zu verpassen? Neben der besagten Wurst, ein Lebensmittel, das nach Ansicht der meisten Amerikaner kaum deutscher als deutsch sein kann, wurden fortan ebenso Rouladen, Schnitzel, Schinken sowie literweise Bier angeboten und ausgeschenkt. Tataaa! Eine Institution war geboren. Und so wurde das Wurstfest über die Jahre hinweg zum größten deutschen Volksfest in den USA. Betonung auf „das größte ...“, denn bekanntermaßen ist ja alles in Texas größer – somit auch die Volksfeste.

Im vergangenen Jahr besuchten rund 240.000 Menschen die Festivität, die sich auch in diesem Jahr vom ersten bis zum 10. November wieder auf die ebenso hungrige wie durstige Besuchermeute freut. „Wir können es kaum noch erwar-



Hier fliegen die Würste ins freudige Publikum: Auf dem Wurstfest ist bei Blasmusik und Bier gute Laune zu Hause Foto: imago Life

ten, bis es endlich wieder losgeht!“, lacht Scott Krueger, selbstständiger Innendesigner aus dem 30 Fahrminuten entfernten San Antonio. Scott und seine Frau Nellie kommen schon seit Jahren im November ins niedliche New Braunfels. „Das Bier schmeckt lecker, die Würste sowieso und dazu herrscht hier eine großartige Stimmung. Die Musik ist so lustig, die Tänze auch, und alle sind gut drauf. In Deutschland muss es wunderbar sein, wenn die Menschen so feiern können wie hier auf dem Wurstfest“, lacht er und winkt mit einem Stapel Getränkemarken. Die muss man nämlich beim Eintritt extra kaufen, weil an den Ausschankstellen kein Geld oder Kreditkarten angenommen werden.

Nur die „Fressalien“ zahlt man gleich und bar vor Ort. Und damit das Kleingeld niemals ausgeht, sind an gefühlt jeder Ecke auf dem Gelände ausreichend viele Geldautomaten aufgestellt worden. Der Eintritt und damit Zutritt zum Gelände kostet aktuell zwischen 18 und 25 Dollar für ein Tagesticket, je nachdem, wann man mitfeiern will. Sonnabends ist es mit 25 Dollar am teuersten, weil dann auch am meisten los ist und die Bands es auf den vielen Bühnen so richtig krachen lassen.

Stimmungsland Deutschland

Ja, es sind viele deutsche Töne auf dem Wurstfest zu hören. Die meisten an diversen Verkaufsständen, wo so mancher Auswanderer typisch deutsche Waren anbietet. Von der echten, originalen Kuckucksuhr (manche auch mit „Made in China“-Etikett) über Spitzen- und Klöppeldecken bis hin zur Trachtenlederhose, Hüte, Mützen, Hosenträger oder anderer Souvenir-Schnickschnack.

Auch immer mehr deutsche Touristen kommen in den vergangenen Jahren in den Lana Park, der mittlerweile von den Organisatoren fest gepachtet ist, selbst wenn im restlichen Jahr auf dem Gelände, an dem ein kleines Flüsschen vorbeizieht, nichts los ist. Der Lana Park ist fest in Wurstfesthand und nur dafür da, um hier an zehn Tagen im Jahr – man muss es so sagen – die Sau rauszulassen. Die „German Gemütlichkeit“ zieht wie ein Magnet Menschen fast aus aller Welt an, wenn auch etwas erklärend wie bei Scott. Als ihm erklärt wird, dass in Deutschland wegen grüner Ideologie, die von der Presse kräftig unterstützt wird, immer weniger Fleisch verzehrt wird, dafür aber Hafer-

milch, vegane Kost und Fleischersatzprodukte auf dem Vormarsch sind, kann er es kaum fassen. „Aber das ist doch so schön und macht so viel Spaß!“, entgegnet er kopfschüttelnd und fügt lachend hinzu: „Und schmecken tut es außerdem auch. Gibt's denn wenigstens noch Sauerkraut?“ Ist nicht mehr so richtig bei jungen Deutschen in Mode, wird ihm mitgeteilt, was er fast nicht glauben will.

Polka-Truppe aus Schlesien

Für Spaß wird auf dem Wurstfest gleich massenhaft gesorgt. Und da die Amis Klischees lieben, wird ihr ohnehin kurioses Bild von den Deutschen und Deutschland per se gleich noch weiter gefestigt. Schwarzwaldhütchen, Dirndtkleid, Lederhose – so oder so ähnlich sieht für den Durchschnittsamerikaner im Hinterkopf ein durchschnittlicher Deutscher aus – vom Bodensee bis ins tiefste Preußen. Deshalb dominieren auch weiß-blaue Far-

thing's bigger in Texas – auch die Humpen als Pitcher!

Und wer genug Gerstensaft intus hat, der macht dann in einem der vielen großen Bierhallen und -Zelte so richtig Ratz. Auf dem Tanzparkett zu Schunkelmusik, schmissigen Blaskapellenliedern und dem allgemein bekannten deutschen Stimmungsliedgut. Zwischendurch erschallt immer wieder der Ruf „Zickezacke, zickezacke, hoy, hoy, hoy! Hoch die Tassen!“ Und schon wandern Humpen, Pitcher oder Plastikbecher an die bierfeuchten Lippen. Klar, gejojelt wird auch zwischendurch – original natürlich – mit frisch importierten Kehlkopfkünstlern aus Bayern oder Österreich (Achtung! Gefühlt gehört die Alpenrepublik für den schlichten Ami eher zu Bayern).

Auch die Blasmusik ist original, teilweise sogar Wiesn-erfahren vom Oktoberfest in München. Quasi zur Abkühlung treten zwischendurch auch mal ein paar



Wurstspieß mit diversen Spezialitäten – für Wurstfestfans ein delikater Höhepunkt

ben (von den üblichen Stars-and-Stripes-Flaggen einmal abgesehen), die für auffallend bayerisches Ambiente sorgen, dazu Seppelhüte, viele karierte Hemden sowie fesche Dirndl. Nur das Bier wird noch am liebsten in amerikanischer Sitte aus dem Pitcher getrunken. Das ist ein Krug mit Ausguss, der knapp zwei Liter Bier oder eine halbe amerikanische Gallone fasst. Wer braucht da schon einen kleinen Einliter-Humpen? An dieser Stelle sei daher noch einmal an den Slogan erinnert: Ever-

Texasbands auf, die ein bisschen Southwestern Rock oder flotten Country zum Besten geben. Sonst die Renner und Reißer, müssen sie sich aber diesmal mit der zweiten Reihe begnügen, denn die unangefochtenen Stars sind eben Bläser, Schuhplattler und andere Volksmusikanten „Made in Germany“. Selbst so manche Polka-Truppe aus Böhmen und aus Schlesien enterte schon die texanische Bühne unter Jubel und Gejohle. Alles, was deutsch klingt, schmeckt und duftet ist an

den Tagen des Wurstfestes halt ein Hit. Und weil es auf dem Wurstfest um die Wurst geht, ist die auch in allen Variationen zu haben – vom Grill, vom Rost, gebrüht, gebraten, gegrillt, mit Käse, mit Kräutern, mit Knoblauch, mit Speck, mit ... die Auswahl ist schier grenzenlos. Und der Genuss daran ebenso, wie die T-Shirt-Aufschrift eines Wurstfest-Besuchers dokumentiert, auf dessen Brust zu lesen steht: Jesus loves me – and my Wurst! Na, dann kann ja nichts mehr passieren. „Ich weiß gar nicht, wie viele Wurstsorten und Fleischgerichte wir auf dem Wurstfest im Angebot haben. Gute Frage, dass muss ich einmal in Erfahrung bringen“, gesteht New Braunfels' Bürgermeister Neal Linnartz und beißt voller Genuss in ein perfekt geröstetes Prachtwurstexemplar, eine Mischung aus Schwein, Rind und ganz viel Speck. Und dazu gibt's natürlich „Pretzels“. Das sind die amerikanischen Verwandten der süddeutschen Brezel aus Laugenteig. An Wurstfesttagen ein kulinarischer Renner.

Wenn „Danish“ deutsch ist

Apropos Renner – so einen hat Scott jetzt auf dem Kopf. Denn Seppel-Hüte mit künstlichem Gamsbart sind schwer angesagt bei den Amerikanern, die sonst lieber ihre Baseballkappen tragen. Nein, heute ist „Seppelhut-Day“ – und die am liebsten mit witzigen Pins am Hutband verziert. Darauf zu sehen ist alles, was auch nur mit Deutschland und dem Oktoberfest im Entferntesten Ähnlichkeit haben könnte. Bierkrüge, Edelweiß, Berglandschaften, deutsche Fahnen – ja, die sieht man hier in einer großen Anzahl, wie sie in Deutschland selbst am 3. Oktober nicht aufgehängt werden. In Texas mag man eben alles Deutsche. Wenngleich die Kuchenstücke nichts mit deutscher Backkunst zu tun haben. Auch wenn die Festtagsbude „Deutsche Bäckerei“ heißt. Gut gedacht, weniger gut gemacht. Denn verkauft werden „Danish“-Teile. Wie es der Name schon selbst sagt: „Dänisch“ und Dänemark gehört nun mal nicht zu Deutschland. Als das Verkäuferin Lizzy erklärt wird, kommt als Antwort ein Lachen und „Schmecken aber trotzdem gut!“. Stimmt, denn der herz hafte Biss in den süßen Kopenhagener unterstreicht den Aussage-wahrheitsgehalt der lustigen Bäckersfrau.

Schnitzel on a stick, Jumbo-Burger und Corn Dogs – all diese typisch amerikanischen Speisen stehen auf dem Wurstfest ebenso zur Auswahl. Und so beschleicht einen fast unfreiwillig das Gefühl, dass es sich bei diesem gigantischen Volksfest um eine Art Oktoberfest mit amerikanischer Attitüde handelt. Der Mix macht's eben.

Ob in den Zelten oder draußen an den zahlreichen Biertischgarituren – die Texaner und alle Gäste von New Braunfels haben Spaß. Da wird das Maßkrugstemmen beinahe zum Kinderspiel. Stramme Kerle und echte Cowboys halten am ausgestreckten Arm einen vollen Maßkrug vor sich. Wer es am längsten aushält, hat gewonnen. Und bei so manchem verzieht sich das Gesicht schon zunehmend schmerz erfüllt und überanstrengt nach bereits wenigen Sekunden. Ja, so ein voller Bierhumpen ist schwer. Aber was tut man nicht alles für die verlockende Aussicht, den Rest des Tages mit ordentlich Freibier feiern zu können.

Der perfekte Mix aus amerikanischer Coolness, Freundlichkeit und Lebensspaß gemixt mit deutscher Tradition, Qualität und Gaumenfreuden, dabei kann doch nur etwas Großartiges herauskommen. Etwas, das so groß ist wie das Wurstfest oder wie es in wohl Texas heißen würde: Nothing's bigger than Wurstfest!

● FÜR SIE GELESEN

Wesentliche Lebensfragen

Der 1953 in Danzig geborene Journalist und Autor Johann A. Sajdowski hat in seinem neuen Werk mit dem Titel „Was Sache ist. Intellektuelle Inspirationen“ in aphoristischer Form Ideen, Gedanken sowie philosophische Exkurse rund um die wesentlichen Fragen zur menschlichen Existenz („Wer bin ich, was ist der Mensch, was soll ich tun?“) zusammengefasst.

Sein Abitur legte Sajdowski an der von Jesuiten geleiteten Hamburger Sankt-Ansgar-Schule ab, deren Wahlspruch er übernahm: „Nec temere, nec timide“ („Weder unbesonnen noch furchtsam“). Wiederum stehen diese Zeugnisse einer jahrzehntelangen Sinnsuche in der Spannung zwischen Reflexion und Lebenskontext. Übergeordnet sind Fragestellungen, die Philosophen seit jeher erörtert haben, beispielsweise: „Was ist Natur und wie ist das Verhältnis zum Menschen?“

Auf Bitten des Autors („Der Laie fragt...“) äußerte sich zu speziellen Themen ein ihm bekannter Philosophieprofessor namens Hermann, der anonym bleibt. Seine Ausführungen finden sich in den Exkurskapiteln 1 bis 15. Zugrunde liegen nach Angaben Sajdowskis 30 Jahre philosophisches Nachdenken, „tausende Bücher, hunderte Gespräche und Diskussionen“, deren Niederschlag jeweils chronologisch geordnet präsentiert wird.

Jedoch beeindrucken ihn nach eigenen Angaben die Antworten der Philosophie zunehmend weniger, verursachen gar Unmut, während sein Interesse für Religion und Glaubensfragen überhandnahmen.

Dagmar Jestrzemska

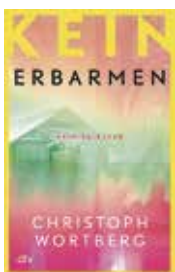


Johann A. Sajdowski: „Was Sache ist. Intellektuelle Inspirationen“, United p.c. Verlag, Neckenmarkt 2023, broschiert, Großdruck, 442 Seiten, 32 Euro

Ein Mörder auf freiem Fuß

Katja Sand, die Ermittlerin der Münchener Mordkommission, wird zu einem Tötungsdelikt gerufen, bei dem zwei Justizbeamte kaltblütig erschossen worden sind. Der Täter kann nur der Insasse des Gefangenentransporters gewesen sein. Dieser ist für Sand kein Unbekannter. Sie hat ihn vor vielen Jahren angeschossen und dafür gesorgt, dass er hinter Gitter kam. Fieberhaft suchen die Polizisten nun nach dem Mörder Martin Wolf. Sie gehen davon aus, dass er seine damalige Beute von seinem Komplizen einfordern wird, aber befürchten auch, dass er sich an der Kommissarin Sand rächen wird.

Christoph Wortbergs Krimi „Kein Erbarmen“ ist flüssig und realistisch geschrieben und gibt Einblicke in die seelische Verfassung der Kommissarin. Der Autor ist ausgebildeter Schauspieler und Drehbuchautor, unter anderem für den Kölner „Tatort“. A. Selke



Christoph Wortberg: „Kein Erbarmen“, Dtv, München 2024, Taschenbuch, 319 Seiten, 12,95 Euro

BILDBAND DER WOCHE



Wo Frankreich mit Schönheit lockt

Die französische Atlantikküste lädt mit ihren 1000 Kilometern Sandstrand zum Baden und Surfen ein. Daneben gibt es Radvergnügen auf der Vélodyssée-Route und edle Tropfen in Bordeaux, der Hauptstadt des Weins

Natur und Idylle neben romantischen Altstädten sowie modernes Leben lässt sich an der französischen Atlantikküste zwischen Nantes und Bayeux entdecken. Der neue „DuMont-Bildatlas Französische Atlantikküste“

schildert mit zahlreichen Bildern und magazinartigen Texten alles Wissenswerte über die vielseitige Region im Nordwesten Frankreichs. Kartenausschnitte mit Erläuterungen ergänzen die Informationen. MRK

DuMont Bildatlas: „Französische Atlantikküste“, DuMont Reiseverlag, Ostfildern 2024, broschiert, 122 Seiten, 11,95 Euro

POLITIK

Ein Potpourri von Anglizismen

Der Manager und Ex-FDP-Abgeordnete Thomas Sattelberger prangert in seinem Buch „Radikal neu“ das Mittelmaß in Politik und Wirtschaft an

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die sogenannte Elite in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft hat die Bundesrepublik derart gegen die Wand gefahren, dass Deutschland mittlerweile als „kranker Mann Europas“ gilt. Ungeachtet dessen wollen uns zahlreiche Angehörige dieser Elite nun in immer neuen Publikationen erklären, wie man die Karre wieder aus dem Dreck ziehen könnte. In diese Kategorie fällt auch das Buch „Radikal neu“ von Thomas Sattelberger.

Der Autor, der sich beim Schreiben von dem Kommunikationsberater und Wahlkampfmanager Jan Dermietzel assistieren ließ, war unter anderem Personalvorstand beim Reifenhersteller Continental und der Deutschen Telekom sowie Leiter des Bereichs Konzern-Führungskräfte und Personalentwicklung bei der Lufthansa. Dabei tat er sich als Verfechter des „Diversity Managements“ hervor und initiierte die Einführung der Frauenquote im Telekom-Vorstand. Außerdem saß Sattelberger für die FDP im Deutschen Bundestag und stieg zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung auf – ein Amt, das er im Mai 2022 niederlegte.

Und genau diese Führungspersönlichkeit will jetzt einen „schonungslos kritischen Insiderblick“ auf die bundesdeutsche „Mittelmaßkultur“ liefern, um dann zur Diskussion der „Tugenden, Sünden, Lehren und Erfahrungen“ in den Bereichen Wirtschaft und Politik überzugehen,

bevor im letzten Drittel des Buches die „Zukunftskonzepte“ folgen. Natürlich braucht Deutschland solche Konzepte, wobei sich freilich die Frage stellt, ob ein Vertreter des politischen Auslaufmodells FDP hier tatsächlich der passende Ideengeber sein kann, zumal das, was Sattelberger als „radikal neu“ anpreist, vielfach nur ein Potpourri von Anglizismen ist, hinter denen sich Altbekanntes verbirgt. Dafür stehen beispielsweise Kapitel wie „Skill-Shift statt Jobabbau“, „Growth Mindset contra Fixed Mindset“ und „Science Leadership statt Hochschultechnokratie“.

Andererseits hat Sattelberger in etlichen Punkten recht, und wenn er sein Fachwissen über den deutschen Politikbetrieb oder das Treiben in den Vorstandsetagen der Konzerne hierzulande ausbreitet, ist das Buch sogar streckenweise spannend. Doch wie gesagt: Der radikale Neuanfang, den die Bundesrepublik tatsächlich dringend benötigt, wird von Vertretern anderer Parteien und anderen Köpfen als Sattelberger bewerkstelligt und intellektuell begleitet werden müssen. Er und seinesgleichen hatten ihre Chance, aber diese Chance wurde in der Vergangenheit wieder und wieder vertan.



Thomas Sattelberger: „Radikal neu. Gegen Mittelmaß und Abstieg in Politik und Wirtschaft“, Herder Verlag, Freiburg 2023, gebunden, 317 Seiten, 25 Euro

DIPLOMATIE

Staatsräson statt kritischem Blick

Der Historiker Frank Bösch untersucht das Verhältnis demokratischer Staaten zu Diktaturen von der Adenauer-Ära bis zur politischen Wende

VON DIRK KLOSE

Wie sollen sich Demokratien gegenüber Diktaturen verhalten? Sich strikt abzugrenzen oder mit „Wandel durch Handel“ eine Verbesserung der Lage verfolgter Menschen zu erreichen suchen? Fast alle Länder des Westens handelten nach der zweiten Devise, auch Deutschland. Als ein auf Rohstoffe und Exportmöglichkeiten angewiesenes Land stellte es die Ideale der Demokratie oft hinter nüchterne Staatsraison zurück.

Der Potsdamer Zeithistoriker Frank Bösch hat eine umfassende Untersuchung über die Beziehungen der Bundesrepublik zu diktatorisch regierten Staaten vorgelegt, wobei er statt „Diktaturen“ den heute eher üblichen Begriff „Autokratien“ verwendet. Zeitlich reicht sie von der Adenauerzeit bis zur „Wende“. Auch Europa ist dabei, das Spanien Francos, das Portugal Salazars und die griechische Militärjunta von 1967 bis 1974, dann natürlich der Ostblock inklusive der DDR.

Spannend sind die Kapitel zu Ländern der Dritten Welt. In der Ära Adenauer kamen als erste Staatsgäste der Schah von Persien, dessen Ehefrau Soraya und später Farah Diba die die Deutschen verzauerten, dann als Erster der exotischen Glanz vermittelnde Kaiser Haile Selassie aus Äthiopien. Über demokratische Mängel wurde hinweggesehen, die meisten Länder seien eben „noch nicht so weit“.

Mit der Etablierung der Bürgerbewegung Amnesty International änderte sich

das allmählich. Gefangenschaft und Folter politischer Gegner rückten in den Vordergrund und zwangen die Politik zu sensiblen Reaktionen. Als der südkoreanische Geheimdienst 1967 den Komponisten Isang Yun aus Berlin verschleppte, war die Entrüstung so einhellig, dass Yun schon bald zurückkehren konnte. Als 1973 in Chile das Militär unter Pinochet putschte, solidarisierten sich Bund und Länder in seltener Einmütigkeit. Andererseits blieb man gegen Mobutu und Gaddafi in Libyen immer wieder tolerant. Das Auswärtige Amt vermittelte, half wohl auch. Es war eine, so schreibt der Autor, „pragmatische, auf Wirtschaftsinteressen bedachte Diktatoren-Diplomatie“.

Mit diesem beispielhaft soliden Buch betritt die Zeitgeschichtsschreibung Neuland. In unseren Tagen sind Wirtschaft und Handel nicht mehr von Menschenrechtsfragen zu trennen, ja die innere Politik fast eines jeden Staates berührt unmittelbar das internationale Geschehen. Als Historiker bringt der Autor eine Fülle von Fakten und lässt nur gelegentlich Kritik am Auswärtigen Amt anklingen. Ein endgültiges Urteil überlässt er dem Leser.



Frank Bösch: „Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik“, C.H. Beck Verlag, München 2024, gebunden, 622 Seiten, 32 Euro

ERHALTEN UND GESTALTEN

Frauenpower auf Ostpreußisch

Die Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen verjüngt sich

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Die 70. Werkwoche sollte ganz besonders schön werden, und das hat funktioniert. Es gab Geschenke, liebe Worte, herzliche Umarmungen und ostpreußisches Kulturgut. Nicht nur Sticken, Weben, Stricken und Trachtenschneidern, nein, es wurde auch getanzt und gesungen. Wie jedes Jahr wurde sich rege ausgetauscht über die eigenen Familiengeschichten und den eigenen Werdegang. Dies alles in Verbindung mit dem fast meditativen Handarbeiten macht die Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen, gefördert durch die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“, so besonders. Für diese Veranstaltung unter der Leitung von Hannelore Mosbacher wird der Urlaub geplant, der Laden geschlossen, Ersatz gefunden für die zu pflegenden oder zu betreuenden Angehörigen, neun Stunden oder mehr Anreisezeit werden in Kauf genommen, um sieben Tage lang zusammenzukommen.

Hier ist das Ostpreußische wirklich lebendig. Ganz besonders erfreulich war der gesunkene Altersdurchschnitt. Aus Allenstein kamen drei junge Marjellchens, die mit ihrer Wissbegierde, ihrem Talent und ihrer Freude eine gute Dynamik in die Politische Bildungsstätte in Helmstedt trugen.

Auch Männer dürfen teilnehmen

Viele der Teilnehmerinnen, aber auch Männer dürfen sich anmelden, kommen schon seit Jahrzehnten. Sie tragen das gesammelte Wissen an die neueren Teilnehmerinnen heran, und zwar ganz ungezwungen, freiwillig und mit leuchtenden Augen. So etwas hat Christa Höpner, sie führt ein Wollgeschäft mit dem schönen Namen „Wollgemacht“ in Burg auf Fehmarn und hat schon diverse Strickkurse besucht, in dieser großherzigen Art noch nie erlebt. Hier sitzt keiner auf seinem Wissen. Wenn etwas nicht klappt, wird ausprobiert, zur Not zurückgestrickt oder -gewebt. Hat jemand eine gute Erfahrung mit einer Abwandlung gemacht, wird diese benannt, gezeigt und umgesetzt. So konnte die Teilnehmerin Edeltraut Hesse ihre Erfahrung bezüglich der unglaublich warmen Schlaufenhandschuhe weitergeben. An den Schlaufen bleiben ihre Enkel beim Anziehen nämlich durchaus mal hängen und zogen damit die Herzchen aus dem Handschuh heraus. Um das zu verhindern, strickt sie jede dritte Reihe fest, so kann nichts passieren. Die Idee wurde sogleich umgesetzt und erleichterte schon allein das Stricken, weil man nicht immer befürchten musste, die mühevolle



Zum ersten Mal am Webstuhl: Sabina aus Allenstein probiert verschiedene Muster aus, mit dabei ist das Smartphone zum Auszählen der Fotovorlage *Fotos (4): CRS*

Arbeit aufgrund einer Unachtsamkeit von vorn beginnen zu müssen.

Einen ganz besonders angenehmen Zuwachs bekam die Trachtenschneider-Gruppe um Marianne Kopp. Eine Mutter mit ihrer 14-jährigen Tochter reiste nach Helmstedt, um für sich ein ostpreußisches Trachtenkleid zu nähen. Kein einfaches Unterfangen, schon allein die Farbwahl braucht seine Zeit. Aber die Werklehrerin stand mit ihrem geballten Wissen zur Verfügung, gab Anleitung und aufmunternde Worte, wenn mal eine Paspel zu großzügig geheftet wurde. Sie hat sich auch die gespendeten Kleider angeschaut. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Spender und der erneute Aufruf: Sollte jemand ein Trachtenkleid nicht mehr tragen, können sie in der Werkwoche weitergegeben werden. Selbst beschädigte Kleider können aufgetrennt und Teile der wertvollen Stoffe weiterverarbeitet werden. Auch Webrahmen oder Bandweben finden bei den fleißigen Händen immer Verwendung. Das Motto der Werkwoche lautet „Erhalten und Gestalten“ und darf auch gerne außerhalb der Werkwoche gelebt werden.

Sachspenden können an die Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg geschickt werden.

Sachspenden sind willkommen

Wie aus einem unfertigen und zu kleinen ostpreußischen Arbeitskleid ein passendes geschneidert wurde, zeigte Kerstin Schink eindrucksvoll. Sie maß aus, schnitt zurecht, bügelte, heftete und nähte so passgenau, dass man die Erweiterung nur bei ganz genauer Betrachtung erkennt.

Geschäft, gespannt, geknüpft und gewebt wurde um die Werklehrerin Liesa Rudel, die am Mittwochnachmittag zum Jostenbandweben einlud. Diese Arbeit ist für Anfänger ein schöner Zeitvertreib, da man ein Stück wirklich fertig bekommt und stolz auf sich sein kann. Erfahrene Teilnehmer können sich an schwierigeren Mustern erproben – oder bei schlechten Lichtverhältnissen auch verzweifeln. Dank der mühevollen Arbeit von Klaus Rudel konnte in diesem Jahr auch wieder ein Webstuhl zum Doppelweben genutzt werden. Sabina Kiczor aus Allenstein liegt das Weben förmlich im Blut. Sie schaut sich ein Muster auf



19 Musterfäden: Jostenband im Werden



Gutes Licht, ruhige Hand und volle Konzentration: Weißstickarbeit

Volkstänze, deren lustiges Treiben nicht nur den geschaffenen Tanzraum zum Beben bringt, und die Auflockerungseinheiten, die den durch die Handarbeit angespannten Schultern etwas Lockerung bereiten, dazu bei, dass ostpreußische Volkskunst – Kopp sei Dank – wirklich Spaß macht.

Aus Teilnehmern werden Lehrer

Dass aus Teilnehmern auch Werklehrerinnen werden, hat schon fast Tradition. Die Trachtenschneiderin Kopp wurde nach ihrer ersten Werkwoche als Teilnehmerin und einer privaten Aktion bei der damaligen Werklehrerin sogleich verpflichtet. Dieser kommt sie bis heute nach. Auch Heidi Friedrich kam so zu ihrem Amt als Werklehrerin für die Stickgruppe. In diesem Jahr war die Strickerin Edith Werner verhindert, sodass sie durch die langjährige Teilnehmerin Regine Mentz-Weiss erfolgreich vertreten wurde. Wenn sie mal etwas nicht wusste, sprang eine andere ein. Hier wurden Handschuhe, Mützen, Socken und Übungsstücke der Doppelstricktechnik gefertigt.

Was bringt Menschen zur Werkwoche, der ganz zu Unrecht ein angestaubter Ruf nachhängt? Warum fahren Leute stundenlang, um dann stundenlang an einer Arbeit zu sitzen, die womöglich gar nicht fertig wird?

Mit welcher Motivation?

Weil es schön ist. Egal, woher man kommt, egal, wie fähig man bereits ist, alle sind willkommen und fühlen sich willkommen, alle sind interessiert an Ostpreußen, seiner Geschichte, seiner Volkskunst, alle freuen sich über neues Wissen oder das Weitergeben von Wissen. Es herrscht eine große Dankbarkeit. Die langjährige ehemalige Leiterin der Werkwoche, Uta Lütlich, hat bei der Essensrunde immer gesagt: „Wir danken!“ Dieser Dank galt bestimmt nicht nur dem guten Essen, sondern auch dem Erhaltenen und den Gestaltenden.

Dankbarkeit gibt es auch für die Teilnehmer, selbst wenn sie nicht werken. Brigitte Willen fühlt sich beispielsweise durch die ostpreußischen Frauen, die schon fast zum Inventar der Werkwoche gezählt werden können, heimisch und an die eigene Mutter erinnert. „Hier fühle ich mich ihr nah!“

Der Wunsch nach vielen weiteren Werkwochen, im nächsten Jahr vom 6. bis zum 12. Oktober, war deutlich hörbar. So sagte Beatrix Mittmann, die jeden Morgen zur Morgengymnastik einlud, dass sie noch so lange zur Werkwoche fahren möchte, wie ihre Beine sie tragen, vielleicht sogar als Werklehrerin.



Ein Stück der eigenen Kultur am Leib: Diese Damen wissen, wie es sich anfühlt und tragen ihre Werke mit Stolz *Foto: Ursula Kraus*



Ob in Ostpreußenkleid oder nicht, alle sind willkommen: Teilnehmerkreis des durch die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ geförderten Seminars, das im nächsten Jahr vom 6. bis zum 12. Oktober stattfinden wird

● AUFGESCHNAPPT

Er gehörte zu den 28 afghanischen Straftätern, die unter großem Pressewirbel vor einigen Wochen nach Kabul abgeschoben wurden, mit je 1000 Euro in der Tasche, die ihnen auf Kosten der deutschen Steuerzahler mitgegeben wurden. Aber Shoaib Khojazadeh ist nicht glücklich in seiner Heimat, wie er dem Reporter von Welt TV mitteilte, der ihn in Kabul besucht hat. Er wolle wieder zurück. Notfalls werde er zu Fuß nach Deutschland gehen, kündigt der 26-Jährige an. „Deutschland ist gute Land. Da kann man alles machen, was man will“, schwärmt Khojazadeh dem deutschen Team in die Kamera. Mit seiner deutschen Partnerin hat er ein Kind gezeugt. Später hat er der (mittlerweile Ex-) Partnerin mehrfach gedroht, sie umzubringen, ebenso deren Mutter und sogar das gemeinsame Kind. Zudem war er aufs Radar der Polizei geraten wegen Vergewaltigung, unerlaubten Drogenerwerbs, Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung – „alles, was man will“, gewissermaßen. Seine Ex-Partnerin ist Welt TV zufolge heilfroh, „dass er weg ist“.

H.H.



Standortschmelze

● STIMMEN ZUR ZEIT

Für Hugo Müller-Vogg ist Robert Habecks Vorschlag einer milliardenschweren „Modernisierungsagenda“ das Eingeständnis des Scheiterns und Zeichen von Panik. Im „Focus“ (23. Oktober) schreibt er:

„Habeck hat sich noch kürzlich gerühmt, das Land ‚wie kein anderer Wirtschaftsminister zuvor‘ in Schwung gebracht zu haben. Wenn es doch nur so wäre! Dann bräuchte Habeck jetzt nicht mit ungedeckten Schecks zu wedeln, um wirtschaftspolitische Tatkraft zu demonstrieren. So aber demonstriert er nur seine eigene Erfolglosigkeit.“

Auch Alexander Kissler stellt der Ampel-Regierung auf „Apollo News“ (29. Oktober) ein verheerendes Zeugnis aus:

„Täglich mehr erscheint die Ampel wie die Parodie einer Regierung. Das grüne Wirtschaftswunder fiel aus. Wer sich heute die Daten anschaut, erlebt sein blaues Wunder. Der Kanzler steht ebenso blamiert da wie sein Wirtschaftsminister. Es wird einsam um Olaf Scholz und Robert Habeck, einsam auch in voraussichtlich mindestens drei VW-Werken.“

In der Sendung von Johannes B. Kerner auf dem Sender MagentaTV+ (23. Oktober) macht der Entertainer Hape Kerkeling seinem Ärger über die Kanzlerpartei Luft:

„Es ist natürlich schon schade, dass es einer Regierungspartei wie der SPD nicht gelingt, eine Kommunikation herzustellen zwischen den Bürgern, ihren Forderungen, ihren Wünschen und dem, was diese Partei für sie in petto hat. Was man hört, ist Ausweichmanöver. Nicht auf eine Frage antworten. Ich weiß nicht, in welchem Seminar man das nicht nur SPD-Politikern, aber vielen SPD-Politikern beigebracht hat, einfach gar nicht mehr real auf eine Problematik zu reagieren, sondern nur noch auszuweichen.“

Julian Reichelt erklärt auf „Nius.de“ (25. Oktober), was Wirtschaftsminister Habeck seiner Meinung nach wirklich antreibt:

„Wenn Habeck Industrie sieht, dann sieht er CO₂. Er sieht nicht die Menschen, die Innovation, den Wohlstand. Er sieht etwas, was er sein Leben lang bekämpft hat. Für Robert Habecks Weltbild ist jedes zerstörte, abgewanderte, vertriebene Unternehmen ein Erfolg. Jedes Unternehmen, das aufgibt und sich seinen planwirtschaftlichen Ideen unterwirft, ein grüner Triumph.“

● WORT DER WOCHE

„Was da der Öffentlichkeit als Koalition verkauft werden soll, wird zu einem zunehmend gefährlichen Prozess, der nur Politikzorn und damit Extremismus befördert.“

Sigmar Gabriel, Ex-SPD-Chef und Bundesminister, in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 27. Oktober

DER WOCHENRÜCKBLICK

Sie gehen von Bord

Warum die Regierung lieber aufhört zu regieren, und was Habeck dazu noch einfällt

VON HANS HECKEL

Das muss man gesehen haben. Wie einen kleinen Gauner hat Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger den Bundeskanzler auf dem Arbeitgebtag abgefertigt, vor den Augen des ganzen Landes: „Ich glaube Ihnen das, wenn die Tinte trocken ist und es bei mir auf dem Lieferschein steht.“ So die gepfefferte Antwort auf Scholzens Versprechen, das „Lieferketten-sorgfaltskontrollgesetz“ komme bis Jahresende weg.

Autsch, das hat wehgetan. Aber Scholz wäre nicht Scholz, wenn er nicht blitzschnell Lehren aus der Blamage gezogen hätte. Allerdings sind es nicht unbedingt die Lehren, die man von einem deutschen Regierungschef erwarten sollte, sondern diejenigen eines windigen Wolkenschiebers, dem es nur darum geht, sich aus der Affäre zu ziehen, die er selbst verschuldet hat. Wie gesagt, es ist halt Scholz, der alte Fuchs.

Ein verantwortungsbewusster Kanzler hätte danach alle wichtigen Personen in seiner Regierung um sich geschart, um das Problem an der Wurzel zu packen. Der Wolkenschieber hingegen sucht nach einer Gelegenheit, den komplett missratenen Auftritt durch eine schönere Show vergessen zu machen.

Scholz muss irgendwas geahnt haben, noch bevor er auf Dulger traf. Jedenfalls hatte er seine schöne Show schon anberaumt, als er sich den kräftigen Nasenstüber abholte: Einen Wirtschaftsgipfel im Kanzleramt, auf dem der Kanzler selbst Regie führt, damit – rein äußerlich – nichts schiefgeht.

Dass – rein sachlich – auch nichts herauskommen dürfte, war von vornherein ziemlich sicher, und vom Kanzler wohl auch so geplant. Denn sonst hätte er ja mindestens seinen Wirtschafts- und seinen Finanzminister dazugeholt. Doch Robert Habeck und Christian Lindner hätten nur gestört.

Habeck schmollte und Lindner, ganz keck, trommelte bekanntlich zum Konkurrenzgipfel mit Mittelständlern. Egal, was die Teilnehmer der beiden Treffen anschließend zu berichten wussten, eines war den Wirtschaftsvertretern aus der Industrie bei Scholz und denen vom Mittelstand bei Lindner sicher klar: Dass sie nichts waren als die billige Stafage eines Wahlkampftermins. Muss sich toll angefühlt haben und stärkt ganz bestimmt das Vertrauen zwischen Wirtschaft und Politik. Etwas Substantielles konnte nicht her-

auskommen, denn natürlich werden Lindner und Scholz alles daransetzen, den Gipfel des anderen ins Leere laufen zu lassen. Habeck wünscht derweil beiden gleichermaßen das Scheitern.

Es geht allein um Wahlkampf, längst nicht mehr ums Regieren. Mit anderen Worten: Die Offiziere haben die Brücke verlassen und zerren an ihren Rettungsbooten, derweil der Kahn auf die Klippen zusteuert. Der Kurs ist den Herren wurst, solange sie selbst heil von Bord kommen. Daher geht es jetzt nur noch um medienwirksame Effekte.

Moment mal, nun sind wir aber doch ein bisschen zu giftig. Liberalen-Chef Lindner hat immerhin einige brandheiße Erkenntnisse auf seinem Treffen mit den Wirtschaftsvertretern gewonnen. So enthüllte der Finanzminister bei der anschließenden Pressekonferenz: „Wir haben sehr grundlegende Probleme.“ Ach, tatsächlich? Nicht nur das: Deutschlands Klima- und Energiepolitik sei ein teurer „Sonderweg“, setzt uns Lindner überdies ins Licht. Das muss es sein, jenes viel gepriesene „Deutschlandtempo“. Das Problem mit der Klima- und Energiepolitik ist Lindner bereits nach nur drei Jahren Ampel aufgefallen!

Im Jahr drei des „Grünen Wirtschaftswunders“, das uns die „Fortschrittskoalition“ 2021 versprochen hat, ist dieses Wunder bei VW mit voller Wucht erblüht. Sie haben es gehört: Werksschließungen, rabiater Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen – es hagelt massiv in die Bude.

VW im grünen Wirtschaftswunder

Wie das? Auch bei den Wolfsburgern scheint man komplett überrascht zu sein. Herbert Diess, Konzernchef von 2018 bis 2022, kann noch immer nicht erkennen, was er falsch gemacht haben soll. Diess ist seinerzeit mit heller Begeisterung auf den grünen Zug aufgesprungen und hatte das Ziel ausgegeben, dass der größte deutsche Autobauer ab dem Jahr 2030 zu 70 Prozent E-Autos baut.

Für die kühne Ankündigung hatte er naheliegende Gründe: VW hängt mit der 20-Prozent-Beteiligung des Landes Niedersachsen eng an der Leine der Politik. Und die will nun mal die „Mobilitätswende“ auf Biegen und Brechen. Also wollte Diess die auch. Man legt sich ja nicht mit seinen Ober-Chefs an und riskiert sein Jahresgehalt in zweistelliger Millionenhöhe. Folgsam fuhr der Manager den radikalsten Anti-Verbrenner-Kurs al-

—
Lindner bringt brandheiße Erkenntnisse von seinem Gipfel mit: „Wir haben sehr grundlegende Probleme.“ Ach, tatsächlich?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de